Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Nr. 19 · August – Oktober 2003 · 3 €

Aufmärsche Aktionen Übergriffe

Neonazis schwer aktiv

Rechtaußen:
Bismarck-Mythos

Antirassismus:
Kampagnen gegen Abschiebungen

Diskussionen:
Nachbetrachtung Antifa-Konferenz

Mit einem Enough is enough!-Abo rechte Kultur-Hegemonie bekämpfen!

Die Enough im Vertrieb von rat · reihe antifaschistischer texte

Das neue Standardwerk!

RechtsRock
Bestandsaufnahme und Gegenstrategien

[illegible] hat unabhängig jeglicher politischer und medialer Konjunktur ein Anliegen: Denjenigen den Rücken zu stärken, die nach Mög-ichkeiten suchen, Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus entgegenzutreten.

Umfangreiche Verzeichnisse zu rechter Symbolik, einschlägigen Bands, Publikationen und Labels des RechtsRock bieten schnelle und präzise Orientierung für die Praxis.

544 Seiten,
viele Abbildungen
ISBN 3-89771-808-1 · 24 €

Norddeutsche Antifagruppen (HG.)

Rosen auf den Weg gestreut

Eine Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen

Anlaß für diese Broschüre sind die Erfahrungen, die insbesondere in ländlichen Gegenden mit der »akzeptierenden Jugendarbeit« gemacht werden. In den meisten Fällen führte diese Form der Jugendarbeit, die rechtsradikale Einstellungen bei Jugendlichen akzeptiert statt sie in Frage zu stellen und gegen sie zu intervenieren, zur Stärkung rechtsradikaler Strukturen und zur Verdrängung andersdenkender Jugendlicher. An Hand von konkreten Beispielen wird in der Broschüre der Bogen geschlagen zu einer grundsätzlichen Kritik an dem Heitmeierschen Ansatz zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen.

5. Auflage 2001
48 Seiten A5
Versandbedingungen
1 Ex. 2 € plus 1 € Versand
10 Ex. 15 € incl. Versand

Andreas Speit (Hg.)

Ästhetische Mobilmachung

Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien

»Ästhetische Mobilmachung ist mehr als nur eine Aufsatzsammlung. Die Beiträge sind gut aufeinander abgestimmt, sauber recherchiert und bieten treffende Analysen. Wer bereit ist, über die Wechselwirkung zwischen Pop und Politik nachzudenken, findet hier reichlich Material und Anregung. Darüber hinaus leistet das Buch einen wichtigen Beitrag zum Thema ›Re-Politisierung der Popmusik‹ ...«
Intro/Juli 2002

»Alles in allem also jede Menge Fakten und Analysen, wobei das Buch vor allem durch seine Komplexität besticht ... Kaufpflicht«
Lotta – antifaschistische Zeitung aus NRW/Sommer 2002

1. Auflage 2002
282 Seiten
ISBN 3-89771-804-9
16 Euro

Der Mythos stirbt zuletzt

Seit 15 Jahren organisieren Neonazis alljährlich im August zum Todestag des Hitlerstellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß Aufmärsche und Propagandaaktionen.

Die Mythenbildung um Heß, die revisionistische Projektion auf den Suizid und die ›Vorbildfunktion‹ eines reuelosen NS-Täters für ›junge Kameraden‹ kulminieren im Gedenken an Rudolf Heß.

In den Beiträgen wird der ›Mythos Heß‹ entzaubert, seine Biografie zeigt den gradlinigen Weg zu einem der führenden NS-Funktionäre und Wegbereiter des Holocaust.

Mit der Betrachtung antifaschistischer Gegenaktivitäten werden abschließend Möglichkeiten und Grenzen autonomer Konzepte diskutiert.

1. Auflage 2002
56 Seiten · 3€
Versandbedingungen:
1 Ex 3€ plus 1€ Versand
10 Ex 25 € incl. Versand

So gehts:

Ich abonniere die ENOUGH IS ENOUGH für 4 Ausgaben und lege diesem Coupon 13 € bei. Wenn ich 8 Ausgaben für 25 € abonniere, erhalte ich eine Broschüre meiner Wahl gratis dazu.

Meine Adresse

Name

Straße

PLZ

Wohnort

- ( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 4 Ausgaben 13 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr. ( )
- ( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 8 Ausgaben 25 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr. ( )
- ( ) Gratis-Broschüre meiner Wahl ( ) Der Mythos ( ) Rosen ... ( ) in der Mitte...
- ( ) neben dem Abo bestelle ich folgende Bücher und Broschüren ebenfalls gegen Vorkasse
- ( ) Ästhetische Mobilmachung ( ) RechtsRock
- ( ) zusätzliche Broschüren ( ) Der Mythos ( ) Rosen ... ( ) in der Mitte...

Ich habe der Sendung ( ) € in Scheinen und/oder Briefmarken beigelegt

reihe antifaschistischer texte · c/o Schwarzmarkt · Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg

Enough is enough Nr. 19

Inhalt

Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Herausgeber

Enough is enough
Redaktionskollektiv Kiel,
Redaktionskollektiv Lübeck
Redaktionskollektiv Hamburg

Redaktion

c/o Initiativenzentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb

RAT

reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:

4 mal pro Jahr

Abo

13,- Euro für 4 Ausgaben
Lieferung nur gegen
Vorkasse möglich

Bankverbindung

A. Hoffmann
Kto.: 408352 201
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort Enough

Vorwort

Liebe Leserinnen liebe Leser,

wie immer sind an dieser Stelle einige Anmerkungen zur aktuellen politischen Lage, zur Situation der antifaschistischen Arbeit und zum Treiben der Neonazis zu finden – einiges davon vertiefen wir in diesem Heft.

Zehn Jahre ist es nun her, dass eine große Koalition aus CDU/CSU, FDP und SPD das Grundrecht auf Asyl derart eingeschränkt hat, dass kaum etwas von seiner ursprünglichen Zielsetzung übrig blieb. Seitdem hat es unzählige weitere Maßnahmen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gegeben, mit denen dem Ziel, Europa flüchtlingsfrei zu machen, näher gekommen werden soll. Zwischen den europäischen Regierungen hat geradezu ein Wettlauf darum eingesetzt, mit welchen Aktivitäten Schutz und Unterstützung suchende Menschen am besten von ihrer Absicht abgebracht werden können, beides in Europa zu suchen, bzw. sie rasch wieder außer Landes zu schaffen, sollten sie dennoch den Weg hierher gefunden haben.

So hat die niederländische Regierung den Aufenthalt ohne Papiere inzwischen zum Straftatbestand erklärt, so dass diese Menschen nicht mehr staatliche Leistungen in Anspruch nehmen können.

Die Regierung in Norwegen ist stolz darauf, dass die von ihr in Auftrag gegebenen Filme, in denen die erbärmlichen Lebensbedingungen in den dortigen Flüchtlingsunterkünften dokumentiert werden, in den Herkunftsländern der Flüchtlinge ihre abschreckende Wirkung tun.

Der britische Regierungschef Blair wiederholte seinen Vorschlag, Flüchtlingslager außerhalb Europas einzurichten und dort über die Asylbegehren der Menschen zu entscheiden. Teil des Planes ist es auch, bereits nach England gelangte Flüchtlinge dorthin zu bringen.

Während die Regierenden in Frankreich die im ersten Halbjahr 2003 um 9,4 Prozent gestiegene Zahl der Abschiebungen bejubeln, gehen die Abschiebungen auch in Deutschland unvermindert weiter. So geht einmal monatlich vom Düsseldorfer Flughafen ein sog. ‚Sonderflug' der LTU; ganze Familien mit Kleinkindern werden dabei nach Istanbul gebracht, wo es immer wieder zu Verhaftungen durch den türkischen Geheimdienst oder die Polizei kommt. Für diese Abschiebeflüge hat sich die LTU aktiv an einem Ausschreibungsverfahren beteiligt. Weil sich andere Fluglinien in der Vergangenheit wiederholt geweigert haben, an Abschiebungen gegen den Willen der Betroffenen mitzuwirken, werden von der BGS-Direktion Koblenz Abschiebungen mit gecharterten sogenannten ‚Lear Jets' organisiert.

Aus Furcht vor der drohenden Abschiebung hat sich Ende Juli 2003 ein Mann aus der Türkei in Rheda-Wiedenbrück mit Brandbeschleuniger übergossen und angezündet; an solchen Verzweifelungstaten sind Schily & Co. und das von ihnen und ihren Vorgängern aufgebaute Abschieberegime mitschuldig.

Glücklicherweise gibt es jedoch weiterhin Protest und Widerstand gegen die rassistische Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. In Köln kamen Anfang August 600 AntirassistInnen beim 6. Grenzcamp zusammen; in Belgien besetzten von Abschiebung bedrohte AfghanInnen eine Kirche, und einige Kommunen in den Niederlanden unterlaufen die Verschärfung der Regierungspolitik, indem sie zum Beispiel die finanziellen Mittel für Obdachloseninitiativen erhöhen, so dass diese sich besser um die Menschen ohne Papiere kümmern können.

Die von der breiten Koalition von CDU/CSU bis zu den Grünen betriebene Aushöhlung und Beseitigung demokratischer Grundrechte geht inzwischen weit über diesen Bereich hinaus.

Aktuellstes Beispiel sind die neuen Landespolizeigesetze, die die Möglichkeiten zur Telefonüberwachung noch einmal stark vereinfachen werden. Zwar führen bereits heute die bundesgesetzlichen Regelungen dazu, dass die ‚Anordnungshäufigkeit' von Telefonüberwachungen in der Bundesrepublik 30-mal höher liegt als in den USA und der frühere Bundesverfassungsrichter Jürgen Kühling das Fernmeldegeheimnis als „Totalverlust" bezeichnet, aber das reicht den PolitikerInnen und der Polizei nicht. Jetzt soll auch die ‚vorsorgliche Telefonüberwachung' erlaubt werden, d.h. das Abhören ohne konkreten Verdacht. Im vergangenen Jahr wurde eine solche Änderung im Rahmen des neuen Polizeiaufgabengesetzes in Thüringen beschlossen, andere Bundesländer wollen nachziehen.

Im Gegenzug will die Bundesregierung die Vorschrift abschaffen, nach der die Telekommunikationsunternehmen eine Statistik über die bei ihnen angeordneten Telefonüberwachungen führen müssen. Das ist die einzige Möglichkeit die Zahl der jährlich in diesem Land abgehörten Anschlüsse zu erfahren. Ergebnis: es wird noch mehr abgehört, aber niemand erfährt es mehr.

Noch weitgehend unspektakulär formieren sich in einigen Städten und Kreisen neue Versuche, auf kommunaler Ebene die Einheit der noch immer auf verschiedene Wahlparteien zersplitterten extremen Rechten herzustellen. In München tritt die ‚Demokratie Direkt München e.V.' auf, zu der auch der REP-Stadtrat Johann Weinfurtner gehört. Im Kreis Böblingen wurde auf Initiative von Mitgliedern der REP, der DVU und der DP (Deutsche Partei) vor einigen Monaten die ‚Bürgerbewegung Pro Landkreis Böblingen' ins Leben gerufen. In Dresden wurde am 24. April 2003 das ‚Nationale Bündnis Dresden' gegründet, in dem REP-, DVU- und NPD-Mitglieder aktiv sind. Das NBD will zu den Stadtratswahlen in 2004 antreten und hat dazu ein erstes Kurzprogramm vorgelegt, das eine Sammlung nationalistischer und völkischer Positionen besteht. Der Funktionär der extrem rechten Partei ‚Pro Köln', Manfred Rouhs, fasste die Erwartung solcher Aktivitäten zusammen: „Aus regionalen Anfangserfolgen muss früher oder später eine bundesweite Sammlungsbewegung wachsen, die genug kommunale Infrastrukturen herausgebildet hat, um dem finanzstarken etablierten politischen Apparat die Zähne zeigen zu könne."

Weitere solcher gemeinsamer Wählervereinigungen sind in Vorbereitung. Wir stellen aus diesem Anlass sowohl die ‚Deutsche Partei' als auch die ‚Republikaner' in einem aktuellen Organisationsporträt vor.

International hat in jüngster Zeit wiederholt der italienische Regierungschef und Großunternehmer Berlusconi für Schlagzeilen gesorgt, der sich durch verschiedene Gesetzesänderungen vor weiterer Strafverfolgung absichert. Sein Verhalten ist auch im Lager der Kapitalisten nicht unumstritten; das internationale Wirtschaftsmagazin ‚The Economist' attackierte Anfang August in einem mehrere Seiten füllenden Dossier Berlusconi wegen dessen Geschäftsgebaren und Machtmissbrauch. Grund dieser ungewöhnlichen Aktion sind die Befürchtungen des ‚Economist', der italienische Unternehmer und Regierungschef könne mit seinem Verhalten dem Kapitalismus schaden. Ebenfalls Anfang August hofierte die BILD-Zeitung in einem zweiteiligen Interview an prominenter Stelle den Führer der italienischen Regierungskoalition, an der auch die extreme Rechte beteiligt ist.

Mit dem Auftreten sog. ‚Rechtspopulisten' in Europa und den Aktivitäten der extremen Rechten in der Bundesrepublik beschäftigten sich über einhundert AntifaschistInnen bei einer Antifa-Konferenz, die im Frühsommer in Kiel stattfand. Beiträge zur Situation in Österreich, Dänemark und Italien wurden ebenso diskutiert wie die Erfahrungen und Perspektiven verschiedener Felder antirassistischer und antifaschistischer Aktivitäten. Weil viele Fragen offen blieben, wird es nun darauf ankommen, den begonnenen Erfahrungsaustausch in geeigneter Form fortzusetzen.

Lübeck:

Neonazis besetzen leerstehendes Haus

Für viele kam die Nachricht am Morgen des 28.Juni 2003 sehr überraschend: Im Lübecker Stadtteil St.Lorenz wurde eine seit langer Zeit leerstehende Villa von 14 schwarzvermummten Personen besetzt.

Gegen 9.00 Uhr früh drangen sie durch ein Kellerfenster in das Haus ein, entrollten Transparente und postierten sich mit Kamera an Fenstern und auf dem Balkon des Hauses. Auf einem Transparent war das bekannte Ché Guevara-Zitat »Schafft zwei, drei, viele Alternativen...« zu lesen, das andere Transparent verwies auf eine bis dahin unbekannte Internetseite (»alternativen-schaffen«).

Polizeikräfte und Schaulustige sammelten sich auf der Straße. Viele Zuschauer waren schnell der Meinung, es würde sich hierbei um eine Solidaritätsaktion für die *Lübecker Alternative* (Walli) handeln. Doch als gegenüber des besetzten Hauses Transparente aufgehängt wurden, auf denen ein »nationales Jugendzentrum« gefordert wurde, sich stadtbekannte Neonazis (u.a. Jürgen Gerg und Arne Kassube, beide waren Kandidaten des mittlerweile verbotenen *Bündnis Nationaler Sozialisten*) unter die Zuschauermenge gemischt hatten und eindeutige Reden von den Besetzern per Megafon gehalten wurden, dämmerte es vielen.

Bei dieser Besetzung handelte es sich nicht um eine Aktion von linken Walli-Sympathisanten, sondern um eine Aktion von Neonazis.

Diese stellten nun auch Forderungen: Sie wollten Delegierte der Stadt sprechen und mit ihnen über die Einrichtung eines "nationalen Jugendzentrums" verhandeln. Als den Forderungen der Besetzer nicht entsprochen wurde, verließen die 18-30jährigen Männer um 12.30 Uhr unvermummt das Haus und ließen sich von den Einsatzkräften durchsuchen und in Gewahrsam nehmen. Unter den Abtransportierten befanden sich auch die Neumünsteraner Martin Engelbrecht und Peter Borchert (Landesvorsitzender der NPD Schleswig-Holstein) sowie die Kieler Peter von der Born und Dirk Zollondz. In dem Haus wurden von der Polizei faustgroße Pflastersteine sichergestellt, die zeigen, dass sich die Nazis durchaus auf eine Konfrontation eingestellt hatten.

Gegen 13.30 Uhr entfernten Beamte die letzten Absperrungen und zogen ab. Einige Zeit später trieben sich vor dem Haus erneut Neonazis herum, unter anderem der o.g. Arne Kassube aus Kücknitz sowie Jörn Lemke aus Lübeck.

Die scheinbar plötzliche Besetzung und die Forderung nach einem Nazi-Jugendclub war allerdings von längerer Hand geplant. Bereits am 19.06.2003, also 9 Tage vor der Besetzung, faxte der ehemalige Spitzenkandidat des *Bündnis Nationaler Sozialisten*, Jörn Lemke, einen Brief an alle Parteien der Lübecker Bürgerschaft, sowie an den Jugendausschuss der Hansestadt. In diesem Brief begrüßt er heuchlerisch den Widerstand gegen die drohende Schließung der *alternative Tagesstätte e.V.* (Walli) und fordert für die »nationale Jugendkultur in unserer Hansestadt« (Zitat Brief 19.06.03) ein Gebäude, um »ein selbstverwaltetes Kulturprojekt ins Leben zu rufen und zu bewirtschaften« (Zitat Brief 19.06.03).

Lemke versuchte in diesem Brief, die in der Bevölkerung steigende Solidarität für die Walli als Ort selbstorganisierter Kulturarbeit für seine faschistischen Ziele zu instrumentalisieren. Abschließend drohte er noch, sollte nicht auf seine Forderung eingegangen werden, würde die »nationale Jugend Lübecks« der Sache »politisch Nachdruck verleihen« (Zitate Brief 19.06.03). Dieser Nachdruck ließ nicht lange auf sich warten: Dem Brief folgte die angeblich »spontan« (Zitat Internetseite www.alternativen-schaffen.de.vu) durchgeführte Hausbesetzung am 28.Juni. Am 04.07.2003, also knapp eine Woche nach der Besetzung, erreichte die Stadtverwaltung das nächste Fax, wieder von Jörn Lemke. In diesem Schreiben nennt er direkt das besetzte Haus als Wunschobjekt für das Nazi-Zentrum, behauptet, ein Nutzungskonzept sei bereits ausgearbeitet worden und fordert Verhandlungsgespräche. Sollte nicht auf ihn eingegangen werden, so wisse man » diesem wichtigen Thema breite Öffentlichkeit zu verschaffen« (Zitat Brief vom 04.07.03).

Zwei Wochen später, am 19.07.03, versuchten daraufhin knapp 20 Neonazis Aufmerksamkeit zu erregen. Sie rückten mit Transparenten an und verteilten vor dem besagten Haus Flugblätter. Diese »Mahnwache« fand mit zeitlicher Überschneidung der NPD-Demonstration in Hamburg statt.

Für die nächste Kundgebung mit Unterschriftensammlung der Nazis zum Thema »nationales Zentrum« wagten sie sich diesmal bis in die Lübecker Fußgängerzone vor. Am Samstag, den 2.August, versuchten sie erneut um Unterstützung für ihr faschistisches Projekt zu werben. Neben den Lübeckern Jörn Lemke, Jürgen Gerg und Jens Rosenkranz waren u.a. mal wieder die Auswärtigen Peter Borchert, Peter von der Born sowie Martin Engelbrecht mit von der Partie. Auch aus Stormarn und Lauenburg gab es erneute Unterstützung. Selbst Thomas Wulf aus Teldau/Amholz (früher Hamburg) war anwesend und hielt nach über 3 Stunden Kundgebungsdauer gemeinsam mit Lemke und Borchert die Abschlussreden. Aufgrund von antifaschistischen Protesten kam es zu teilweise erheblichen Störungen der menschenverachtenden Propaganda des braunen Haufens, die Reden der Faschisten gingen gänzlich im Lärm unter. Die Polizei griff mal wieder zu Gunsten der Faschisten ein, indem sie Antifas auf brutale Weise festnahmen und verletzten.

Zu den Hintergründen:

Die recht umfangreiche Internetseite »alternativen-schaffen« wurde eigens für die Hausbesetzung der Neonazis geschrieben und gestaltet. Sie wurde einige Stunden nach Ende der Besetzung ins Netz gestellt.

Schon im Begrüßungstext wird die Seite als » Internetpräsentation eines (Widerstands-)Projektes undogmatischer LinksnationalistInnen« bezeichnet. Des weiteren wird sich mit der von Schließung bedrohten *alternative Tagungsstätte e.V.* (Walli) solidarisiert und gegen Steuerverschwendung und »Ausgrenzung, Stigmatisierung und Kriminalisierung von Andersdenkenden und politischen oder kulturellen Minderheiten, Überwachung in Form von Videoüberwachung und ähnlichen Orwellschen Visionen, rücksichtsloser Sozialabbau durch Stellenstreichung im Bereich sozialer, gesellschaftlicher und kultureller Projekte« (Zitat Homepage) gewettert. Es wird sich gegen die „sich in der kapitalistischen Globalisierung bildenden neoliberalen Rahmenbedingungen« (Zitat Homepage) ausgesprochen und behauptet, »Angriff ist die beste Verteidigung und daher ist es nun an der Zeit selber an die Offensive zu gehen, anstatt sich in ausschließlich defensiver Haltung nur auf die Verteidigung der »Alternativen« zu versteifen« (Zitat Homepage). Stattdessen werde man »Alternativen der nationalen und sozialen Selbstbestimmung schaffen« (Zitat Homepage).

von oben:

Jürgen Gerg und Arne Kassube
vor dem besetzten Haus

Martin Engelbrecht gemeinsam mit
den Flensburgern Marco Rusch und Kai Oelschläger
bei dem Aufmarsch in Kücknitz am 25.1.02

Jörn Lemke als Redner
in Lübeck-Kücknitz am 25.01.03

rechts:
Videoprints des Aufmarsches vom 2.8.03

Viele Textpassagen der Homepage klingen, als wären sie geradewegs von linken Seiten runterkopiert. Dass diese Einbeziehung linker Thesen und Bereiche in den faschistischen Kontext dieser Internetseite und der Hausbesetzung nicht zufällig geschehen ist, ist keine Frage. Unter der Rubrik »Links« (Internetseiten-Verknüpfungen) sind viele linke Projekte wie *Phase2*, *indymedia*, *Bambule* und *Rigaer94* zu finden. Dazwischen sind immer wieder Verweise rechter Seiten wie *Aktionsbüro Norddeutschland*, *Wir Selbst*, *Unabhängige Arbeiter Partei* und zum Beispiel *Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS)* zu finden. Der neonazistische *KDS* tritt für lagerübergreifende Zusammenarbeit ein, um seine nationalistischen Ziele zu erreichen. Im Grundsatz des *KDS* heißt es sinngemäß, seine Mitglieder sollten das Tabu der rechtsextremen Szene brechen, nicht mit linken (also eigentlich verfeindeten) Kräften zusammen zu arbeiten. So ist in der eigenen Mitgliedszeitung des Kampfbundes, *Der Gegenangriff*, folgende Aussage nicht sonderlich verwunderlich: »Für uns spielt es keine Rolle, ob jemand früher in der FDJ, der SED oder gar der PDS oder KPD war. Es gibt keinen Unvereinbarkeitsbeschluss beim KDS, auch Doppelmitgliedschaften sind ausdrücklich erwünscht [...]« (Zitat THOMAS BREHL in *Der Gegenangriff* Heft 6, Seite 5,Dez.2002).

Dass der *KDS* mit seinen politischen Vorstellungen bei der Besetzung mitgewirkt hat, ist unumstritten. So war Martin Engelbrecht, ehemals sogar in Neumünster KDS-Stützpunktleiter, einer der Besetzer. In Nazikreisen ist bekannt, dass die Lübecker Jörn Lemke und Jürgen Gerg, Mitverantwortliche der Hausbesetzung, schon länger dem *KDS* zuzurechnen sind.

Die *KDS*-nahe Losung »Die Grenze verläuft nicht zwischen *links* und *rechts*, sondern zwischen *oben* und *unten*« findet sich mehrmals in Texten der besagten Homepage.

Generell wurde sich im Rahmen der Forderung nach einem rechten Jugendzentrum immer wieder positiv auf die *alternative* e.V.(Walli) bezogen. Für diese vorgespielte Solidarität können mehrere taktische Gründe ausgemacht werden. Zum einen wird versucht, die sich zur Zeit entwickelnde, breite Solidarität in vielen Bevölkerungsschichten für die Walli als Sprungbrett zu missbrauchen. Unter dem Motto, wer sich für die Walli als alternativen, selbstverwalteten (Kultur-)Raum ausspricht, müsse ebenso für ein nationales, selbstorganisiertes Kulturprojekt eintreten, wird gehofft, im Windschatten der Walli-Solidaritätsbekundungen ebenfalls Stimmen zu erhalten bzw. ummünzen zu können.

Zum anderen ist davon auszugehen, dass mit der einseitigen, taktisch kalkulierten Solidarisierung von Lemke & Co. der Walli in ihrem Ansehen und im Kampf um dauerhaften Erhalt grundsätzlich geschadet werden soll, indem der Eindruck erweckt wird, auf der Walli würde es in irgendeiner Weise Berührungspunkte mit rechten Interessen oder Ideologien geben. So können potentielle Walli-Unterstützer verunsichert und abschreckt werden. Aber nicht nur auf der Straße sollen diese Solidarisierungsversuche wirken, auch in den Meinungen der Bürgerschaftsfraktionen könnte sich einiges ändern. Würden diese auf die Idee kommen, die Walli würde sich nun Unterstützung aus rechtsextremen Kreisen bedienen, wäre der politische Schaden für die *alternative* sehr groß.

Neben diesen beiden Aspekten ist auch ein Dritter, bereits oben Angesprochener nicht zu vernachlässigen. Zumindest bei den beiden Führungspersonen der Freien Nationalisten in Lübeck, Jörn Lemke und Jürgen Gerg, im Winter/Frühjahr 02/03 zuletzt beim Wahlkampf des BNS sehr aktiv, scheinen die Ideen in Richtung Querfront einen nicht zu unterschätzenden Einfluss zu haben. Mit *KDS*-Aktivist Engelbrecht, oft im Wahlkampf der Lübecker Nazis behilflich, hat der *KDS* mit seinen Denkmodellen scheinbar wirklich die Köpfe von Lemke und Gerg erreicht.

Doch szene-intern wird der Strategie und Durchführung rund um die Hausbesetzungsaktion nicht nur Lob entgegen gebracht. So wurde von einigen Nazis, die während der Besetzung zum Haus eilten, um sich noch direkt zu beteiligen, bemängelt, man habe sie erst nicht eingeweiht und sie dann lediglich angewiesen, Transparente aufzuhängen. Die meisten Nazis waren demnach gar nicht oder nur unzulänglich in die Pläne einbezogen worden. Außerdem dürfte es nicht besonders leicht sein, dem stupiden Schlägermob näher zu bringen, warum er sich ausgerechnet jetzt mit dem Walliprojekt, *dem* langjährigen Feindbild überhaupt, zu solidarisieren habe. Und auch andere, »theorielastigere« Teile der Nazibewegung, scheinen die Ausrichtung der Aktivitäten in Lübeck nicht komplett einschätzen zu können. So wird zwar auf die Internetseite der Besetzung von einigen Naziseiten verwiesen, mit Analysen/Feedback wird sich aber weitestgehend zurück gehalten.

Die bürgerlichen Medien wie die *Lübecker Nachrichten* berichteten über die Hausbesetzung direkt in der nächsten Ausgabe. In Artikeln der *LN* wurde aber vor allen Dingen Wert darauf gelegt, sich über den jahrelangen Leerstand der besetzten Villa zu beschweren, über den die *LN* bereits berichtet hatte. So konnte man fast schon denken, die *LN* würde sich klammheimlich freuen, *ihr* Thema erneut aufgegriffen zu sehen anstatt deutlich vor einem rechtsextremen Jugendzentrum in der Lübecker Innenstadt zu warnen.

Die Walli selbst weist durch das *Lübecker Bündnis gegen Rassismus* in einer Presseerklärung die dreisten Solidaritätsadressen seitens der Neonazis entschieden zurück. Des Weiteren wurde die Stadt Lübeck aufgefordert, den Faschisten keinen Raum für ein nationales Jugendzentrum und ihre menschenverachtende Politik zur Verfügung zu stellen. Für das LBgR sei ein Neonazi-Treffpunkt in Lübeck ähnlich des Vorbildes *Club 88* (Neumünster) nicht tolerierbar. Für die unlängst sehr aktiven Nationalisten um Gerg und Lemke würde die Einrichtung eines solchen Sammel- und Anziehungspunktes eine Stärkung der gesamten rechtsextremen Szene in Lübeck und Umland bedeuten. Diesem Plan vom rechten Jugendhaus ist entschlossen entgegen zu treten.

Kameradschaft Elbmarsch

Komm um 10 Uhr, sonst bist du tot

Der rechtsextreme Terror im Landkreis Pinneberg hat stark zugenommen. Nazi-Banden wie die „Kameradschaft Elbmarsch" sind für immer mehr Übergriffe auf AntifaschistInnen verantwortlich zu machen! Seit Anfang 2002 vergeht kein Wochenende mehr, an dem es nicht in der Region zu rassistischen oder faschistischen Angriffen oder Anschlägen kommt.

Die beiden AntifaschistInnen haben mehr als Glück gehabt, als sie frühzeitig die auf ihr Auto zurennende, mit Teleskop-Schlagstöcken und einer Schusswaffe bewaffnete Gruppe Nazis erkannten. Sie konnten gerade noch ihr Fahrzeug in der engen Straße wenden und der Gefahr entkommen. Diese beschriebene Szene ist nicht aus dem neuesten Tatort entnommen, sondern gehört schon längst zur täglichen Realität im Landkreis Pinneberg. Die Nazis, die an diesem Angriff beteiligt waren, gehören der Kameradschaft Elbmarsch an.

Wer ist die Kameradschaft Elbmarsch?

Die Kameradschaft Elbmarsch ist eine der größten von 12 Kameradschaften in Schleswig-Holstein. Ihre personelle Stärke wird mittlerweile auf 40 bis 60 Neonazis und Naziskins geschätzt. Die Angehörigen dieser Kameradschaft kommen aus Elmshorn, Uetersen, Tornesch, Barmstedt und Wedel.

Die Kameradschaft wurde 2000 in Wedel gegründet. Einer ihrer Mitbegründer und ideologischen Köpfe ist der in Wedel wohnende Christoph Miron Jaeger. Der 1973 geborene Jaeger zog erst 1999 von Lübeck nach Wedel. In Lübeck fiel Christop Jaeger als Mitglied der Kameradschaft Lübeck eher durch seinen starken Alkoholkonsum, als durch Führungsqualitäten auf. Als Referenzen innerhalb der Naziszene kann Jaeger aber ein umfangreiches Vorstrafenregister vorweisen, das von Körperverletzung und Bedrohung bis zum Landfriedensbruch reicht. Jaeger ist des Weiteren eine der Personen innerhalb der Kameradschaft Elbmarsch, die beste Kontakte zum Hamburger Einzelaktivisten und Nazi-Kader Christian Worch unterhält. Die Kameradschaft orientiert sich sehr stark an dem Hamburger Nazi Worch. Und selbst der Schleswig-Holsteiner Verfassungsschutz kommt in seinem Bericht für das Jahr 2002 zur Erkenntnis, dass die „Kameradschaftsangehörigen" der Kameradschaft Elbmarsch das „ideologische Rüstzeug" auf politischen Schulungsveranstaltungen, die von führenden Neonazis, unter anderem dem Hamburger Christian Worch durchgeführt werden, erhalten. Die Kameradschaft hat auch sonst eine sehr starke Strukturierung, die sich u.a. durch eine schnelle Mobilisierung ihrer in verschiedenen Städten und Dörfern wohnenden Mitgliedern per Telefon zeigt.

Ihre regelmäßigen Kameradschaftsabende hielt die Kameradschaft bis in den Herbst 2002 in einer Gaststätte in Tornesch ab. Nachdem die Polizei im letzten Jahr diesen Treffpunkt permanent observierte, hatte der Wirt der Gaststätte keine Lust mehr auf solche „Treffen" und setzte die Nazis vor die Tür! Um eine neue Suche der Nazis nach einer geeigneten Gaststätte für ihre Treffen zu verhindern, warnte der Itzehoer Staatsschutz Kneipenbesitzer in der Region vor solcher „Kundschaft". Als Reaktion auf diese Maßnahme meldete Christian Worch auf

Chronologie

2002 wird Hendrik Mahn am Elmshorner Amtsgericht wegen Körperverletzung zu zwei Wochen Jugendarrest verurteilt. Der Elmshorner Hendrik Mahn ist Mitglied der Kameradschaft Elbmarsch. · Kaum raus aus dem Jugendarrest, bedrohen Mahn mit seinen Kameraden Sebastian Hammer, Dennis Duwe u.a auf einer Abschlussfeier der Realschule Moorenge mehrere alternative Jugendliche. · Dennis Duwe, Florian Kühn und Martin Möbius greifen auf dem Schützenfest in Elmshorn einen Punk an. Dieser wehrt sich mit einem Nothammer und wird wegen dieser Tat von der Amtsrichterin Lutz zu zwei Wochen Jugendarrest verurteilt. · Am 15.10.2002 wird der Sohn von Ingo Stawitz, Volker Alfried Stawitz, wegen Körperverletzung zu einer Geldbuße verurteilt. Er hat zusammen mit Sebastian Hammer, Nico Schäfer, Mario Fers, Florian Kuehn und Stefan Voss vor dem Treffpunkt für alternative Jugendliche *Bowy* einen Jugendlichen angegriffen. · Während des Kommunalwahlkampfes 2003 kommt es zu einem massiven Vorgehen seitens der Kameradschaft Elbmarsch gegen die Alternative Liste. Hendrik Mahn taucht auf einem AL-Treffen im *Bowy* auf und versucht Fotos von den auf dem Tref-

ganz links:
Die Kameradschaft Elbmarsch mit Unterstützung von Christian Worch am 18.1.03 in Uetersen, mit Zigarrette Christoph Jäger, der seit 1999 die Kontakte in die Region hält.

links: Ohne Worte ...
Mitglieder der Kameradschaft Elbmarsch greifen Antifas mit Knüppeln und einer Pistole (siehe Vergrößerung) an.

Bitten der Kameradschaft eine Demonstration für den 18.1.03 in Uetersen an. Auf dieser Demonstration, die das Motto „gegen Behördenwillkür" trug und an der 130 Neonazis teilnahmen, trugen Angehörige der Kameradschaft ein Transparent mit der Aufschrift „Ihr wollt uns nicht in Lokalitäten seh'n, dann müssen wir auf die Straße geh'n".

Auch auf Demonstrationen, die sich nicht um ihre eigenen Belange drehen, ist die Kameradschaft anwesend. So zum Beispiel im September 2002 auf dem Rudolf Hess Marsch im bayerischen Wunsiedel, bei dem sie sogar mit einem angemieteten Bus anreisten. Oder auf der Wahlkampfdemonstration des Bündnis Nationaler Sozialisten am 25.01.03 in Lübeck.

Der Terror

Neben der politischen Schulung und der Teilnahme an Demonstrationen, versucht die Kameradschaft mit Terror auf der Straße ihre politischen Ziele durchzusetzen.

Eines ihrer Hauptziele scheint die Einschüchterung der Menschen zu sein, die sich ihrer menschenverachtenden Ideologie entgegenstellen. Von versuchten Brandanschlägen über Körperverletzungen bis Morddrohungen reicht diese Palette von versuchten „Einschüchterungen" (siehe Kasten).

fen anwesenden Personen zu machen. Der Wirt des *Bowys* nimmt Mahn den Film ab. · Während eines Treffens der AL am 05.02.03 taucht eine Gruppe Nazis auf. Ihr wird von der Polizei ein Platzverweis erteilt. Als Reaktion auf den Platzverweis machen ca. 20 Nazis am selben Tag eine Spontandemo „gegen Behördenwillkür". · Auf einem Konzert im Rahmen des Wahlkampfes der AL tauchen der Uetersener Nazi Patrick Eigenberg und ein weiterer Nazi auf. Die beiden Nazis wollten über den Krieg gegen den Irak diskutieren. · Nazis sprühen über Nacht die Bahnunterführung in Tornesch mit einer Drohung voll:»Du bist der nächste von Appen« (von Appen ist ein Mitglied der AL). Unterschrieben wird mit „Nationaler Widerstand". Im nahe gelegenen Schnellrestaurant wird von Appen durch eine Angestellte und im Restaurant anwesenden Nazis begrüßt. · Im April '03 wird eine Gruppe von AntifaschistInnen, die eine Versammlung von Neonazis vor einer Kneipe namens *Tapas* in Uetersen beobachten wollen, angegriffen. Aus der von den Nazis bevorzugten Kneipe holen diese einen vollen Bierkasten heraus und bewerfen die AntifaschistInnen mit vollen Bierflaschen. · Am 11. Mai wird

Eingebunden in das norddeutsche Neonazi-Netzwerk: Die Kameradschaft Elbmarsch mit Kieler Unterstützung

Bis jemand stirbt?

Wie die Stimmung bei den Antifas vor Ort ist, belegt der folgende Brief eines im Kreis Pinneberg aktiven Mitgliedes einer Antifagruppe:

„Letzte Woche haben die Nazis der Kameradschaft Elbmarsch gezeigt, wozu sie bereit sind.

Indem sie einen zum Glück falsch gebauten Molotowcoctail gegen die Eingangstür eines Wohnhauses, in dem ein Mitglied der Alternativen Liste, den kommunalen Grünen, lebt, warfen. Zum Glück kam niemand zu Schaden.

Angesichts dieser Tatsache, dass diese Täter dumm genug und dazu bereit sind, andere Menschen aufgrund ihrer faschistischen Denkweise umzubringen, stellt sich die Frage, wieso die Polizei mit diesen gefährlichen Gewalttätern einen derartigen Schmusekurs fährt? Die Polizei macht im Großen und Ganzen auch keine gute Figur bei der Geschichte. Zwar kommt sie, wenn sie gerufen wird, jedoch ist es schon merkwürdig, dass trotz einer Menge an Straftaten durch Kameradschafts-Mitglieder die Polizei nichts unternimmt.

Die KommunalpolitikerInnen verschweigen auch stets, dass sich hier im Kreis Pinneberg die Kameradschaft Elbmarsch zu einem echten Problem entwickelt hat. Einer unserer Mitstreiter musste auf einem Ehemaligen-Treffen (Schule) feststellen, dass viele junge Menschen das Auftreten von Neonazis im Pinneberger Raum als normal ansehen, was sich langfristig als ein elementares Problem darstellen wird. Kaum dass sich die „Pinneberger Kameradschaft" etwas ruhiger verhält, verbreitet eine zweite Kameradschaft Angst und Schrecken im Kreis Pinneberg. Aber fürchten müssen sich nur bestimmte Menschen, nämlich diejenigen, die etwas gegen diese Entwicklung nach rechts unternehmen. Werden diese Menschen von Faschisten angegriffen, heißt es meistens „sie seien ja selber Schuld, denn sie würden sich ja selbst in Gefahr begeben". Dieses Klima ist Gift für jeden Versuch, einen breiten öffentlichen Widerstand gegen die Nazis aufzubauen.

Selbst das „Bündnis gegen Neonazis" aus Elmshorn fühlt sich diesesmal auch nicht berufen etwas zu unternehmen. Uetersen und Barmstedt, die hauptsächlichen Aktionsgebiete der Kameradschaft Elbmarsch liegen ja schließlich auch 10 Kilometer weit entfernt. Ziemlich viel für PolitikerInnen und GewerkschafterInnen! Auf jeden Fall steht uns im Kreis Pinneberg wieder ein „heißer Sommer" bevor, wenn hier nix passiert! Bis jemand stirbt?"

Es ist schon verwunderlich, dass das „Bündnis gegen Neonazis" aus Elmshorn gegenüber dieser „Gewaltwelle" von rechts nicht reagiert. Nur eine Front von verschiedenen antifaschistischen Organisationen kann diesem „Naziterror" etwas entgegensetzen!

Ist tatsächlich nur die Parole „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!" übrig geblieben?

JP + age

in der Nacht ein Brandsatz auf das Haus einer AL Politikerin geworfen. Der Brandsatz explodiert aber nicht. · 19./20.04.03: Der Nazi Mario Zitzlaff greift auf einem Osterfeuer alternative Jugendliche an. · 17.Mai: Ein jugendliches Mitglied der Alternativen Liste wird aus einem fahrenden Auto heraus von seinem Fahrrad gerissen. Der Jugendliche, der einen Gipsarm trug, stürzte schwer. · In der Nacht vom 17. auf den 18. Mai klingelt eine Gruppe Neonazis an der Haustür von Eltern eines Antifaschisten. Erst nach der Drohung seitens des Vaters, die Polizei zu rufen, flüchten die Nazis. · Am 28. Juli wird eine Gruppe von Jugendlichen, die der HipHop Szene angehören, auf dem Nachhauseweg von einem Schützenfest in Uetersen durch eine Gruppe von Nazis angegriffen und geschlagen. · Am 14.Juli wird nach einem alternativen Musikfestival eine Gruppe von Jugendlichen auf dem Nachhauseweg aus einem fahrendem Auto heraus von Nazis mit Gegenständen beworfen. · Im Juli 03 bekommen linke Jugendliche Drohanrufe mit dem Wortlaut „komm um 10 Uhr nach XY sonst bist du tot". Auch Drohbriefe sind von den Nazis verschickt worden.

Hamburger Aufmärsche zum »Bombenterror«

Bomben-Konkurrenz

**Am 28.07.03 jährte sich die »Operation Gomorrha« der allierten Verbände zum 60. Mal.
Die »Operation Gomorrha« war ein vier Tage anhaltender Bombenangriff, der große Teile Hamburgs zerstörte.
Nachdem die Nazis in Hamburg im letzten halben Jahr nicht groß in Erscheinung getreten sind, nahmen die NPD wie auch die freien Nationalisten dieses Datum als Anlaß, um in Hamburg aufzumarschieren.
So mußten sich AntifaschistInnen innerhalb von nur neun Tagen mit zwei Aufmärschen in Hamburg auseinandersetzen.**

Bestärkt durch das gescheiterte NPD-Verbot meldete der NPD-Kreisverband Hamburg für den 19.07.03 einen Trauermarsch durch das Hamburger Zentrum an, um den »Opfern des aliierten Bombenterrors zu gedenken«. Unterstützt wurden sie vom Aktionsbüro Norddeutschland, die mit einem eigenen Aufruf mobilisierten

Die Erfahrungen der letzten Naziaufmärsche in Hamburg zeigten, dass es für antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen aufgrund des massiven Polizeiaufgebots nahezu unmöglich war, auch nur in die Nähe der Aufmärsche zu kommen. So konnten Neonazis in der Vergangenheit in Hamburg immer relativ ungestört ihre Demonstrationen durchführen. Um das zu verhindern, mobilisierten Antifa-Gruppen diesmal zu einer Platzbesetzung des Auftaktortes der Nazidemo. Die Einschätzung der an der Mobilisierung beteiligten Gruppen war, dass, wenn nicht der Aufmarsch so vielleicht sogar verhindert werden kann, AntifaschistInnen wenigstens von Anfang direkt an der Naziroute sein würden und so ihrem Protest besser Ausdruck verleihen könnten. Parallel dazu hatte der VVN/BdA eine eigene Kundgebung etwas weiter weg von der Neonaziroute angemeldet.

Am 19.07. 03 versammelten sich dann ca. 250 AntifaschistInnen am Berliner Tor. Leider kamen viele kleine Gruppen zeitlich so unterschiedlich dort an, dass es der Polizei gelang, den Großteil der Antifas vom Geschehen abzudrängen. So konnten sich dann um 12 Uhr ca.120 Neonazis am Berliner Tor sammeln, die dann mit einer kurzen Rede vom Hamburger NPD-Vorsitzenden Ulrich Harder begrüßt wurden. Die insgesamt ca. 6 Kilometer lange Route führte dann bis zum S-Bahnhof Barmbek, mit einer Zwischenkundgebung am Mahnmal für die Bombenopfer der »Operation Gomorrha« am Einkaufszentrum Hamburger Straße. Fast während des gesamten Aufmarsches war es möglich, sehr nah an die Neonazis heranzukommen und deren geordnete Marschformationen mit eindeutigen Meinungsäußerungen ein wenig durcheinanderzubringen.

Bei der ersten Zwischenkundgebung redeten der Hamburger NPD-Vorsitzende Ulrich Harder, der Bundesvorsitzende Udo Voigt und Thomas Wulff, Aktivist vom Aktionsbüro Norddeutschland. Die Kundgebung ging im Lärm der Antifas unter, es flogen Eier und andere Dinge in Richtung der Neonazis und es kam zu einem ersten Wasserwerfereinsatz. Bei der zweiten Zwischenkundgebung und auf der restlichen Route gelang es der Polizei dann etwas besser, die Antifas vom Aufmarsch fernzuhalten, aber lautstarker Protest war immer noch gut möglich.

Kurz nach der Abschlusskundgebung in Barmbek hatte der Lautsprecherwagen der Neonazis, gefahren vom Lüneburger NPD-Aktivisten Manfred Börm noch einige kleinere Probleme mit der Frontscheibe...

1943 Hamburg 2003 Bagdad
und wen trifft es morgen?
www.npd-hamburg.de
NPD
Die Nationalen

DIE MÖRDER SIND NOCH HIER!
RAUS MIT DEN AMERIKANISCH-BRITISCHEN BESATZERTRUPPEN!

Während beim Aufmarsch am 19.7. vor allem NPDler aus dem Umfeld des Lüneburger Kreisverbandes von Manfred Börm sich um den NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt scharrten und vom Kameradschaftskreis um Thomas Wulff und dem Aktionsbüros Norddeutschland flankiert wurden ...

Nur 9 Tage später hatten dann die »regionalen freien Nationalisten« um Christian Worch zu einer »Mahnwache« für »Die Opfer des Bombenterrors« aufgerufen, die an dem Denkmal für die Bombenopfer der »Operation Gomorrha« in Hamburg-Mundsburg stattfinden sollte. Wieder hatten antifaschistische Gruppen zu einer Platzbesetzung mobilisiert, um die Mahnwache gleich von Beginn an zu verhindern. Die Besetzung scheiterte an dem massiven Aufgebot der Polizei auf dem Platz selbst und der Unentschlossenheit der anwesenden Antifas.

Als dann dennoch ein Dutzend Antifas es geschafft hatte, auf den Platz zu kommen und ein Transparent zu entrollen, wurden sie sofort in Gewahrsam genommen.

Als die ca. 60 Neonazis dann kamen, durften sie nur auf den Bahnhofsvorplatz des U-Bahnhofs Mundsburg und mussten dort ihre Mahnwache abhalten. Es wurde ihnen von der Polizei ebenso untersagt, einen Kranz niederzulegen. Die AntifaschistInnen konnten sich in Sichtweite der Mahnwache aufhalten und haben soviel Lärm gemacht, dass sogar der Lautsprecherwagen der Nazis ausserhalb ihrer Mahnwache kaum zu hören war. Nach 60 Minuten war der Spuk vorbei und die Neonazis wurden von der Polizei wieder in die Bahn verfrachtet.

Abschließend lässt sich sagen, dass die beiden Tage für die Neonazis mit Sicherheit kein Erfolg waren. Mit zusammen knapp 200 Teilnehmern bei beiden Veranstaltungen sind sie selber stark hinter ihren Erwartungen zurück geblieben und immer waren AntifaschistInnen in der Nähe die Aufmärsche massiv stören konnten, was so in Hamburg so schon lange nicht mehr möglich war – meist war es der Polizei gelungen, Proteste nur weit weg von den Neonaziaufmärschen stattfinden zu lassen. Mit der Idee der geplanten Platzbesetzungen ist in Hamburg seit längerem mal wieder ein neues Konzept ausprobiert worden. Auch wenn die Besetzungen nicht richtig funktioniert haben, ist es eine Idee, die, wenn sie das nächste Mal transparenter gemacht wird und sich noch mehr Gruppen beteiligen würden, sicherlich Zukunft in Hamburg hat.

avanti Hamburg

... war es am 28.7. nur eine kleine Gruppe aus dem Umfeld des ehemaligen Hamburger Sturm, die Christian Worch unterstützten, einzig Lars Jacobs profilierte sich in der kleinen Truppe der Neonazis.

Wunsiedel 2003

Endlich am Ziel?

NS-Apologet Jürgen Rieger (mitte) war auch in diesem Jahr wieder Anmelder und Mediator des Aufmarsches in Wunsiedel; rechts Worch-Zögling Lars Jacobs, in letzter Zeit einer der umtriebigsten Kader in Norddeutschland

Am Samstag den 16. August marschierten im bayerischen Wunsiedel erneut Nazis jeden Alters zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß.

Im dritten Jahr in Folge ist es damit der deutschen Naziszene gelungen, in Wunsiedel selbst nicht nur einen erlaubten Aufmarsch, sondern sogar eine ganztägige Gedenkveranstaltung durchzuführen.

Obwohl der Aufmarsch erst kurzfristig durch das Bundesverfassungsgericht erlaubt wurde, waren insgesamt mindestens 3.500 Demonstrationsteilnehmer aus ganz Europa angereist, etwa 500 mehr als im letzten Jahr. Damit haben die Neonazis um Anmelder Jürgen Rieger nach 16 Jahren endlich das erreicht, was sie von Anbeginn der Heß-Märsche angestrebt hatten: die Möglichkeit in Wunsiedel einmal im Jahr eine Großdemonstration durchzuführen, bei der sich alle verschiedenen politischen Fraktionen der extremen Rechten, Generations- und nationenüberschreitend zur gemeinsamen Huldigung des Nationalsozialismus versammeln können.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts dürfte die Planungssicherheit für die nächsten Jahre deutlich gestiegen sein, ein Verbot scheint weniger denn je erzielbar. Dies dürfte all diejenigen zur Teilnahme ermutigen, die bisher aus Bequemlichkeit oder aus Angst vor polizilichen Maßnahmen ferngeblieben sind.

Darüber hinaus war nunmehr im dritten Jahr der antifaschistische Protest vieler Menschen aus Wunsiedel und der Umgebung zwar sichtbar, insgesamt aber völlig unbedeutend.

Interessant, und für eine mögliche Einschätzung der Perspektiven der Veranstaltung besonders wichtig ist ein genauer Blick auf die Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Der größte Teil dürfte in den Freien Kameradschaften organisiert sein. Daneben waren jedoch auch NPD-Mitglieder sowie Einzelpersonen aus dem gesamten Spektrum der extremen Rechten vertreten. Die Tatsache, daß die NPD zur Teilnahme an der Demonstration nicht eigenständig mobilisiert hat und somit insgesamt deutlich unterrepräsentiert war, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre Mitgliederschaft die Veranstaltung mitträgt und auch NPD-Funktionäre an der Durchführung beteiligt waren.

Holger Apfel, Mitglied des NPD-Bundesvorstandes, hielt eine Ansprache und beteiligte sich an dem Marsch. Beispielsweise fuhr der aus Riessa stammende NPDl-er Jürgen Günz mit im Lautsprecherwagen, der Ordnungsdienst wurde von dem Lüneburger Manfred Börm geleitet. Anhand des NPD-Ordnungsdienstleiters Börm soll kurz die besondere politische und persönliche Mischung deutlich gemacht werden, die den jährlichen Heß-Marsch von allen anderen Neonazidemonstrationen absetzen. Börm ist ein typisches Bindeglied zwischen »freien Kameradschaften« und der NPD. Innerhalb der NPD ist er mittlerweile Ordnungsdienstleiter, nimmt andererseits aber auch an Lagebesprechungen des Netzwerkes um

Deutsche Kameradschaften-Parade:
ein buntes Potpourri von NS-Verherrlichung und weinerlichstem Märtyrer-Pathos.

Christian Worch und Thomas Wulff teil. Seine Glaubwürdigkeit für die »Jungen« kann der ehemalige stellvertretende Gauführer der Wiking Jugend in Schleswig-Holstein unter anderem aus einer Verurteilung durch das Oberlandesgericht Celle im Jahr 1978 zu einer Haftstrafe von sieben Jahren ziehen. In dem so genannten Bückeburger Prozeß war neben Börm auch der verstorbene Michael Kühnen verurteilt worden. Börm hat im Umfeld seines Wohnsitzes eine ganze Schaar jüngerer Aktivisten, vielfach aus dem Umfeld der verbotenen Wiking Jugend, gesammelt. Wie der größte Teil der älteren Führer der militanten neonationalsozialistischen Grüppchen und Organisationen, gehörte Börm zu denjenigen, die sich nach dem Niedergang der NPD als Wahlpartei Ende der sechziger Jahre radikalisierten und militante sowie terrorsitische Aktionen propagierte und durchführte. Während etliche dieser Personen die NPD verließen und neue Organisationen gründete, verblieben andere in der Partei oder kehrte nach einigen Jahren zurück. Viele dieser »alten Kämpfer« blieben über das Netzwerk der illegalen NSDAP/AO miteinander verbunden und begreifen die NPD als strategisches Mittel. Diese Mitglieder haben in den letzten Jahren eine besondere Rolle gespielt, da sie Kontakte und Unterstützung für die Einflussnahme des militanten Netzwerkes auf die NPD boten.

Sicherlich wäre eine direkte Mobilisierung der NPD für die Veranstaltung von den Organisatoren um Jürgen Rieger auch gar nicht gewünscht gewesen. Rieger stammt selbst aus der Riege der in den 70-er Jahren radikalisierten Neonazis. Er gehört zu den kontinuierlichen Kritikern der NPD von rechts; es bestand jedoch in all den Jahren eine strategische Zusammenarbeit. Dies war ihm aufgrund der Unterstützung seiner Aktivitäten durch Teile der Tätergeneration, insbesondere auch aus der Wiking Jugend und dem Bund Heimattreuer Jugend möglich, mit denen er unter anderem durch den Betrieb des »Heideheims« in Hetendorf verbunden war. Eine NPD-Mobilisierung hätte leicht eine Vereinnahmung der Veranstaltung bedeuten können und somit womöglich ausgrenzend auf andere Gruppen gewirkt. Rieger bevorzugt offensichtlich eine langsamere Verbreiterung der Veranstaltung, für die der Weg nunmehr geebnet ist. Insoweit macht es auch Sinn, daß Rieger vor zwei Jahren die Veranstaltungsleitung von Christian Worch übernommen hat, der jahrelang einer der wesentlichen Köpfe hinter der Demonstration war. Rieger verfügt in ganz anderem Ausmaße als Worch über eine Verankerung in der Tätergeneration und kann damit auch Mitglieder traditionalistischen Gruppen mobilisieren, die dem »Radikalinski« Worch die Treue verweigern würden. Die Mobilisierung dieser Gruppe, die in diesem Jahr schon deutlich stärker vertreten waren als zuvor, kann sowohl in die Parteien der extremen Rechten (also nicht nur in die NPD) aber auch in die Kultur- und Traditionsverbände hinein wirken und unter Umständen zu einer Verfielfachung der Teilnehmer führen.

Auffällig war, dass die sich zur Zeit politisch befehdenden Norddeutschen Führungspersonen Christian Worch und Thomas Wulff beide nicht auf der Demonstration anwesend warn. Dies verwundert um so mehr, als beide im Vorfeld für die Demonstration geworben hatten und von Anbeginn der Heß-Märsche »dabei« waren. Auch einige andere »Köpfe« der Freien Kameradschaften fehlten. Die Hintergründe hierfür werden sich sicherlich in den nächsten Monaten offenbaren. Es ist zu vermuten dass entweder eine Verhärtung der Auseinandersetzung oder ein »Versöhnungstreffen« für das Fehlen verantwortlich sind.

»Nationale Solidarität« zeigten Teilnehmer aus Belgien, Dänemark, Großbritannien/Schottland, Frankreich, Italien (insgesamt etwa 70 Männer und Frauen der Veneto Fronte Skinheads) sowie eine Gruppe mit Südtirolfahne (»Südtirol bleibt Deutsch«), Kroatien, Luxemburg, der Niederlande, Norwegen, Österreich, Rumänien, der Schweiz, Schweden, der Slowakischen Republik, sowie der Tschechischen Republik. Die internationale Teilnahme hielt sich jedoch zahlenmäßig insgesamt in Grenzen. In größerer Gruppenstärke traten lediglich die italienische Organisation Veneto Fronte Skinheads bzw. deren Frauenorganisation USGI (etwa 70 TeilnehmerInnen), die Niederländische NVU sowie eine Gruppe Tschechischer Skinheads auf. In Gruppengröße waren wenigstens noch die Vertreter aus Großbritannien und Schweden angereist, wobei letztere geringfügig reduziert war. Dem letztjährigen Redner aus Schweden wurde die Einreise durch die deutsche Grenzpolizei versagt – eine Übersetzung seiner Rede aus dem letzten Jahr hatte eindeutige Verstöße gegen deutsche Gesetze zu Tage gefördert. Enttäuschend für die Veranstalter muß das im Gegensatz zum letzten Jahr deutlich geringere Interesse skandinavischer und belgischer Neonazis sein; aber auch die im letzten Jahr noch zahlreich erschienenen Lombardia Skinheads fehlten vollständig. Die niederländischen Teilnehmer, die direkt hinter Jürgen Rieger

marschierten sind alte Freunde aus dem NSDAP/AO Netzwerk. Die übrigen »Nationen« waren nur durch Einzelpersonen vertreten. Dies zeigt, daß die europaweite Mobilisierung der Veranstalter sicherlich noch in den Anfängen steckt.

Bereits ab 8 Uhr morgens durchstreiften die ersten Gruppen von Naziskins das Städtchen Wunsiedel auf der Suche nach Imbissmöglichkeiten. Insbesondere der direkt an der Demonstrationsroute gelegene Marktplatz des Städtchens bot spätestens ab 10 Uhr einen gespenstischen Anblick, wobei die stete Präsenz der sehr niedrigschwellig eingreifenden bayerischen Sonderpolizei USK dafür sorgte, dass es zu keinen größeren Ausfällen kam.

Die Stadt war überwiegend mit gegen die Nazidemonstration gerichteteten, über die Straßen gespannten Transparenten und Plakaten vorbereitet. Hatte die Polizei noch im letzten Jahr die Stadt quasi in zwei Teile geteilt um »links« und »rechts« zu trennen, so waren dieses Jahr keinerlei Absperrungen vorhanden. Die Polizei verließ sich in soweit auf ihren »Ruf« und die Disziplin der Nazis. Im Übrigen vertraute sie auf die geringe antifaschistische Mobilisierung und die Einschätzung der lokalen antifaschistischen Gruppen als »friedlich«.

Dies führte später dazu, dass die etwa 200 Personen starke antifaschistische Demonstration unbehelligt von Anti-Antifa-Fotografen abgelichtet und von Skins belästigt werden konnte.

Dagegen wurde um den Aufmarschplatz der Heß-Demonstration herum penibel bis schikanös die Einhaltung aller Auflagen durchgesetzt. Wer beanstandete Symbole nicht vollständig abgeklebt hatte, wer aus der Demonstration heraus Passanten fotografierte oder gegen eine sonstige Auflage verstieß wurde umgehend abtransportiert. Nach stundenlangen Reden verlief die eigentliche Demonstration ab 15.30 Uhr schweigend und langweilig. Nach Abschluss verließ der größte Teil der Teilnehmer umgehend den Ort in Richtung Autobahn. Ein Abendprogramm fand nicht statt.

Auffallend im Vergleich zum letzten Jahr war die größere Anzahl an Teilnehmern aus dem Naziskin-Spektrum. 2002 waren prozentual mehr »normal« gekleidete Teilnehmer und Teilnehmerinnen anwesend. Dies mag dadurch zu erklären sein, dass im letzten Jahr viele Teilnehmer aus Ostdeutschland im »Fluteinsatz« bzw. aufgrund der Überschwemmung einfach an der Teilnahme gehindert waren. Andererseits schien in diesem Jahr die Anzahl teilnehmender Frauen nochmals gestiegen. Der letztjährige Versuch eines abendlichen Konzerts als Begleitprogramm wurde nicht ausgebaut. Ungewöhnlich viele ältere Männer aber auch ganze Familien beteiligten sich an dem Aufmarsch und zeigten hierbei keinerlei Berührungsängste gegenüber den jugendlichen Skinheads. Ebenfalls erneut gestiegen ist der bereits im letzten Jahr recht hohe Anteil an Frauen.

Neonazis aus folgenden Kameradschaften traten als Gruppe mit eindeutiger Kennung – meist auf ihren Transparenten – auf: Fränkische Aktionsfront · Gemeinschaft Deutscher Osten · Frauenkameradschaft Tor Berlin · Mädelbund Thüringen · Nationale Opposition Hochsauerland/Siegerland · Kameradschaft Northeim Kameradschaft Sachsen-Anhalt Dessau · Kameradschaft Saarlautern · Kameradschaft Köllertal · White Race Wartburgkreis · Freundeskreis Nationaler Politik · Kampfbund Deutscher Sozialisten.
Aus Norddeutschland trat vor allem die Kameradschaft um den verbotenen Hamburger Sturm personell geschlossen auf.

Insgesamt dürfte der diesjährige Heß-Marsch für die Veranstalter als großer Erfolg verbucht werden. Sollte auch in der Zukunft eine antifaschistische Mobilisierung größeren Ausmaßes unterbleiben, haben sie die Chance, tatsächlich einen jährlichen Event der europäischen Nationalsozialisten durchzuführen. Auch wenn sie hierzu ein deutlich unterhaltsameres Rahmenprogramm und eine politische Öffnung für die bisher nicht vertretenen Teile der extremen Rechten bieten müssen sind alle Voraussetzungen für eine solche Entwicklung gegeben.

Die antifaschistische Bewegung wird diese Veranstaltung auf Jahre hin nicht »verhindern« können. Sie muss dennoch vor Ort massiv Präsenz zeigen. Ein jährliches Treffen mehrerer tausend Nationalsozialisten kann nicht widerstandslos hingenommen werden, will man nicht jegliche Glaubwürdigkeit verspielen.

Einen Kasten Bier kann sich die Autobesatzung von Punks aus dem nahe Wunsiedel gelegenen Städtchen Hof über die Redaktionsadresse von dem Autor ausgeben lassen: Den gesamten Tag über waren sie beinahe die einzigen, die ununterbrochen die demonstrierenden und provozierenden Heß-Demonstranten lautstark angriffen und damit deutlich machten, dass auch unter solch widrigen Umständen Protest lautstark und konfrontativ sein kann.

Aktionen gegen Rassismus und Abschiebungen in Elmshorn

Fight Deportation!

Diejenigen Flüchtlinge, denen es überhaupt gelingt, aus den lebensbedrohenden Situationen in ihren Heimatländern zu fliehen und die Mauern der *Fortress Europe* zu überwinden, sehen sich in Deutschland wieder Repressionen ausgesetzt:

Auf der Flucht vor Armut, Folter, Hunger und Verfolgung im sicher geglaubten Europa angekommen, werden sie hier mit Gefängnis, Bewegungseinschränkungen und anderen Repressalien empfangen. Diese Instrumente des Staates dienen dem alleinigen Zweck, die Asylsuchenden einzuschüchtern und ihnen ein normales und politisches Leben in Deutschland durch die andauernde Angst vor der bevorstehenden Abschiebung unmöglich zu machen.

In dieser Situation verwundert es denn auch kaum, dass viele AsylbewerberInnen Angst davor haben, sich politisch in der BRD zu betätigen: Durch isolierende Unterbringung in Heimen, durch Überwachung, Einschüchterung durch Residenzpflicht und zum Teil durch direkte Auflagen an politische AktivistInnen, sich nicht mehr politisch zu betätigen, soll eine Stimmung geschaffen werden mit der Flüchtlingen vermittelt wird, sie sollen am besten „stillhalten".

Aber in diesem repressiven Klima gibt es dennoch auch Gegenbeispiele, so z.B. in Elmshorn.

Auch hier sind eine Reihe von Menschen, teilweise ganze Familien, von Abschiebung bedroht; unter ihnen auch die kurdische Familie G.. Imam G. war in der Türkei Gewerkschaftsaktivist und Sympathisant der MLKP, engagierte sich gegen Isolationshaft und Folter und wurde mehrere Male festgenommen. Vor der zunehmenden politischen Verfolgung floh er deshalb, wie zwei seiner Brüder, nach Deutschland, erhielt aber im Gegensatz zu ihnen kein Asyl. Seine Frau Zeynep wurde in der Türkei während einer Hausdurchsuchung von der Polizei körperlich misshandelt. Beide sind trotzdem auch in Deutschland aktiv, arbeiten bei der Organisierung von Anti-Kriegsdemos mit und waren an Solidaritätsaktionen für die politischen Gefangenen in der Türkei, so z.B. an der Besetzung der Elmshorner Nikolaikirche im Dezember 2001, beteiligt. Dennoch wurde der Asylantrag der Familie mit der Begründung abgelehnt, es lägen nicht ausreichend Belege für eine politische Verfolgung in der Türkei vor, so erscheine Imam zum Beispiel nicht auf Fahndungsplakaten. Anfang diesen Jahres gründete sich daraufhin in Elmshorn ein „Internationales antirassistisches Komitee" aus direkt von Abschiebung bedrohten Menschen sowie UnterstützerInnen, das gemeinsam Aktionen gegen Abschiebungen plante. In den darauf folgenden Monaten (März bis Mai) fanden zahlreiche Aktionen gegen Abschiebungen in der Elmshorner Innenstadt statt, so z.B. mehrere Agit-Prop-Straßentheater, Infostände, Pressegespräche, Kundgebungen und Ende Mai schließlich eine 24-stündige Mahnwache.

Leider muss zu unseren Aktivitäten abschließend festgestellt werden, dass ein großer Teil der Elmshorner Bevölkerung desinteressiert bis ablehnend reagierte. Daraus ergibt sich für uns die Frage, welchen Sinn eine antirassistische Öffentlichkeitsarbeit haben soll, wie sie aussehen kann und an wen sie sich richtet. Auf der anderen Seite nahm die lokale Presse unsere Positionen gegen Abschiebungen zum Teil ungewohnt positiv auf, und, was noch weitaus wichtiger ist, es konnten Kontakte zwischen migrantischen Gruppen und deutschen AntirassistInnen intensiviert und kontinuierlich weitergeführt werden.

Der Asylantrag der Familie G. wurde am 7.April 2003 abgelehnt. Seitdem erhalten sie lediglich noch begrenzte Duldungen, weil sich Zeynep in therapeutischer Behandlung befindet. Am 11.Juli 2003 stellte die Familie einen Nachfolgeantrag, der Entscheid darüber wird in den kommenden Wochen erwartet.

Internationales Antirassistisches Komitee Elmshorn

Suizidversuch und Protest
im Abschiebegefängnis in Rendsburg

Rassismus tötet

In der im Januar 2003 in Betrieb genommenen Abschiebehaftanstalt in Rendsburg sind zur Zeit 35 Häftlinge untergebracht. Hinter Gitter kommen Flüchtlinge, wenn ihr Asylantrag abgelehnt wurde und ihre Abschiebung erfolgen soll. Die Vollstreckungshaft soll unmittelbar vor der Abschiebung erfolgen, doch Fakt ist, dass die Häftlinge durchschnittlich 27 Tage im Rendsburger Abschiebegefängnis eingesperrt sind und es auch nicht unüblich ist, dass sich die Haft bis zu fünf Monate hinzieht. Anfang Juli zerschnitt sich ein inhaftierter 26jähriger Georgier die Pulsadern und musste ins Kreiskrankenhaus eingeliefert werden. Der Mann fügte sich die Verletzungen aus Verzweiflung über seine bevorstehende Abschiebung zu. Am darauffolgenden Tag protestierten die Insassen der Haftanstalt mit einem Hungerstreik gegen die zu lange Aufenthaltsdauer in der Haft und die erzwungene Trennung von ihren Familien. Knapp 4 Wochen später, am 29.7.2003 protestierten die Inhaftierten erneut gegen die schlechte Behandlung im Abschiebegefängnis. Kritisiert wurde wieder die viel zu lange Haftdauer (einer der Abschiebehäftlinge befindet sich bereits seit fünf Monaten dort), die Lebensmittelversorgung und die unzureichenden Sportmöglichkeiten. Der seelische Druck, der auf den Häftlingen lastet, ist immens und steigert sich während der Haft. Die Häftlinge sind von ihrer Familie getrennt, sind schockiert darüber, eingesperrt zu sein, ohne eine Straftat begangen zu haben und haben Angst vor der Zukunft. Viele Häftlinge müssen nach der Abschiebung mit Verfolgung, Gefängnisstrafen, Hunger oder Tod rechnen.

Protestaktionen gegen den Abschiebeknst rendsburg

Abschiebehaft - ein Instrument der Abschiebepraxis

Die Befürworter der Abschiebehaftanstalt argumentieren mit der Behauptung, dass in Rendsburg humanere Haft praktiziert würde. Doch Fakt ist: Es werden Menschen eingesperrt, die nichts getan haben, außer dorthin zu gehen, wo sie sich ein besseres Leben erhofften. Abschiebehäftlinge haben keine besseren Haftbedingungen als Straftäter. Abschiebehäftlingen werden Grundbedürfnisse wie Kommunikation, Bewegungsfreiheit und Gesundheitsfürsorge verweigert. In der öffentlichen Wahrnehmung wird die Kriminalisierung und Stigmatisierung von MigrantInnen verstärkt. Infolge der langen Haftdauer, der Zukunftsangst und der Unsicherheit über den Tag der Abschiebung kommt es bei vielen abgelehnten AsylbewerberInnen in Abschiebehaft zu erheblichen psychischen Störungen. Protest, Hungerstreiks und Selbstverletzungen gehören zum Alltag der Abschiebegefängnisse. Schon über 40 Menschen haben sich in deutscher Abschiebehaft das Leben genommen. Die Anzahl der Abschiebungen hat sich im Laufe der letzten zehn Jahre um mehr als 300 Prozent erhöht. Abschiebeknäste, Internierungslager und Ausreisezentren sind die Instrumente einer rassistischen Politik gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen. Die BRD als drittgrößter Waffenexporteur weltweit, ist mitverantwortlich für die Produktion von Flüchtlingsströmen. Hieraus ergibt sich die Verpflichtung keine Flüchtlinge abzuweisen, zu isolieren, einzusperren oder abzuschieben.

Wir wollen keine »humane« Haft, wir wollen keine Haft!
Dezentraler Bundesweiter Aktionstag gegen Abschiebehaft am 30.8.2003:
In Rendsburg werden unterschiedliche Aktionen stattfinden.
Treffpunkt T-Stube, 15 Uhr.

Bernd Lange, kontakt@netzwerk-asyl.de

Proteste im Rendsburger Abschiebeknast:

bessere Haftbedingungen und kürzere Haftdauer

Brief der Inhaftierten der Abschiebungshaftanstalt Rendsburg:

Protest der Inhaftierten der AHE Rendsburg 29.7.2003

Wir, die Inhaftierten der Abschiebungshaftanstalt Rendsburg, erheben folgende Forderungen an die Verantwortlichen:

1. Wir möchten gutes, frisches und nicht verschimmeltes Brot essen. Auch fordern wir mehr Abwechslung im Speiseplan.

2. Wir möchten die Möglichkeit haben, mehr sportliche Aktivitäten

durchführen zu können, weil diese unsere Aggressivität abbauen kann. Zum Beispiel: Fußball, Basketball, Einrichtung eines Fitnessraums.

3. Wir protestieren erneut gegen die teilweise lange Aufenthaltsdauer, weil sich seit unserem letzten Protest in dieser Hinsicht nichts verändert hat. Es gibt Hinweise, dass Verfahren verzögert oder nicht zügig genug durchgeführt werden.

(35 Unterschriften der Inhaftierten)

Mit einem Protestbrief beschwerten sich am Dienstag, den 29.7.2003, die zu dieser Zeit 33 Zivilhäftlinge in der Abschiebehaftanstalt Rendsburg über die schlechte Qualität der Gefängnisverpflegung, über den Mangel an sportlichen Betätigungsmöglichkeiten und über die in vielen Fällen sehr lange Haftdauer.

Nach zwei kollektiv verweigerten Mahlzeiten und einem ausführlichen Gespräch mit der Anstaltsleitung wurden diese Forderungen als berechtigt anerkannt. Die geforderten Verbesserungen der Haftbedingungen konnten weitgehend durchgesetzt werden: Die Kontrolle des Brotes, das in Neumünster gebacken wird, scheint verbessert zu sein und das zunächst untersagte Fußballspielen im Innenhof, ist wieder möglich. Der dringendsten und grundsätzlichen Kritik an der Dauer der Haft wird jedoch weiterhin nicht abgeholfen.

Trotz geäußerter Einsicht in die weitgehende Berechtigung des Protestes reagiert die Anstaltsleitung gegen einen sog. »Rädelsführer« allerdings mit Strafsanktionen in Form einer »im Morgengrauen« (wohl um zu vermeiden, dass die Mitgefangenen etwas mitbekommen) durchgeführten Verlegung in die Strafvollzugsanstalt in Kiel.

Der Flüchtlingsrat protestiert scharf gegen diese Art justizbehördlicher Einschüchterung, die angetan ist, als Drohgebärde gegen jegliche - auch noch so berechtigte - Insassenkritik verstanden zu werden.

Im Abschiebehaftgefängnis Rendsburg sitzen ausreisepflichtige Männer bis ihre Abschiebung vollstreckt werden kann. Ihr Asylverfahren ist gescheitert oder sie sind ohne Papiere zumeist an der Grenze aufgegriffen worden. Ohne eine Straftat begangen zu haben, werden solche Zivilhäftlinge zum Teil mit mehreren Monaten Freiheitsentzug belegt. »Was haben wir getan, dass wir länger weggesperrt werden, als so mancher Verbrecher?« fragt sich zum Beispiel Tunde Ogbunnaya, der seit fünf Monaten inhaftiert ist, weil seine Staatsangehörigkeit ungeklärt ist.

gez. Martin Link
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Abschiebungen in den Kongo

Humanitär nach Belieben

Während die Bundeswehr im Kongo eingesetzt wird, werden Bürgerkriegsflüchtlinge weiterhin abgeschoben.

Das zentralafrikanische Land macht seit Monaten Schlagzeilen wegen eskalierender Gewalt, Pogromen zwischen verschiedenen Volksgruppen und der Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft, dort friedensorientiert zu handeln. Im Bürgerkrieg, an dem Armeen aus mindestens sechs Ländern beteiligt sind, starben in den letzten fünf Jahren 3 Millionen Menschen, 2 Millionen flohen ins Ausland. Die Kämpfe drehen sich nicht um politische Konzepte für das Land, sondern um die Verfügungsgewalt über riesige Rohstofflager.

Weite Teile der europäischen Öffentlichkeit haben davor die Augen verschlossen – wie überhaupt Afrika für die deutsche Politik ein "vergessener Kontinent" ist

Die kongolesische Bevölkerung war einst Opfer brutaler Kolonialpolitik, insbesondere belgischer Konzerne und ausländischer Söldnerbanden, die mit Mord und Terror rohstoffreiche Gebiete erobern wollten. Erinnert sei hier auch an die Mörderbanden deutscher Söldner, wie die des berüchtigten "Kongo-Müller".

Im Juni 2003 beschloss die Europäische Union, militärisch zu intervenieren.Ausgerechnet Frankreich als ehemalige Kolonialmacht Afrikas wird das Kommando der Blauhelmtruppe übernehmen. Die Gelegenheit, daran teilzunehmen, ließ sich die Bundesregierung nicht entgehen und beschloss, deutsche Soldaten für den Einsatz bereitzustellen. Aus Angst um die Sicherheit der Soldaten sollte die deutsche Truppe nur im Nachbarland Uganda eingesetzt werden.

Keine Angst hingegen hat die Bundesregierung um das Leben der in den Kongo abgeschobenen Flüchtlinge.

Trotz der katastrophalen Lage im Kongo wurde noch immer kein Abschiebestopp ausgesprochen.

Im Kreis Stormarn wurde am 20.6.2003 der 42ährige Flüchtling Eboma Mole in den Kongo abgeschoben. Im Falle von Herrn Mole waren die Behörden sogar bereit, viel Geld auszugeben: Schon im Mai wurde dem Betroffenen angekündigt, für seine Abschiebung ggf. auch eigens ein Kleinflugzeug mit einem Kostenaufwand von bis zu 20.000 Euro zu chartern.

Das skrupellose deutsche Abschiebesystem verschont auch Familien mit Kindern nicht.So bekamen mehrere in Schleswig Holstein lebende Flüchtlinge kongolesischer Abstammung einen Ausreisebescheid oder eine Androhung zur Abschiebung. Die seit acht Jahren in Büdelsdorf lebende fünfköpfige Familie Landu ist ebenfalls betroffen. Die Härtefallkommission des Landes Schleswig-Holsteins erkannte in diesem Fall keine besondere Härte und empfahl der Familie, die dreijährige Tochter rechtzeitig gegen die im Kongo grassierenden Seuchen impfen zu lassen, und die schwangere Mutter daraufhin untersuchen zu lassen, ob sie den langen Flug aushalte.

Anfang Juni veranstalteten wir ein einwöchiges Info-Camp vor dem Rathaus in Büdelsdorf. Unter dem Slogan "Bleiberecht für Familie Landu - Keine Abschiebungen in den Kongo" wurden jeden Abend themenbezogene Veranstaltungen durchgeführt und eine Briefaktion an den Innenminister gestartet.

Die Forderung nach einem sofortigen Abschiebestopp in den Kongo unterschrieben ca. 950 Menschen aus Büdelsdorf und Rendsburg. Das Info-Camp endete mit einer Demonstration von Büdelsdorf nach Rendsburg.

Bernd Lange, Netzwerk-Asyl-Rendsburg

»Bleiberecht für Familie Landu - Keine Abschiebungen in den Kongo« war das Motto vielfältiger Protestaktionen

Leiter des Hamburger Einwohnerzentralamtes entzieht sich der Abschiebung:

Im Sinne des Senats

Am 17.Mai 2003 fanden sich gegen 7 Uhr ca. 50 Personen der Abschiebegruppe der Hamburger Ausländerbehörde vor dem Wohnhaus des mit sofortiger Wirkung allen seinen Ämtern enthobenen Leiters des Einwohnerzentralamts Raoul Bopatio, alias Ralph Bornhöft in Fuhlsbüttel ein.

Die Abschiebegruppe, bestehend aus zahlreichen, bestens ausgerüsteten PolizistInnen und diversen »Frau Meiers« - Sachbearbeiterinnen bei der Hamburger Ausländerbehörde - wurde dabei von vielen desinteressierten BürgerInnen »Glotz«, die wie zumeist getreu dem Motto »Mitmachen ist besser als Eingreifen!« den Beamten im Wege standen, bei ihrer Arbeit behindert.

Obwohl aus einem Lautsprecherwagen der Hamburger Abschiebebehörde der im Anschluss dokumentierte Abschiebebescheid verlesen wurde und sich Polizei, desinteressierte BürgerInnen und Frau Meiers alle Mühe gaben, Bopatios/Bornhöfts habhaft zu werden, weigerte er sich zu kooperieren, ließ die 15minütige Frist, sich zur Ausreise bereit zu machen, verstreichen und entzog sich der Abschiebung.

Mit dieser Agit-Prop-Aktion, die im Rahmen der »Aktionstage zur Verhinderung des geplanten Ausreiselagers in Hamburg« steht, wollen wir auf die Abschiebepraxis in Hamburg aufmerksam machen und sie als das entlarven, was sie wirklich ist: Eine absolute Schikane von Menschen, die, ihrer Perspektive und Hoffnung entraubt, durch ihre Abschiebung erneut dem ausgesetzt werden, was sie dazu trieb, ihr Land zu verlassen: Krieg, Hunger, Verfolgung, Folter und Tod.

Maßgebliche Verantwortung an dieser Abschiebepraxis trägt nicht zuletzt auch Ralph Bornhöft als Leiter des Einwohnerzentralamtes und damit Leiter der sogenannten Abteilung für Ausländerangelegenheiten. Ganz im Sinne des Senats sorgt er dafür, dass die alltäglichen Schikanen, Demütigungen und Willkürakte der SachbearbeiterInnen in der Ausländerbehörde gegenüber den asylsuchenden Menschen unbehelligt bleiben. So werden mit seiner Zustimmung Asylsuchende älter gemacht, werden ärztliche Atteste abgelehnt, werden Duldungen willkürlich erteilt oder eben nicht, wird der Bewegungsradius der Flüchtlinge auf wenige Kilometer eingeschränkt, wird die Erlaubnis auf Ausbildung und Arbeit verweigert.

Verantwortung übernehmen aber auch jene hinter den Schreibtischen, die die Verordnungen und Abschiebebefehle unterschreiben, jene, die widerspruchslos die Abschiebungen zulassen, jene, die einfach wegsehen und die Gardine zu ziehen, jene, die der rassistischen Hetze zustimmen.

Wir wollen ein uneingeschränktes Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge und MigrantInnen!
Wir treten ein für Bleiberecht und freie Wahl des Aufenthaltsorts!

Dieses Straßentheater wurde organisiert von Hamburger FrauenLesben mit freundlicher Unterstützung antirassistischer Gruppen und Initiativen (u.a. Avanti - Projekt undogmatische Linke, HH)

Dokumentation der Ausreiseverfügung gegen Raoul Bopatio alias Ralph Bornhöft:

Sehr geehrter Raoul Bopatio,
alias Bornhöft,

hiermit wird Ihnen unwiderruflich das Aufenthaltsrecht aberkannt. Sie sind damit zur sofortigen Ausreise verpflichtet. Wir weisen sie auf Ihre Mitwirkungspflicht hin und fordern Sie auf, sich in 15 Minuten ausreisefertig vor der Unterkunft Schanzenberg 9 einzufinden.
Wie Sie als ehemaliger Leiter des Einwohnerzentralamtes - und damit auch der Ausländerbehörde - der Fiesen Hansestadt Hamburg wissen sollten, wird Wert darauf gelegt, Abschiebungen möglichst diskret und ohne Aufsehen vonstatten gehen zu lassen. Dies dürfte auch in Ihrem Sinne sein.
Die zuständige Mitarbeiterin Frau Meier wird auf Ihrem gemeinsamen Weg zum Hamburger Airport für einen reibungslosen und serviceorientierten Ablauf sorgen.

Ihre Flugdaten: Abflug Hamburg:17.05.03, 13.15 Uhr, Ankunft Sao Paulo: 18.05.03, 5.05 Uhr mit Flug Lufthansa 243

Bitte beachten Sie, dass Ihr Gepäck ein Gewicht von 20 kg nicht überschreiten darf.

Begründung:
1. Bei einer Überprüfung Ihrer Angaben zur Person hat sich ergeben, dass Ihr eigentlicher Name Raoul Bopatio lautet. Unter diesem Namen wuchsen Sie auch als Straßenkind in Brasilien auf. Sämtliche Ämter, Vergünstigungen und Geldleistungen, die Sie unter dem falschen Namen Ralph Bornhöft erworben haben, werden Ihnen mit sofortiger Wirkung entzogen. Auch Ihre Angaben über Ihren Aufenthaltsort haben sich als falsch erwiesen. Schillinghausen kann lediglich als Transitland auf Ihrem Weg aus Brasilien gewertet werden.

2. Die Tatsache, dass Sie sich in den letzten Jahren zunehmend aus dem öffentlichen Rampenlicht zurückgezogen haben, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie im Hintergrund Ihr Treiben fortsetzten. Unter anderem konnten wir aufdecken, dass Sie Ihren Lohn dazu missbrauchten, Schweigegelder an die Hamburger Ärztekammer zu zahlen, um die ärztliche Beihilfe zur Abschiebung zu verhindern.
Auch die gekauften Atteste für Ihre Tante sind diesseits nur als Urkundenfälschung zu deuten, da diese Atteste seit längerem keine Bedeutung mehr für ein Bleiberecht haben.

3. Auch erhielten wir durch Mitarbeiter Ihrer Behörde Kenntnis davon, dass Sie zum wiederholten Male in persönlichen Kontakten mit ausreisepflichtigen Flüchtlingen und Ihren Unterstützern Gnade vor Recht ergehen ließen, um diesen einen Aufenthalt in der BRD zu ermöglichen. Dieses Verhalten gefährdet die innere Sicherheit und Ordnung unserer Stadt.

Wir hoffen, Sie haben Ihren Aufenthalt in Hamburg genossen und wünschen Ihnen alles Gute für Ihr weiteres Leben in Ihrer Heimat Brasilien.

Aus humanitären Gründen erhalten Sie von uns eine einmalige Zahlung von Euro 25,50, um sich dort eine neue Existenz aufzubauen. Wir weisen sie darauf hin, dass wir dazu nicht verpflichtet sind.

Mit freundlichem Gruß
i.A. Meier

Rote Hilfe e.V.: Presseerklärung zur brutalen Räumung des 6. antirassistischen Grenzcamps in Köln durch die Polizei

Brutale Räumung

Am Samstag, den 9. August wurde das seit dem 31. Juli in Köln stattfindende 6. Antirassistische Grenzcamp in einem brutalen Polizeieinsatz geräumt.

Gegen 11.00 Uhr umstellten mehrere Hundertschaften der Polizei mit Wasserwerfern und Räumpanzern das Gelände, auf dem sich zu diesem Zeitpunkt über 300 Menschen befanden. Durch mehrfachen Einsatz von flüssigem Reizgas wurden mindestens 30, durch Schlagstockeinsätze weitere 20 AntirassistInnen verletzt. Bei Temperaturen um 40°C und obwohl bekannt war, dass sich zahlreiche Kinder im Camp befanden, stellte die Polizei zeitweise das Wasser ab, bis die SanitäterInnen unter Verweis auf die Verletzten mit Anzeigen wegen unterlassener Hilfeleistung drohten. Die Telefon- und Internetverbindungen wurden ebenfalls gekappt, um die Kommunikation mit der Außenwelt zu erschweren.

Ab dem frühen Abend wurden die Eingekesselten einzeln abgeführt, einer erkennungsdienstlichen Behandlung (einschließlich Videoaufnahmen) unterzogen und für mehrere Stunden in Gewahrsam genommen. Die letzten Festgenommenen wurden erst am frühen Sonntag Morgen wieder freigelassen.

Auf dem Camp, das bis spätestens 12.00 Uhr ´besenrein´ hinterlassen werden musste, hatte die Polizei bei der nächtlichen Suche nach weiteren noch nicht erfassten Personen zahlreiche Zelte verwüstet; mehrere auf dem Gelände abgestellte Fahrzeuge waren aufgebrochen und durchsucht worden.

Hatte die Polizeiführung zunächst die vorübergehende Entwendung einer Polizeikamera als Vorwand für die Räumung angeführt, wurde das Camp bei der Pressekonferenz am Samstag Nachmittag als ´internationales Netzwerk gewalttätiger Linksradikaler´ bezeichnet. Als Begründung für die Polizeiübergriffe am Samstag diente zudem die Behauptung, 70 % der CampteilnehmerInnen seien StraftäterInnen.

Das Antirassistische Grenzcamp, das in diesem Jahr nahezu 1.000 AktivistInnen aus ganz Europa angezogen hatte und von einem Auftaktforum mit Vorträgen und Diskussionen eingeleitet worden war, wurde von zahlreichen Aktionen begleitet, die alltäglichen Rassismus und staatliche Repression gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen thematisierten.

Schon in den Tagen vor der Räumung war die zehntägige Veranstaltung Ziel unverhältnismäßiger Polizeieinsätze. So kam es nicht nur zu zahlreichen polizeilichen Übergriffen und Festnahmen bei antirassistischen Kundgebungen und Aktionen; vielmehr sorgten ständige Fahrzeugpatrouillen mit Kameras und über dem Gelände kreisende Hubschrauber für eine lückenlose Überwachung der Vorgänge auf dem Camp.

Das durchweg von Provokationen geprägte Vorgehen der Polizei, das in der brutalen Räumung am Samstag seinen Höhepunkt fand, zielte auf die Kriminalisierung sämtlicher CampteilnehmerInnen und der antirassisischen Bewegung an sich ab. Hierfür spricht auch die Einleitung von insgesamt 84 Ermittlungsverfahren. Zudem ging es neben dem Versuch der Einschüchterung um die möglichst vollständige Erfassung der persönlichen und biometrischen Daten der anwesenden AktivistInnen.

- Für die Einstellung aller Verfahren gegen Protestierende!
- Für die Vernichtung aller angefallenen ED-Daten!
- Kampf der staatlichen Repression!

E. Erle
für den Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V.

Solidemo in Kiel wegen der brutalen Räumung des Grenz-Camps in Köln

Ca. vierzig AntirassistInnen trafen sich am Sonntag, den 10.8. vor dem Sophienhof (ein lokaler Einkaufstempel gegenüber dem Kieler Hauptbahnhof) anlässlich der Räumung des antirassistischen Grenzcamps in Köln. In einer lauten und weitgehend unkontrollierten Spontandemonstration durch Kiels Innenstadt wurde gegen den rassistischen Normalzustand, Polizeiterror, Kapitalismus, die staatliche Abschiebungspolitik mit Parolen und vielen Transparenten protestiert. Die Demoroute führte nach mehreren spontanen Änderungen (sehr zur Verwirrung der Bullen) auch an einer größeren örtlichen Polizeiwache (`Blume´) vorbei, an der AntirassistInnen wohl schon vorher farblich tätig wurden. Während der knapp zweistündigen Demonstration und auf mehreren Zwischenkundgebungen wurden mehrfach Redebeiträge verlesen.

Aus dem EiE-Archiv: Rep-Parteitag in den 90er-Jahren

Weiter auf dem absteigenden Ast: Die Republikaner

REPs – gibt's die noch?

In der Tat: für besondere Schlagzeilen sorgen die REPs schon seit längerem nicht mehr. Das jedoch muss nicht zwangsläufig etwas bedeuten, vergegenwärtigt man sich, dass mediale Aufmerksamkeit manchmal die seltsamsten Wege geht. Nach dem erfreulich schlechten Abschneiden der Partei bei den letzten Wahlen hofft die Partei nun auf die Landtagswahlen in Bayern, wo es noch eine gewisse kommunale Verankerung gibt.

Bei dem im Jahr 2002 stattfindenden letzten Bundesparteitag der REP war der innerparteiliche Streit um die richtige Linie noch einmal offen ausgetragen worden. Schwer noch haderte die Partei damit, im Frühjahr 2001 den Einzug in den Stuttgarter Landtag nicht ein drittes Mal geschafft zu haben. Zudem waren interne finanzielle Unregelmäßigkeiten zu verkraften; Schaden in Höhe von 220.000 Euro sei durch den langjährigen Bundesschatzmeister Reinhold Giegold entstanden, der über Jahre hinweg Parteigeld auf das Konto seiner Privatfirma überwiesen hat. Zusätzlich sehen sich die REP seitens der Finanzbehörden Forderungen in Höhe von zwei Millionen Euro ausgesetzt, da die Partei ungerechtfertigte Spendenquittungen auf angebliche Sachleistungen ausgestellt hat.

Im niederbayerischen Deggendorf war Anfang November Schlierer mit 187 von 255 gültigen Delegiertenstimmen im Amt des Bundesvorsitzenden bestätigt worden. Um aus dem Tief herauszukommen, empfahl er der Partei, gegen das ihr anhaftende ,Negativ-Image' zu kämpfen und mit ,vorzeigbaren Persönlichkeiten' aufzutreten. Neben der Straffung der Parteistrukturen und intensivierter Schulungstätigkeit für kommunale Mandatsträger kündigte er die Konzentration der knapper werdenden finanziellen und personellen Möglichkeiten auf wichtige Wahlantritte an.

Nachdem die Partei bei den Landtagswahlen in Niedersachsen nur 0,4% der Zweitstimmen (= 17.048 Stimmen) und auch in Hessen bei 1,3% erhebliche Verluste hatte hinnehmen müssen, traten die REP zur Bürgerschaftswahl in Bremen am 25. Mai 2003 gar nicht erst an, sondern ließen der DVU den Vortritt. Lediglich der REP-Landesvorsitzende Peter Pricelius zog in den Beirat im Bremer Stadtteil Walle ein. So gerät die Schlierer-Fraktion der REP weiter unter Druck: auf der einen Seite ausbleibende Erfolge bei Wahlkandidaturen, auf der anderen Seite wachsende Kritik und offensives Abwerben von REP-Mitgliedern durch die Konkurrenz NPD.

In schöner Regelmäßigkeit berichtet die neofaschistische Monatsschrift ,Nation & Europa' von der innerparteilichen Kritik an der Schlierer-Linie und den nicht verstummenden Forderungen nach Beendigung der Konkurrenz zwischen den verschiedenen Parteien der extremen Rechten sowie einer deutlich rechteren Profilierung. Neben Christian Käs (früher stellv. REP-Bundesvorsitzender) und Gottfried Burischek (früher REP-Generalsekretär in Hessen) war schon 2002 der langjährige Stuttgarter REP-Landtagsabgeordnete Lothar König mit der Begründung ausgetreten, eine ,Führungsclique' unter Schlierer blockiere die Wendung zu ,volksnahen, klaren, unangepassten, griffigen Wahlaussagen'; so hat sich der rheinland-pfälzische REP-Landesverband der ,Freiheitlichen Initiative Deutschland e.V.' (FID) angeschlossen, in der frühere Landtagsabgeordnete bzw. Funktionsträger der REP, der DVU, der DP, der FDVP, der DSU, der PRO und der Bayernpartei zusammengefunden haben. Ziel der FID ist die Einheit der extremen Rechten und die Kooperation mit ähnlichen Parteien in Europa. Schlierer reagierte auf diesen Schritt mit einem Rundbrief, in dem er forderte, diesen Schritt zu korrigieren. Bisher vergeblich. Auch andernorts ist die von Schlierer geforderte Abgrenzung zu NPD und Nazi-Skinheads brüchig. Der Münchner REP-Stadtrat Johann Weinfurtner führt im Rahmen des Vereins ,Demokratie Direkt München' gemeinsame Aktionen mit Neonazis durch; auch an dem neofaschistischen ,Nationalen Bündnis Dresden' sind Mitglieder der REP beteiligt. Und in Passau führten NPD und REP eine gemeinsame Mahnwache anlässlich des Jahrestages des 17. Juni 1953 durch.

Vom Niedergang der REP versucht insbesondere die NPD zu profitieren, zu der bereits etliche REP-Mitglieder gewechselt sind. Dem langjährigen niedersächsischen REP-Landesvorsitzenden Peter Lauer, der nach der Wahl zurückgetreten war,

wurde jüngst im NPD-Parteiblatt 'Deutsche Stimme' eine lobende Passage gewidmet und ihm der Eintritt in die NPD nahegelegt. Als einer derjenigen, der diesen Schritt bereits gegangen ist, stellte sich in der Juli-Ausgabe des Blattes Bernd Ehrreich aus dem Saarland vor. Diesem ersten Teil einer Serie sollen weitere folgen, in denen sich 'Neuaufnahmen' zu den Beweggründen ihres Eintritts in bzw. Wechsels zur NPD äußern dürfen.

Während die Parteispitze die Austritte als 'Prozess der Selbstreinigung' abzutun versucht, bemüht sich die vor zwanzig Jahren gegründete Partei darum, propagandistisch Themen zu besetzen und den Anschluss an öffentliche Debatten zu finden, auch wenn sie aufgrund der Finanzprobleme bereits die bisherige Bundesgeschäftsstelle aufgeben musste. In einem Interview mit der REP-Parteizeitung im Frühjahr lobte der französische Theoretiker der extremen Rechten, Alain de Benoist, die Ablehnung der Beteiligung der Bundeswehr am direkten Kampfgeschehen im Irak durch Kanzler Schröder wegen des darin enthaltenen Nationalismus: Dies sei ein „Wendepunkt" deutscher Politik, denn „zum ersten Mal seit 1945 hat Deutschland so seinen Willen zur Eigenständigkeit bekundet." Wie Benoist so schwebt auch anderen Teilen der extremen Rechten eine gegen die USA gerichtete Achse Paris-Berlin-Moskau vor. Besondere Aufmerksamkeit wollen die REP aber auf „sozialpolitische Themen" legen, d.h. Sozialpolitik soll nach nationalistischen Ausschließungskriterien organisiert und hinsichtlich der Leistungen eingeschränkt werden. Ob sich aus diesem Vorhaben ein erneutes Erstarken der REP ergibt, darf bezweifelt werden.

M. Behrendt

über 2500 Neonazis beim Pressefest der *Deutschen Stimme* in Sachsen

In sengender Hitze fand am 9. August das diesjährige Pressefest der *Deutschen Stimme* im westsächsischen Meerane statt. Dort konnte die NPD das am Ortsrand gelegene Hotel Schwanefeld nutzen. Während die Polizei mit nur geringen Kräften vor Ort war und Neonazis zeitweise die Verkehrslenkung an der Zufahrt zum Hotel übernahmen, bildeten sich bereits früh im Eingangsbereich Schlangen. Vor allem aus Sachsen, Brandenburg, Thüringen, Niedersachsen und Bayern, aber auch aus Berlin, Nordrhein-Westfalen und Hamburg – sowie vereinzelt aus dem europäischen Ausland – kamen die BesucherInnen, unter ihnen etwa 15% Frauen.

Während im Hotel im 'Saal Sachsen-Thüringen' Buchlesungen und eine Diskussionsrunde stattfanden, drängten sich im 'Saal Dresden' die Info- und Verkaufsstände neonazistischen Gruppen (u.a. Freier Mädelbund, Triskele, Gemeinschaft deutscher Frauen, HNG, UN, JLO, Fränkische Aktionsfront, Pommersche Aktionsfront, Bund freier Jugend). In der glühenden Hitze direkt davor saßen VertreterInnen der Deutschen Partei, des Nationalen Bündnis Dresden und von München direkt sowie für das NSAW vom Skinhead-Club Friedrichsroda.

DS-Verlagsleiter Holger Apfel begrüßte neben NPD-Chef Voigt auch dessen Vorgänger Deckert und den BNP-Gründer John Tyndall sowie den Auslandsbeauftragten David Dukes. Den meisten Beifall erhielt jedoch der Nazi-Barde Frank Rennicke.

Während die Mehrheit des Publikums (die meisten bis 35 Jahre alt) den Ausführungen Baldur Springmanns über ›Schwingungen‹ nicht besonders interessiert folgte und Voigt die Anwesenden auf die bevorstehenden Aufgaben einschwor, warteten etliche Jungnazis in ihren kilometerweit abgeparkten Autos auf die Musik von Sturm und Drang, Nordfront und Saga. Für die von der Stadt bereitgestellten Parkflächen mußte die NPD knapp 12.500 Euro Kaution bezahlen, die durch einen Extra-Beitrag von 3 Euro je BesucherIn zum wesentlichen Teil wieder hereingeholt wurde.

Für die anwesenden Neonazis war der Auftritt Rennickes der erste Höhepunkt der Veranstaltung, der durch mehrere Zugaben verlängert wurde. Bei den folgenden Auftritten von Sturm und Drang, Nordfront und Saga tobte der – zum Teil betrunkene – Mob. Aus einer Gruppe von Glatzen wurde schließlich ein Kameramann eines Hamburger Senders angegriffen, der mit Polizeibegleitung offiziell auf dem Gelände filmte. Der Mann mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun wegen schwerer Körperverletzung.

Das DS-Pressefest fand völlig ungestört hat, Neonazis bestimmten das Bild weit um das Hotel herum; gegenüber dem Konzept der Kameradschaften und des ›leaderless resistance‹ zeigte sich u.a. bei dieser Veranstaltung der Vorteil eines Organisationskonzeptes, das mit freigestellten Kadern, institutionalisierten internationalen Kontakten und zentralisierter Propaganda eine wachsenden Vielfalt an Veranstaltungsangeboten (Demonstrationen, Schulungsveranstaltungen, Kameradschaftsabende) bereitstellt. Damit können Worch, Wulff und Hupka derzeit nicht mithalten.

Christian Magte (Der Rechte Rand)

neuer »alter« Kristallisationspunkt der extremen Rechten

Deutsche Partei organisiert sich neu

Nach Jahrzehnten der Bedeutungslosigkeit versucht eine Partei ihr Comeback, die in den Anfangsjahren der Bundesrepublik in den von Konrad Adenauer geführten Regierungen Mitverantwortung trug: die Deutsche Partei (DP). Der Wahlantritt bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen im Frühjahr 2003 sollte den Durchbruch bringen; obwohl das eine völlige Pleite wurde, geht die Aufbauarbeit weiter.

In den Jahren 1949 bis 1961 bildete die 1866 gegründete DP einen Teil der Bundesregierung und stellte in Niedersachsen 1955 bis 1959 den Ministerpräsidenten Heinrich Hellwege. Ihr lag insbesondere eine „Beendigung der Entnazifizierung" und die Rehabilitierung der Waffen-SS am Herzen. Die 1953 durchgeführten Mai-Feiern waren am Vorbild der ‚Deutschen Arbeitsfront' des NS-Regimes orientiert und trugen scharf gewerkschaftsfeindlichen Charakter. Mitte der sechziger Jahre allerdings war die Partei bereits weitgehend bedeutungslos geworden und löste sich formal auf, da das Gros ihrer Bundestagsabgeordneten, der Mitgliedschaft und der WählerInnen von der CDU/CSU aufgesogen worden war. Lediglich ein gleichnamiger Verein existierte in Niedersachsen weiter; in Bremen versuchte der ehemalige NPD-Vorsitzende Thielen noch 1967 unter dem Namen ‚Deutsche Partei' Wahlkampf zu machen.

Im Schatten des Anschlusses der DDR versuchte auch die DP noch einmal eine Wiederbelebung; erste 1990 unternommene Versuche in Niedersachsen blieben allerdings bedeutungslos. Mitte 1993 kam es in Kassel (Mitgliederstand: 26) zur Wiedergründung der ‚Deutschen Partei', deren Zielsetzung von Wolf von Zworowski, ihrem damaligen Bundesvorsitzenden, mit dem Eintreten für einen ‚starken Rechtsstaat', ‚Mut zur Erziehung auf der Basis von Christentum, Heimat und Nation' sowie gegen die Abtreibung umschrieben wurde. Im Bereich zwischen CDU/CSU-WählerInnen, REP und NichtwählerInnen sah man ein Potenzial von 30% der Stimmen. Vom DP-Vorstand (neben Zworowski noch Werner Roth und Uwe Sitter) wurde eine enge Zusammenarbeit mit der in Ostdeutschland aktiven DSU angestrebt, darunter auch zu Paul Latussek, dem Vizepräsidenten des ‚Bundes der Vertriebenen'. Roth verfügte als Mitglied der reaktionären ‚Bürgergemeinschaft für Bielefeld' (BfB) über enge Kontakte zum Oetker-Konzern in Bielefeld. Ein merklicher Aufschwung der Partei trat jedoch nicht ein.

Schließlich fand der ehemalige FDP-Funktionär Heiner Kappel aus Hessen nach einem kurzen Zwischenspiel beim extrem rechten ‚Bund Freier Bürger' (BFB) den Weg zur DP, deren Bundesvorsitzender er als Nachfolger von Johannes von Campenhausen am 9. Juni 2001 wurde. Der Parteivorstand initiierte die Herausgabe eines Mitteilungsblattes mit dem Titel ‚Deutschland Post', das großzügig an Interessierte versandt wurde. Darin bejammerte Kappel, dass sich kaum jemand zum ‚Deutschsein' bekennen mag, und phantasiert, dass statt dessen „Selbstverleugnung und Selbsterniedrigung", ja „Unterwürfigkeit gegenüber der Welt" vorherrschen würden. Die völkisch-nationalistische Orientierung der DP schlägt sich sowohl in einer restriktiven Ausländer- und Flüchtlingspolitik als auch in der Befürwortung eines außenpolitisch starken Nationalstaats nieder. Kappel hatte im Zusammenhang mit dem Krieg der USA gegen den Irak gefordert, die europäischen Staaten müssten erheblich aufrüsten, damit sie im Verhältnis zu den USA ein gewichtigeres Mitspracherecht bekämen.

Gegenüber der ‚Jungen Freiheit' betonte er Mitte März d.J. auf die Frage, mit welchem politischen Profil Möllemann evtl. erfolgreich eine Parteigründung umsetzen könnten, dass hierfür nur „die patriotische Komponente" denkbar sei. Auch in dem im Mai veröffentlichten Interview mit der NPD-Zeitung ‚Deutsche Stimme' betonte er die Bedeutung der „nationalen Komponente".

Die Bürgerschaftswahlen in Bremen sollten die erste Nagelprobe für den Neustart der DP sein, weshalb dort auch der Bundesparteitag am 12. April 2003 stattfand. Im Stadtstaat hoffte die Parteispitze an frühere Zeiten anknüpfen zu können, als die DP dort bei Wahlen bis zu 18% der Stimmen holte. Dies führte beim Spitzenkandidaten der Partei, dem Lehrer Reinhold Thiel kurz vor der Wahl in einem Interview in der ‚Jungen Freiheit' zu der abstrusen Vorstellung, die DP erwarte einen Stimmenanteil von 35%. Tatsächlich wurden es dann für die DP-Truppe, die sich zum „gesunden Nationalbewusstsein" bekennt, lediglich ein knapper halber Prozentpunkt. Ob dieser Flop nun dazu führt, dass Aktivisten wie der Lehrer an der Bundeswehrfachschule in Naumburg/Saale, Reinhard Willnow, früherer Pressesprecher der REP in der Hansestadt, die Partei wieder verlassen, bleibt abzuwarten. Wie es mit der ‚Deutschland Post' in Zukunft weitergeht, ist aufgrund finanzieller Probleme der Partei aber auch ungesichert.

Derzeit bemüht sich die DP an verschiedenen Orten darum, Strukturen der Partei aufzubauen. In Baden-Württemberg ist als kommissarische Landesvorsitzende Jutta Retz aktiv, die dort 1999 noch stellvertretende REP-Landesvorsitzende und zeitweise dem Vorstand des Republikanischen Bundes der Frauen angehörte.

Links:
Heiner Kappel, ehemals FDP, ehemals BfB, nun DP – ein Garant für Erfolglosigkeit

Deutschland Post

eine monatliche Informationsschrift für die
DEUTSCHE PARTEI - DP

Wenn die anderen denken, man sei am Ende, so muß man erst richtig anfangen.
(Konrad Adenauer)

Inhalt
Wie sieht es aus um Volk und Staat
Ein Dankeschön
Prof. Hankel zum Euro
Was haben wir vom Islam zu erwarten
Zitiert-Notiert
Kirchenpräsident und Homo-Ehe
Buchbesprechung
Zum Volkstrauertag im November
FAZ zu Dr. Latussek/Leserbrief Dr.Löffler
Brief Bundesvorsitzender an Roland Schill
Mehr Hoffnung für Europa
Der Bundesschatzmeister berichtet
Andere kommen zu Wort
Wünsche

1. Jahrgang · 4./5. Ausgabe November/Dezember 2001

65812 Bad Soden · Hauptstraße 31 a

DEUTSCHE PARTEI – DP –
LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

3000 HANNOVER 1
Brinckman-Straße 1
Telefon 0511-692131
18.08.90

Volksbank Hannover eG
(BLZ 251 900 01)
Kto.-Nr. 110 6627 000

DEUTSCHE PARTEI – DP – LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN
Brinckman-Straße 1 · 3000 Hannover 1

EINLADUNG

Im Auftrage des Bundesvorsitzenden lädt der Landesverband Niedersachsen der Deutschen Partei - DP - zu einer Ver - sammlung am Sonntag, den 02.09.90 um 11.30 Uhr in Wals - rode - Restaurant Luisenhöhe - ein.

TAGESORDNUNG:
1. Begrüßung und Eröffnung durch den Bundesvorsitzenden
2. Vorstellung des Landesvorstandes Niedersachsens
3. Aktivitäten des Landesverbandes
4. Aktivitäten der DP auf Bundesebene (Landesverbände, Teilnahme an der Bundestagswahl, Verfassungsklage-Oder-Neisse-Grenze, etc.)
5. Anmeldung der DP zu den Landtagswahlen in der DDR
6. Verschiedenes
7. Diskussion

Personen Ihres eigenen Vertrauens sind gern gesehen !

Es wird um pünktliches Erscheinen gebeten !

Mit freundlichen Grüßen!
Im Auftrag !
Boie
Landesgeschäftsführer

Als bayerischer Landesvorsitzender bemüht sich Ulrich Pätzold um das Vorankommen der Partei, deren Mitglieder sich zum Teil auch an den Einigungsbemühungen im Lager der extremen Rechten beteiligen. So trat Pätzold auch beim diesjährigen Deutsche Stimme-Pressefest der NPD im thüringischen Meerane auf, wo er eine Grußbotschaft des DP-Bundesvorsitzenden, Heiner Kappel, verlas. Derzeit zählt die DP bundesweit rund 700 Mitglieder. So gehören im Kreis Böblingen DP-Mitglieder zu den Gründern der extrem rechten ‚Bürgerbewegung Pro Landkreis Böblingen'. Zu den Aktivitäten gehört auch die Gründung der noch mitgliederschwachen ‚Deutschen Jugend' als DP-Jugendorganisation im Herbst 2002 in Fulda. Ihr Bundesvorsitzender ist Alexander Dullinger, sein Stellvertreter Christian Geiger.

Oliver Lotze hat das Amt des Schatzmeisters übernommen. In Thüringen ist als ‚Jugendbeauftragte' der DP Michael Burkert (Friedrichsroda) aktiv. Dieser wurde wegen Aufruf zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen gegen Teile der Bevölkerung (90 Tagessätze = 3200 Euro) verurteilt; der langjährige DVU-Aktivist Kurt Hoppe rief Anfang Juli „alle nationalen Patrioten und Kameraden" zum solidarischen Spenden auf. Burkert zeichnet zudem verantwortlich für eine DP-Pressemitteilung, in der von einer Flugblattverteilung in Friedrichsroda am 7. Mai berichtet wird, die mit Unterstützung von Neonazis aus Erfurt und Suhl durchgeführt worden sei. Eine weitere Flugblattaktion unter dem Motto „Steuern runter, Wirtschaft rauf" folgte am 3. Juli in Friedrichsroda, einen Tag später noch eine Mahnwache „Für Steuersenkung und gegen Massenarbeitslosigkeit". 20 Unterstützer aus den thüringischen Orten Zella Mehlis, Gotha, Bad Salzungen und Tambach trugen zum Gelingen der Aktion Burkerts bei, der sich selbst dem „Nationalen Widerstand" zurechnet.

In Schleswig-Holstein wurde der DP-Landesverband Ende März 2001 gegründet. Zu seinem Vorsitzenden wurde Student Thorsten Thomsen gewählt, als Stellvertreter amtierte der Arzt Hans-Georg Weiß. Kamen diese beiden vom BFB, so war der Schatzmeister Sven-Thorsten Ihde zunächst bei den REP (Mitgliedsnummer: 8370), später auch beim BFB aktiv. Als Beisitzer fungierten René Sielaf und Christian Beholz (beide Lübeck) sowie Hans Ahrhold (Mölln). Von den angekündigten Veranstaltungen und Infoständen hat in der folgenden Zeit jedoch kaum etwas stattgefunden. Thomsen betätigte sich in den letzten Jahren als Autor in extrem rechten Internet-Foren und Publikationen, so beispielsweise in der ‚Deutschen Stimme' der NPD oder in diesem Jahr in der Sommer-Doppelausgabe der extrem rechten österreichischen Zeitschrift ‚Aula'.

Auch wenn ein flächendeckendes Auftreten und dauerhafte Wahlerfolge der DP derzeit unwahrscheinlich sind und auch die im Juli 2002 von Kappel bei einem Treffen ehemaliger REP-Mitglieder formulierte Hoffnung, die DP werde ‚Sammelbecken für alle deutschen Patrioten', nicht realisiert wurde, so mag die Partei an manchen Orten ein wichtiger Kristallisationspunkt der extreme Rechten und rechtskonservativer Kräfte sein und daher Gegenaktivitäten antifaschistischer Gruppen erfordern.

Heiner K.B. Brenner

Vermächtnis des Öko-Bauern

Springmann und die ADL

Unter der Bezeichnung „Aktionsgemeinschaft der Deutschland Liebenden“ (ADL) wirbt seit Anfang 2002 eine neue Gruppierung um Mitarbeit. In ihren, in verschiedenen neofaschistischen Zeitschriften veröffentlichten Anzeigen schwadroniert sie von einer angeblich „von den deutschen Vasallen betriebenen Abschaffung des deutschen Volkes“, der man sich entgegenstellen müsse.

Aushängeschild und einer der Motoren ist der Ökofaschist Baldur Springmann, einst am Gründungsprozess der GRÜNEN in Schleswig-Holstein beteiligt. In einem Interview mit der NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme* beschreibt der 1912 Geborene, dass ihn „bei einer kleinen Feier volkstreuer Aktivisten“ am 9. November 1999 die Idee ereilte, dass „neben den tausend und mehr Schandmalen und bedrückenden Erinnerungsstätten endlich zur Erinnerung an das Aufleuchten von Volksbewusstsein beim Mauerfall 1989 ein Freudenmal“ hermüsse. Um diesem Projekt auch über die Szene der extremen Rechten hinaus Aufmerksamkeit und Unterstützung zu sichern, sollte am 21. Juni 2003 in Berlin eine erste öffentliche Großaktion stattfinden. Diese sollte, so der Mitstreiter Springmanns, Klaus Kaping, in einem Rundschreiben vom Juni 2002 aus einer vormittäglichen Aktion „Bilder des Deutschtums“ (Volkstanzgruppen „aus allen deutschen Stammesgebieten“) bestehen und nachmittags mit einer Demo zum Brandenburger Tor enden. Dabei sollte ein Modell des Rundbogens mitgeführt werden, den die ADL als völkisches „Freudenmal“ an zentraler Stelle in Berlin aufgestellt sehen möchte. Trotz breit gestreuter Werbung – u.a. erschien großformatige Werbung in der NPD-Parteizeitung, in den HNG-Nachrichten und in der WSL-‚Stimme des Gewissens' – fand sich in Berlin nur ein Häuflein von etwa 100 Nationalisten und Faschisten zusammen, die dem ADL-Aufruf gefolgt waren.

Die Gründung der ADL erfolgte mit dem Ziel, so Springmann, dass „alle Deutschlandliebenden (...) endlich einmal an einem gemeinsamen konkreten Ziel zusammenwirken können“. In diesem Sinne sucht Springmann auch die Nähe zur NPD und Neonazis. So schickte er der Neonazi-Demo in Wunsiedel, die dort zu Ehren des Nazi-Kriegsverbrechers Rudolf Heß im August 2002 stattfand, ein Grußwort, denn aus einer persönlichen Begegnung mit Heß wisse er, dass dieser das „lichtvolle Deutschtum“ repräsentiere. Beim „1. Freiheitlichen Kongress“ der NPD im Mai 2003 war er einer der angekündigten Redner.

Springmann, der in den regionalen Tageszeitungen (z.B. Kieler Nachrichten vom 27.05.2002) anlässlich seines 90. Geburtstages als „Öko-Bauer“ aus Geschendorf (bei Bad Segeberg) verharmlost wurde, hat seit Jahrzehnten vielseitige Verbindungen zu verschiedenen Strömungen der extremen Rechten. In den 1970er Jahren warb er in der Zeitschrift *Die Bauernschaft* des Auschwitzleugners Thies Christophersen für die auf seinem Bauernhof angebauten Produkte. Nach seiner Mitarbeit bei den GRÜNEN wechselte er zu den extrem rechten *Unabhängigen Ökologen Deutschlands* (UÖD) und trat Mitte der 1990er beim *Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands* (BKKD) als Redner bei deren Kundgebungen am Barbarossa-Denkmal in Thüringen auf. Ganz aktuell betätigte sich Springmann als Redner beimdiesjährigen Deutsche Stimme-Pressefest der NPD im thüringischen Meerane. Nun wollen Springmann und Co. mit einem „Volksfest“ das völkische Bewusstsein stärken.

Was manche/r bei flüchtigem Blick lediglich als Gedenkveranstaltung für den „Mauerfall“ ansehen wird, geht tatsächlich jedoch weiter. So heißt es auf einem ADL-Werbeflugblatt, dass deren Mitglieder „die kriecherische Demuts- und Bußbereitschaft infolge des uns aufgeschwatzten Charakterbildes eines `Volkes der Täter`“ für „völlig indiskutabel halten“. Dass eine solche Zielsetzung, der es darum geht, die deutschen Nazi-Verbrechen zu verharmlosen und antifaschistisches Erinnern auch an die Täter zu denunzieren, in der extremen Rechten auf breite Zustimmung stößt, ist sicher. Vermutlich bedauert die NPD inzwischen schon, die Idee zu einer solchen Aktion nicht selbst gehabt zu haben.

Am 21. Juni 2003 gingen in Berlin die Anhänger des Öko-Faschisten für die »Erinnerung an das Aufleuchten von Volksbewusstsein« auf die Straße

Eine Nachbetrachtung aus Neumünster zur dort gezeigten

»Wehrmachtsausstellung«

Vom 4.4. bis zum 18.5.03 war in Neumünster die meist als „Wehrmachtsausstellung" titulierte Ausstellung „Vernichtungskrieg-Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" zu sehen. Im Folgenden dokumentieren wir ein Interview, das nach Ende der Ausstellung und des Begleitprogramms mit Andrea Storke und Christof Ostheimer geführt wurde. Beide sind seit Jahren Mitglieder im Bündnis gegen Rechts (BgR). Andrea war außerdem bis März 2003 Ratsfrau für die Alternative Liste, in dieser Funktion auch Mitglied der Projektlenkungsgruppe Wehrmachtsausstellung, und ist Vorsitzende des Vereins Grenzgänger. Christof ist Personalratsvorsitzender am Landeslabor SH, aktiver Gewerkschafter bei ver.di sowie Mitglied des Vereins für Toleranz und Zivilcourage, der die Initiative angestoßen hatte, die Ausstellung nach Neumünster zu holen.

?Wann und warum ist der Verein für Toleranz und Zivilcourage auf die Idee gekommen, die Ausstellung nach Neumünster zu holen und mit wessen Unterstützung wurde die Idee schließlich umgesetzt?
CO: Im Spätherbst 2001 wurde auf einer Mitgliederversammlung des Vereins für Toleranz und Zivilcourage über die Eröffnung der neuen Wehrmachtsausstellung in Berlin berichtet und darüber, dass an einer Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung dort auch Neonazis mit einem Transparent des Club 88 teilnahmen. Vor dem Hintergrund dieses Berichtes entstand die Idee, die Ausstellung nach Neumünster zu holen, um damit politisch in die Offensive zu gehen.

AS: Es ging um ein Angebot zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und Rechtsextremismus allgemein. Mit der Möglichkeit Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, um eventuell Schlüsse auf den gesellschaftlichen Umgang mit dem Club 88 zu ziehen.

CO: Dies entsprach auch unserer Analyse, dass der heutige Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft entspringt und auch eine Folge der nicht verarbeiteten Vergangenheit ist. Du wolltest noch wissen, mit wessen Unterstützung die Wehrmachtsausstellung verwirklicht wurde?

? Ja.
AS: Der Verein für Toleranz und Zivilcourage hat sich an die Stadt gewandt mit der Bitte um Unterstützung. Diese hat die Anfrage an die Ratsversammlung weitergegeben, wo es sofort Zustimmung von Seiten der Alternativen Liste gab. Dann wurde eine Projektlenkungsgruppe eingerichtet, die Finanzierbarkeit, Räumlichkeiten usw. prüfen sollte. Letztlich wurde das Projekt auch durch die SPD unterstützt und die Stadt Neumünster war offizieller Veranstalter der Ausstellung.

?Gab es neben dem schon obligatorischen Protest von bekennenden Alt- und Neonazis, der sich im wesentlichen durch ihre Demonstration am 05.04. äußerte, von anderen politischen Kräften Proteste oder Widerstand gegen die Ausstellung?
AS: Ja. Bei der Abstimmung, ob die Ausstellung nach Neumünster kommen sollte, stimmten CDU und Statt-Partei dagegen. Die damals noch nicht im Rat vertretene FDP hat massiv gegen die Ausstellung gewettert. Auf ihrer Homepage gab es einen Link zu den Jungen Nationaldemokraten (JN), dort konnten sich die BesucherInnen der FDP-Seite Argumente gegen die Ausstellung ansehen. Der Neumünsteraner FDP – Fraktionsvorsitzende Reith wurde bundesweit zitiert mit dem Satz: „ Die Wehrmachtsausstellung sei ideologische Geldverschwendung".

Daneben wurden Bedenken gegen die Ausstellung in Form von Leserbriefen geäußert.
?Die Initiatoren der Ausstellung haben mit rund 20.000 BesucherInnen gerechnet. Tatsächlich kamen nur gut 10.000, rund die Hälfte davon waren wiederum Schülerinnen und Schüler, die die Ausstellung im Rahmen des Unterrichtes besuchten. Wie kam es eurer Meinung nach zu dieser geringen BesucherIinnenzahl und würdet ihr diese als Misserfolg für die Ausstellung bewerten?
AS: Nein. Mehrere Gründe kommen hier zusammen. Man muss aber sehen, das die Ausstellung mit 10.000 BesucherInnen, die größte Ausstellung war, die Neumünster bisher erlebte.

CO: Wir hätten uns allerdings sicher mehr BesucherInnen gewünscht und sollten einige Gründe nennen, warum weniger Besucher als erwartet gekommen sind.

AS: Dann fange ich mal an. Die neue Ausstellung ist nicht so emotional wie die erste. Daraus entsteht weniger Bedürfnis zur Auseinandersetzung. Nur die am Thema Interessierten besuchten die Ausstellung, die im Übrigen im Verhältnis zur alten Ausstellung sehr „leselastig" ist. Dieser Umstand war auch vorher schon bekannt.

CO: Die neue Ausstellung setzt ihren Schwerpunkt auch anders. Der „Landser", also der normale Wehrmachtssoldat, war aus der Schusslinie genommen worden. Sie hebt stärker hervor – was auch erst mal wichtiger ist – die Verantwortung der Generalität und der Politik. Nur am Rande, z.B. in den „Handlungsspielräumen" wurde die Verantwortung des einfachen Wehrmachtsoldaten thematisiert.
Dies hat der „Macher" der alten Ausstellung, Hannes Heer, in einer Begleitveranstaltung in Neumünster auch kritisiert.

Neonazi-Aufmarsch Neumünster am 5.4.03

? : Hannes Heer hatte mit der Konzeption der neuen Ausstellung nichts mehr zu tun?
CO: Richtig. Das war ja der Skandal. Dies wurde auch in mehreren Begleitveranstaltungen thematisiert. Es war ja so, dass die alte Ausstellung auch im Ausland z.B. den USA, Australien gezeigt werden sollte. Dies war von der „großen Politik" nicht erwünscht, vor allem deshalb, weil das Bild vom „hässlichen Deutschen" (fast jede Familie hatte schließlich „ihren Landser"!) im Ausland nicht zu sehen sein sollte. Dann wurde bekannt, dass einige der Ausstellungsfotos falsch untertitelt waren und die erste Ausstellung wurde aus dem Verkehr gezogen.

AS: Ich werde mal weitere Gründe für das Ausbleiben weiterer BesucherInnen nennen: Mangelhafte Werbung, vor allem außerhalb von Neumünster; nur bei der Nazi-Demo interessierten sich überregionale Medien für die Ausstellung, mit Ausnahme des Offenen Kanals Kiel. Es gab aber gute regionale Berichterstattung.

CO: Organisationen wie z.B. die SPD haben ihre Mitglieder und Anhänger nicht landesweit mobilisiert. Es gab kaum überregionale Werbung durch die Pressestelle der Stadt Neumünster.

AS: Es gab schon diese Versuche durch die Pressestelle, aber kein Interesse bei den Medien z.B. N3.

CO: Dritter Grund: Die öffentliche Boykotthaltung von CDU, FDP und Kräften, die mit ihnen zusammenhängen, hatte Folgen. Die SPD hat in Neumünster während der Ausstellung auch nicht groß mobilisiert. Nur bei der Eröffnung war Polit-Prominenz anwesend.

AS: Ein weiterer Grund wurde im Nachbereitungsgespräch der VeranstalterInnen genannt: Der gerade von den USA begonnene Krieg gegen den Irak. Die Menschen seien mit dem Kopf beim aktuellen Krieg und hätten keinen Platz mehr für andere Themen.

?Es gab parallel zu der Ausstellung ein Begleitprogramm mit rund 50 Veranstaltungen, von denen ihr einige mitorganisiert und viele besucht habt. Wie war dort die Resonanz, wer besuchte die Veranstaltung und wie fandet ihr inhaltlich die Veranstaltungen des Begleitprogramms?
CO: Ich will mal mit dem letzten Punkt der Frage beginnen. Sowohl von den ReferentInnen als auch von den entstandenen Diskussionen her, waren die Veranstaltungen sehr, sehr anspruchsvoll. So was hat es in Neumünster vorher noch nicht gegeben. Man kann nur jeden beglückwünschen, der Veranstaltungen des Begleitprogramms besucht hat.

AS: Die z.T. geringe Beteiligung war sachlich nicht unbedingt negativ. Mir haben die Veranstaltungen viel gebracht, da gerade im kleinen Kreise eine tiefe inhaltliche Auseinandersetzung möglich war.

CO: Die Beteiligung an den Veranstaltungen lag bei 5 bis über 100 BesucherInnen. Der Durchschnitt lag bei 20 bis 30.

? : Wer besuchte die Veranstaltungen?
AS : Zum Einen ein Stammpublikum, das bei vielen Veranstaltungen war. Zum anderen Menschen, die einzelne spezielle Veranstaltungen besucht haben; z.B. waren bei einer Veranstaltung vom Frauenhaus viele ältere Frauen, bei der Veranstaltung vom Bündnis gegen Rechts ein eher junges Publikum anwesend.

? Sind euch bestimmte Veranstaltungen als besonders interessant/eindrucksvoll in Erinnerung geblieben?
AS: Nee. Jede hinterließ auf ihre Weise bleibende Erinnerungen.

CO: Dies ist auch mein Eindruck Eine bestimmte Kategorie von Veranstaltungen will ich aber doch hervorheben, gerade auch, weil ich mich in der Vorbereitung des Begleitprogramms genau dafür stark gemacht habe. Dies waren die Veranstaltungen, die einen Bogen von der Vergangenheit zu Gegenwarts- und Zukunftsfragen geschlagen haben, z.B. Bundeswehr als Interventionsarmee oder die Haltung Deutschlands bzw. der Deutschen in der Frage „Krieg oder Frieden".

?Woran lag es eurer Meinung nach, das die Begleitveranstaltungen so auffallend schlecht von Jugendlichen/Schüler/innen besucht wurden? Im Gegensatz dazu wurde z.B. eine von unabhängigen Antifas organisierte Demo am 19.04. zum Gedenken an den Aufstand im Warschauer Ghetto und eine Abendveranstaltung zum Thema fast nur von Jugendlichen besucht. Ebenso beteiligten sich am Protest gegen die Nazidemo zu einem hohen Prozentsatz Jugendliche.
CO: Jugendliche sind offensichtlich interessiert an Aktionen z.B. gegen Nazis oder den Krieg. Weniger an Veranstaltungen die geprägt sind von Inhaltsvermittlung und Austausch gegenteiliger Meinungen.

? : Da muss ich dir widersprechen. Z.B. Veranstaltungen der Aulin (Autonome Linke Neumünster), werden fast nur von Jugendlichen besucht.
CO: Letztlich kann man über die Gründe nur spekulieren. Es wurde aber offenbar auch von den Fachlehrern kaum Werbung für die Veranstaltungen gemacht.

AS: Es gab bei den Veranstaltungen wenig Angebote zum „ selber machen ". Es gab unabhängig von der Ausstellung an der Gesamtschule Faldera das Projekt „ Nazikarrieren in Neumünster nach 1945", das Jugendliche selbst erarbeiteten. Diese Veranstaltungen wurden auch von SchülerInnen besucht.

?Ist es gelungen, die Inhalte der Ausstellung und der Begleitveranstaltungen auch über die ausführliche Presseberichterstattung in den Kieler Nachrichten und dem Holsteinischen Courier breiten Bevölkerungskreisen zugänglich zu machen?
CO: Dies würde ich nur mit Einschränkungen bejahen.

AS: Wir wissen nicht, ob die Menschen sie lesen. Aber im Grossen und Ganzen haben die Presseberichte schon einiges transportiert. Es gab während der Ausstellung eine höhere Sensibilität für das Thema als vorher und nachher.

CO: Die Berichterstattung in der Presse war aber wenig inhaltlich. Man musste die Ausstellung schon besuchen. Nur bei den Besuchern ist die zentrale Botschaft der Ausstellung angekommen.

AS: Die Berichterstattung im Holsteinischen Courier über die Grenzgänger-Veranstaltung mit Ludwig Baumann war auch inhaltlich sehr gut und ausführlich.

? : Ist die Ausstellung hauptsächlich von Befürwortern oder von Gegnern besucht worden?
AS: Ich glaube hauptsächlich von Befürwortern, auch weil der Boykott propagiert wurde und die Ausstellung nicht so emotional war wie die alte.

CO: Ein konkretes Beispiel: Ich habe als Personalratsvorsitzender einen Besuch mit Führung angeboten. 15 Kollegen kamen mit. Dies sind mehr als 10 % der Beschäftigten. Dies waren nicht alles Linke oder Antifaschisten, sondern ganz normale, allerdings interessierte KollegInnen. Aber sie waren von der Ausstellung sehr beeindruckt. Durch mehrere solcher Angebote wäre es vielleicht möglich gewesen, mehr BesucherInnen in die Ausstellung zu bringen.

AS: Ich habe da ein gegenteiliges Beispiel. In meinem Arbeitsumfeld herrschte manchmal Angst, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Dort hörte ich oft, ich finde es richtig, das es die Ausstellung gibt. Aber ich will sie mir nicht angucken.

? Sind antifaschistische und/oder linke Initiativen durch die Wehrmachtsausstellung gestärkt worden?
AS: Nein.

CO: Im Bewusstsein der Menschen wurde die Bedeutung des Bündnis gegen Rechts und des Vereins für Toleranz und Zivilcourage hervorgehoben. Es gab allerdings keine personelle Stärkung.

AS: Es war eine große Leistung von uns, dass die Ausstellung nach Neumünster gekommen ist. Von alleine hätte die Stadt dies nie gemacht.

CO: Die politische Ausstrahlung der antifaschistischen Kräfte hat zugenommen.

? : Wie äußert sich das?
AS: Nun belegen kann man das nicht.

CO: Atmosphärisch. Wir werden anders wahrgenommen z.B. in Diskussionen mit Presse und Stadt.

AS: Stimmt, aber politisch negativ wahrgenommen. Zum Beispiel meine Anfragen zum Nazikonzert wurden vollständig abgebügelt. Die Stadtverwaltung versucht antifaschistische Kräfte ins Leere laufen zu lassen.

CO. Dies war allerdings schon immer so und wird vermutlich immer so bleiben.

? Kann man sagen das so etwas wie ein „antifaschistischer Grundkonsens" gestärkt wurde?
AS. Ja, aber nicht erst seit der Ausstellung, sondern auch durch unsere Arbeit gegen den Club 88.

CO. Eine weitere Gemeinsamkeit konnte hergestellt bzw. gestärkt werden: die Ablehnung von Krieg als Mittel der Politik! Im ersten Entwurf des „Vorwortes der VeranstalterInnen des Begleitprogramms" war der Schwur von Buchenwald reduziert auf den Satz „Nie wieder Faschismus". Der Teilsatz „Nie wieder Krieg" fehlte hingegen. Erst hieß es von sozialdemokratischer Seite, es gäbe Schwierigkeiten „Nie wieder Krieg" zum Konsens zu machen, später waren dann doch alle damit einverstanden.

? Weil es zu dieser Zeit die „Antikriegshaltung" der Bundesregierung im Irakkonflikt gab.
CO. Natürlich hatte dies auch damit zu tun, aber für mich ist es trotzdem wichtig, dass der Punkt aufgenommen und damit zum „politischen Allgemeingut" in Neumünster wurde.

? Wie ist euer persönliches Resümee über die Wehrmachtsausstellung?
AS. Ich bin froh das wir es gemacht haben. Es war anstrengend, aber ich denke es hat sich gelohnt. Ich würde vergleichbare Veranstaltungen wieder nach Neumünster holen.

CO. Das sehe ich auch so. Ich will nur noch ergänzen. Es ist uns gut gelungen, während und mit der Wehrmachtsausstellung allgemeine Antikriegspositionen in der Neumünsteraner Öffentlichkeit zu verbreiten. Dies war von uns auch von Anfang an so geplant, denn seit den Anschlägen vom 11.09.01 war uns klar, das es Krieg geben wird. Als linker Gewerkschafter möchte ich auch sagen, dass es gelungen ist, sowohl antifaschistische als auch Antikriegsarbeit bei ver.di stärker zu verankern. Die Kräfte, die dies vertreten, wurden innerhalb der Gewerkschaften gestärkt.

Die Fragen stellte Karl Koch (Neumünster)

Einfelder Neonazis spüren Gegenwind

Im Neumünsteraner Stadtteil Einfeld sind seit rund einem Jahr verschiedene neonazistische Aktivitäten zu beobachten, aber auch antifaschistische Gegenaktivitäten. So wurden Ende Juni als erster Schritt rund 3000 Infoflugblätter, in denen über die Neonaziszene informiert wird, in Einfeld verteilt.

Es ist in Einfeld, einem Stadtteil mit rund 10.000 EinwohnerInnen und einem bei der letzten Kommunalwahl überdurchschnittlich hohen Stimmgewinn für die CDU, wie in anderen Neumünsteraner Stadtteilen auch: Rechtsextreme versuchen über harmlos erscheinende Freizeitangebote wie Fußballspiele, Autos reparieren, Einladungen zu Partys etc. Jugendliche für ihre Ideologie zu gewinnen. Über das zeigen von Präsenz auf öffentlichen Plätzen und das Ausüben von Terror und Gewalt versuchen sie ihrem Konzept der sog. „National befreiten Zonen" näher zu kommen. Neu und ungewöhnlich ist in Einfeld eigentlich nur, das es hier anders als beispielsweise in Neumünster-Faldera auch antifaschistischen Widerstand gibt, der das Nazi-Konzept zur Zeit erfolgreich durcheinander bringt. Neben einem kurzen Überblick über die Neonaziszene beinhaltet dieser Artikel eine ausführliche Chronologie der Geschehnisse des letzten halben Jahres.

Die Szene & der Organisationsansatz

Seit einiger Zeit versucht sich die zuvor lose Szene zu organisieren. Auf einer von ihnen betriebenen Internetseite (www.bierboiche.org) wird die Gründung einer sog. Kameradschaft „Nordmänner" bekannt gegeben. Die fünf Personen, die sich dort als Mitglieder outen und ihre Vornamen angeben, (es handelt sich um Sven, Nico und Gary Seifert sowie um Phillip Hetz und Birger Clausen) sind auch als Kern und Antreiber neonazistischer Aktivitäten in Einfeld zu sehen.

Dazu kommt ein gewisses Umfeld an Einfelder Jugendlichen, das sich z.B. im Sommer 2002 regelmäßig auf dem Grundstück der Familie Seifert traf oder auf dem Einfelder Jahrmarkt mit den „Nordmännern" abhängt.

Eine Chronologie der Ereignisse

Anfang Februar warfen Unbekannte eine Fensterscheibe des Massagestudios Seifert ein. Das Massagestudio befindet sich neben dem Wohnhaus der Familie und wird von Vater Seifert betrieben, wobei unklar ist, inwieweit er auch dem Gedankengut seiner Söhne anhängt. Darauf reagierten die Nazis mit mehreren Gewalttaten, regelrechten Hetzjagden auf antifaschistische Jugendliche und mit heftigen Einschüchterungsversuchen. So wurde Jugendlichen massive körperliche Gewalt angedroht, wenn sie nicht jegliche Aktivitäten gegen Nazis unterlassen würden. Der vorläufige Höhepunkt geschah in der Nacht vom 7. auf den 8. Februar, als drei Neonazis einen Jugendlichen auf der Straße angriffen und ihn bis vor seine Haustür verfolgten. Dort traten sie die Tür ein und drangen in das Haus ein. Sie wurden dort von den Eltern des Jugendlichen vertrieben, die dann die Polizei informierten.

Parallel zu dieser Gewalt nannten die Nazis der Polizei gegenüber die Namen von vier Einfelder Jugendlichen, die angeblich mit der eingeschmissenen Scheibe beim Massagestudio zu tun hätten, was Ermittlungen gegen die vier zur Folge hatte. Auch gab es zaghafte Versuche einer Anti-Antifaarbeit: so fotografierten sie Wohnungen von antifaschistischen Jugendlichen und ihren Familien.

Neben diesen Einschüchterungsversuchen gab es andere Versuche, ihre Erwähnung in einem wohl schon befürchteten antifaschistischen Flugblatt zu verhindern und sich in der Öffentlichkeit als „nette Jungs" darzustellen. Bei einer Protestaktion gegen den Irakkrieg in der Neumünsteraner Innenstadt tauchte plötzlich Sven Seifert auf und gab eine rührende Aussteigerstory zum Besten. Wie ernst seine Aussteiger-Absichten sind, zeigte er unter anderem durch seine Teilnehme am Nazi-Aufmarsch gegen die Wehrmachtsaustellung am 5. April diesen Jahres und vor allem durch seine Beteiligung an weiteren brutalen Übergriffen.

Mitte April entdeckten Einfelder Linke ein Plakat an einer Bushaltestelle auf dem zu einem „Tag der Wahrheit" eingeladen wurde. Interessierte Jugendliche wurden eingeladen, am Sonntag, den 27.4.03 um 15 Uhr auf den Einfelder Sportplatz zu kommen, um sich dort ein eigenes Bild von ihnen (den Nazis) zu machen „und nicht den ganzen mist zu glauben, den euch die Links Autonomen erzählen". (Den Schreibfehlern nach zu urteilen, stammt der Text vom selber Verfasser wie schon die Texte auf der oben erwähnten Homepage.) Der „Tag der Wahrheit" fiel dann aber aus, was möglicherweise am Dauerregen gelegen haben könnte...

Im April fand dann eine vom Runden Tisch gegen Rechts (1) organisierte Veranstaltung mit dem Naziaussteiger Jörg Fischer statt, die mit rund 50 Jugendlichen sehr gut besucht war. Zu der Veranstaltung waren nur Jugendliche zugelassen. Die Veranstalter wollten damit verhindern, das ältere Nazikader die Veranstaltung besuchten. Sie konnten sich aber nicht dazu durchringen, Nazis grundsätzlich keinen Zugang zu gewähren. Der Einfelder Runde Tisch gegen Rechts war entstanden, nachdem betroffene Jugendliche das Problem der Naziaktivitäten bei LehrerInnen, SozialarbeiterInnen und KirchenvertreterInnen zur Sprache gebracht hatten und besteht aus den genannten sowie der örtlichen Polizei !

Phillip Hetz (ganz links) und Nico Seifert (3. von links) werben hier auf einem Neonaziaufmarsch am 5.4.03 in Neumünster für den »Deutschen Sozialismus«, was in Einfeld so einfach nicht umzusetzen ist

Am Abend des 29. Mai kam es zu einem erneuten Übergriff von Seiten der Neonazis. Als ein 15 jähriger Jugendlicher am Grundstück der Familie Seifert vorbeiging, stürmten plötzlich und ohne ersichtlichen Grund Nico Seifert und Sven Seifert (der Aussteiger!) aus dem Haus und schlugen und traten auf ihr Opfer ein. Die Eltern Seifert sahen ihren prügelnden Söhnen zu, wobei sich das Opfer später nicht sicher war, ob nicht Vater Seifert auch mit zugetreten hatte.

Ende Juni brachten vom Nazi-Terror gegen ihre Kinder betroffene Eltern das Problem auf einer Sitzung des Stadtteilbeirates zur Sprache, was zumindest einen recht guten Artikel im Holsteiner Courier zur Folge hatte.

Inwieweit der Stadtteilbeirat auf die geschilderten Probleme reagieren wird, bleibt abzuwarten. Zur geteilten Reaktion des Stadtteilbeirates hieß es in dem Artikel im Holsteiner Courier: „Jugendliche sind überzeugt, dass »die Bedrohung zugenommen und die Stimmung sich verschlechtert hat."

Man treffe immer wieder »Kahlköpfige, die Leute suchen«. Kurzum: »Es ist heftig, was hier abgeht.« Beiratsmitglied Ulf Michel zeigte sich damit nicht einverstanden, er habe nach eigenen Worten schon vor 20 Jahren einen Bogen um bestimmte Straßen gemacht. Und überhaupt: »Ich lasse mir Einfeld nicht schlecht machen. Es gibt auch gewaltbereite Linke«. Auch seine Worte blieben nicht ohne Widerspruch, von Verniedlichung des Problems etwa war die Rede und einer Augen-zu-Mentalität. Einig war sich der Beirat mit seinen Besuchern aber darin, dass man die Entwicklung wachsam beobachten will. »Keiner darf weggucken«, appellierte abschließend der Stadtteilbeiratsvorsitzende Klaus Gerecke. Und die Polizei, die es mit ihren Ermittlungen in der rechten Szene nicht immer einfach habe, ergänzte: »Ohren und Augen der Einfelder sind gefragt.« (Holsteiner Courier v. 26.6.03)

Wenige Tage später wurden dann rund 3000 Exemplare eines antifaschistischen Flugblattes in Einfeld verteilt, in dem über die Einfelder Naziszene informiert und zu antifaschistischen Aktivitäten aufgerufen wurde. Herausgeber des Flugblattes ist die Einfelder Initiative gegen Faschismus und Rassismus, die ihre Aktivitäten gegen Nazis und Rassismus in Einfeld fortsetzen will.

Am 11.07. wurde von der Initiative ein Infotisch in Einfeld durchgeführt, der auf erstaunlich positive Resonanz und Dankbarkeit vieler EinfelderInnen stieß.

Die zum Teil in dem Flugblatt genannten und abgebildeten Nazis verhielten sich in den Wochen nach der Verteilung der Flugblätter auffällig ruhig. Erst Mitte Juli kam es zu zwei Übergriffen gegen linke Jugendliche am Einfelder See. Insgesamt sind Gewalttaten und andere Übergriffe der Nazis nach der Verteilung der Flugblätter aber zurückgegangen, was deutlich zeigt das antifaschistische Aktivitäten in Einfeld auf dem richtigen Weg sind.

Kontakt zur Einfelder Initiative ist möglich unter Einfeld_gegen_Rechts@hotmail.com

(1) Der Einfelder Runde Tisch gegen Rechts ist nicht zu verwechseln mit dem Runden Tisch der Stadt Neumünster für Toleranz und Demokratie. Dieser wurde im Sommer 2000 gegründet und ist eine reine Alibiveranstaltung, um vom Versagen der Stadt Neumünster gegen Naziaktivitäten und insbesondere gegen den Club 88 abzulenken. Ernsthafte antifaschistische Aktivitäten werden von ihm behindert und nicht gefördert, wie zum Beispiel am 5.4., als er der Organisator der Veranstaltung für „Frieden und Wahrhaftigkeit" war, die zeitgleich mit der Nazidemo stattfand und wahrscheinlich in Absprache mit der Polizei Menschen von direkten Aktivitäten abhalten bzw. antifaschistische Kräfte spalten sollte.

(Karl Koch, Neumünster)

»Eines war ihm versagt geblieben: Edelmut. Das Gegenteil davon, das zuletzt die Form kleinlichster Gehässigkeit annahm zieht sich durch sein ganzes Leben«
Theodor Fontane über Bismarck

Bismarck

Ein Mythos und seine Jünger

Mit einer kleinen Feier begann am 22.05.2003 die, von nun an jede Nacht stattfindende, Illumination des Bismarck-Denkmals im Alten Elbpark in Hamburg. Allerlei schwarz-braunes Gelichter von Schill-Partei, über Burschenschafter und Vertriebene bis hin zu Neonazis hatte sich zu später Stunde versammelt, um dem Reichsgründer und Sinnbild des deutschen Nationalismus zu huldigen. Sein Urenkel Fürst Ferdinand von Bismarck, selbst in völkischen Kreisen aktiv, schaltete zusammen mit dem Immobilien-Mogul und Paten von St. Pauli, Willi Bartels, die Scheinwerfer ein. Zeitgleich feierten im Hotel Hafen Hamburg Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (SPD), Polizeipräsident Udo Nagel und Innensenator Ronald Schill bei Sekt und Häppchen. Geladen zu den Feierlichkeiten hatte der »Verein für Denkmal-Erhaltung«, der zum Schutz der Veranstaltung auch die extrem rechte Burschenschaft Germania Hamburg eingeladen hatte. Gegen deren Teilnahme richtete sich im Wesentlichen eine Gegendemonstration mit ca. 300 Personen, zu der die PDS und der AStA der HWP aufgerufen hatten.

Eine Kritik, welche sich nur an der Teilnahme von Neofaschisten an einer offiziellen Feier abarbeitet, die historische Person Bismarck und den, nun wohl wieder aufgewärmten, nationalistischen Kult um seine Person außen vor lässt, greift allerdings zu kurz. Deshalb folgen in diesem Artikel einige Informationen über Bismarck und seine Politik, den vor allem nach seinem Tod einsetzenden nationalistischen Mythos um seine Person, in diesen Zeitraum fällt auch die Errichtung des Hamburger Bismarck-Denkmals, sowie auch über den »Verein für Denkmal-Erhaltung«, welcher inzwischen mit offizieller Unterstützung diesen schon tot geglaubten Mythos wiederbeleben will und sich auch sonst geschichtsrevisionistisch betätigt.

Der Eiserne Kanzler

Otto von Bismarck,1815 geboren, war ein preußischer Großgrundbesitzer, der nach mäßigem Schulerfolg, verbummeltem Jurastudium und misslungener Karriere im Staatsdienst sich 1839 lieber wieder auf die väterlichen Güter zurückzog, um dort das Leben eines »Tollen Junkers« zu führen. Erst die drohende bürgerliche Revolution von 1848/49 brachte ihn zurück in die politische Arena - auf der äußersten Rechten des reaktionären Großgrundbesitzes.

Einziges Interesse war ihm der Machterhalt seiner Klasse und dementsprechend scharf die Angriffe auf die liberale Bourgeoisie und die demokratische Volksbewegung. So erklärte der Antidemokrat rückblickend auf die Frankfurter Nationalversammlung: »Nicht durch Reden und Parlamentsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Eisen und Blut.« Bismarcks große Zeit kam aber erst später, vorerst waren seine reaktionären Ansichten zu anachronistisch und gefährdeten den notwendigen Klassenkompromiss zwischen Monarchie, Adel und aufkommendem Bürgertum im Deutschen Reich. Erst 15 Jahre später, als sich die preußische Krone im Heeres- und Verfassungskonflikt in höchster Not befand, wurde der Mann fürs Grobe zurück in die Politik geholt, als Vertreter Preußens im Bundestag und Gesandter in Petersburg und Paris, seit 1862 als Ministerpräsident. Inzwischen hatte Bismarck erkannt, dass der Erhalt der Preußischen Monarchie und der Privilegien des Junkertums nur möglich war mittels der Einigung der zerstrittenen deutschen Kleinstaaten. Allerdings nicht unter bürgerlich-liberalen Vorzeichen von unten, und schon gar nicht durch revolutionäre Bestrebungen des erstarkenden Proletariats, sondern durch eine machtpolitische Vereinigung von oben. »Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden,« proklamierte der konservative Revolutionär weitsichtig. Mit bonapartistischer Staatskunst, Kabinettsdiplomatie, aber auch mit »Blut und Eisen«, den militärischen Siegen von 1864, 1866 und 1870/71, gelang es ihm, das Deutsche Reich zu schaffen.

Dabei gelang dem Reichsschmied im Vorfeld des Krieges gegen Frankreich 1870/71 ein diplomatisches Geniestück: Durch die Verfälschung der sog. Emser-Depesche gelang es ihm, Napoleon III. zu einer voreiligen Kriegserklärung zu zwingen und somit als Angreifer darzustellen. Der Krieg selbst wurde im Verlauf zunehmend härter geführt, so dass Bismarck forderte, »dass weniger Gefangene gemacht und mehr die Vernichtung des Feindes ins Auge gefasst« werden müsse. Der Sieg über den französischen Erbfeind stärkte Bismarck auch innenpolitisch erheblich und entfachte einen wahren deutsch-nationalistischen Taumel.

Das Deutsche Reich, für dessen Errichtung Bismarck zum Dank in den Fürstenstand erhoben wurde, war eine auf dem Bündnis von Adel und Großbürgertum beruhende Militärdiktatur nach preußischem Vorbild. In Deutschland herrschte Preußen und in Preußen herrschte Bismarck, der als Reichskanzler und zugleich Vorsitzender des sogenannten Bundesrates absolute Macht genoss und dem Parlament nicht verantwortlich war. Wenn man Bismarcks Politik der Einigung der feudalen Kleinstaaten zum Deutschen Reich und damit die Voraussetzung für einen sich entwickelnden Kapitalismus aus historisch-dialektischer Sicht noch eine progressive Seite abgewinnen kann, so wurde die Politik des Reichskanzlers nach 1871 erzkonservativ und nur auf einen Erhalt des gesellschaftlichen Status quo ausgerichtet. Außenpolitisch hatte sich Bismarck alle Staaten zu Feinden gemacht und war deshalb um strikte Neutralität bemüht, was bürgerlichen Historikern Beweis für eine angeblich europäisch ausgerichtete Friedenspolitik des Militaristen Bismarcks ist. Innenpolitisch herrschte der Eiserne Kanzler mit Zuckerbrot und Peitsche. Einerseits konnte die immer stärker werdende Arbeiterklasse Bismarck ab 1883 die schrittweise Einrichtung der Sozialversicherungen, zumindest für das Industrieproletariat, abringen. Andererseits erließ er 1878 die Ausnahmegesetze »gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie«, um die organisierte Arbeiterschaft und auch die Gewerkschaftspresse mit gnadenlosem Polizeiterror zu verfolgen. Den Kampf gegen das organisierte Proletariat verlor der bonapartistischte Junker jedoch nach zwölf Jahren vollends: 1890 siegte die Sozialdemokratie als stärkste Partei bei den Wahlen. Bismarck wurde einen Monat später von Kaiser Wilhelm II. entlassen.

Bismarck und der deutsche Nationalmythos

Nach Bismarck Rücktritt wurde es zunächst ruhig um seine Person, doch schon zu seinem achtzigsten Geburtstag setzte eine wahre Wallfahrt des nationalistischen Bürgertums zu dem »Alten aus dem Sachsenwalde« ein. Erst recht aber nach seinem Tod 1898 setzte eine wahrhaft kultische Verehrung des ehemaligen Reichskanzlers ein. Der »Deutscheste aller Deutschen« wurde zur Schlüsselfigur des deutschen Nationalmythos bis zum 2. Weltkrieg. Allerorten wurden Straßen, Plätze, Brunnen, Schulen nach ihm benannt, Gedenksteine, Säulen, Türme, Denkmäler ihm gewidmet, unzählige Bismarck-Devotionalien, -Münzen, -Orden hergestellt, in Gedichten, Büchern und Liedern dem Übervater gehuldigt. In den ungewissen Zeiten vor dem Ersten Weltkrieg, im Krieg selbst und erst recht nach der »Schande von Versailles« wurde Bismarck zum Sinnbild für deutsche Größe, Tapferkeit, Mannbarkeit, Tatendrang und Wehrhaftigkeit, er wurde als der Starke Mann verehrt, den Deutschlands Feinde fürchten und der nach innen das Volk über alle Klassen hinweg eint.

1906 wurde auch in Hamburg dem »Genius germanischen Kampfeszornes« ein wahrhaft kolossales Denkmal durch Hugo Lederer errichtet. Das größte Bismarck-Denkmal Deutschlands wurde mittels privater Spenden finanziert. Schon aus der Architektur lässt sich ein militaristisch-wehrhafter, betont germanisch-völkischer Nationenbegriff, den das Denkmal verkörpert, ablesen. Mit seinem riesigen Schwert droht der steinerne Koloss jedem potentiellen Feind von außen, symbolisiert aber auch Zucht und Ordnung nach Innen. Bismarck hatte Hamburgs Kaufleuten mit seiner Kolonialpolitik zu großem Reichtum verholfen, und so ließen sie das Denkmal bewusst im Stil eines mittelalterlichen Rolands, mit Blick gen Übersee, errichten - dieser ist Schutzpatron des Handels. Im Verlauf der Jahre wurde gerade das Hamburger Bismarck-Denkmal aufgrund seiner Größe, Symbolik und Lage zu einer Ikone des völkischen Nationalismus. Monarchisten, Reaktionäre, Republikfeinde, Deutschnationale, Altkonservative, Faschisten und immer auch schon Verbindungsstudenten aller Couleur pilgerten zu dem steinernen »Führer«. So z.B. am 1. April 1926, als eine Massendemonstration »für nationale Gesinnung« mit Tausenden von Fackeln das Denkmal in gespenstisches Licht tauchte und gefordert wurde: »Kampf allem Undeutschen, Kampf dem Wahnsinn der Internationale, denn nur aus dem festen nationalen Willen wird uns dereinst die Rettung kommen.« Allerdings regte sich auch damals schon handfester Widerstand gegen die nationalistischen Aufmärsche. Ab 1927 kam es in Hamburg stets am 1. April zu schweren Zusammenstößen zwischen Bismarck-Verehrern und Kommunisten, die vor der faschistischen Gefahr warnten. In der Tat bediente sich die NSDAP vor und auch in den ersten Jahren nach der Machtübertragung des Bismarck-Kultes. So besuchte Adolf Hitler am 13./14 Februar 1939 in Friedrichsruh das Bismarck-Mausoleum und huldigte seinem politischen Ahnen. Die Hamburger Nachrichten schrieben dazu: »Durch die Gründung des Zweiten Reiches hat Bismarck dem Dritten Reich den Weg gebahnt. Ohne sein Werk wäre auch Großdeutschland nicht entstanden. Er hat den Grundstein gelegt, den auch seine Nachfolger nicht zerstören konnten, und der auch im Zwischenreich des Novemberstaates erhalten blieb. Auf diesem Fundament errichtet der Führer das Dritte Reich, das durch die Heimkehr der Ostmark und die Befreiung des Sudetenlandes emporwuchs zur Weltmacht

Auch für die Neonazi-Szene bietet Bismarck Anknüpfungspunkte zur deutschen Identitätsstiftung: hier bei einm Aufmarsch »Freier Kameradschaften« im Sommer 1998 in Aumühle

Großdeutschland.« Zuvor hatten Familie Bismarck schon gemeinsam mit dem Führer ein neues Schlachtschiff in einem großartigem Staatsakt im Hamburger Hafen auf den Namen des »deutschen Recken« getauft. Später wurde der Steinkoloss im Elbpark durch faschistische Kunst »verschönert.« Reichsadler, Hakenkreuz, SS-Sonnenrad und nationalsozialistische Parolen wie »Die germanische Rasse ist jung, kräftig, voller Tugenden und Unternehmungsgeist. Den nordischen Völkern gehört die Zukunft« befinden sich bis heute neben Bismarck-Aussprüchen, welche auch die Nazis für ihre Politik nutzbar machen konnten, im Gewölbe unter dem Granit-Kanzler.

Der Bismarck-Mythos ließ erst nach, als aus Gründen der Aktualität und der Konkurrenz es nur noch einen Führer aller Deutschen geben konnte. So wie ehemalige deutschnationale, jungkonservative oder nationalrevolutionäre Weggefährten überflüssig wurden, hatte auch der Reichsschmied als Idol ausgedient.

Schwarz-braune Bismarck-Jünger

Der »Verein für Denkmal-Erhaltung«, der sich so sehr bemüht, den Eisernen Kanzler ins rechte Licht zu rücken, wurde 1991 unter dem eindeutigeren Namen »Verein zur Erhaltung des 76er Denkmals e.V.« in der Lettow-Vorbeck-Kaserne gegründet. Das Denkmal für das Hanseatische Infanterieregiment Nr. 76, in Hamburg besser als »Kriegsklotz« bekannt, ist das wohl umstrittenste Denkmal der Hansestadt. Es wurde 1936 von den Nazis erbaut, seine Fassade stellt marschierende Soldaten dar und enthält die Inschriften »Deutschland muss leben, auch wenn wir sterben müssen«, sowie »Großtaten der Vergangenheit sind Brückenpfeiler der Zukunft.« Der Verein, der sich später u.a. in der Standortkommandantur des Bundeswehr traf, hatte im Wesentlichen die Pflege und Bewachung des Kriegsklotzes zur Aufgabe, selbiges für das offiziell daneben errichtete Antikriegsdenkmal von Alfred Hrdlicka zu leisten, wurde in die Satzung explizit nicht aufgenommen. In den frühen 90er Jahren warb der Verein in der eindeutig neofaschistischen »Deutschen Rundschau«, der Deutschen Liga für Volk und Heimat. Zum Volkstrauertag, unter den Nazis Heldengedenktag genannt, legte der Verein Trauerkränze am Denkmal ab, eine Praxis, die auch Burschenschaften und organisierte Neofaschisten an diesem Tag pflegen. Da der Verein immer mehr Anfragen bekam, sich doch auch für das rechte Gedenken bezüglich anderer Monumente zu engagieren, wurde er 1995 mit dieser Zielsetzung in »Bund für Denkmal-Erhaltung e. V.« umbenannt.

Neben den Kriegsklotz und Bismarck kümmert man sich jetzt auch um das sog. »Askari-Denkmal«, ebenfalls von den Nazis 1943 errichtet. Es erinnert an die Askaris, afrikanische Söldner, welche im 1. Weltkrieg für die deutschen Schutztruppen unter General Lettow-Vorbeck im heutigen Kenia und Tansania kämpfen mussten. Die Nazis ließen es errichten, um an glorreiche Kolonialzeiten zu erinnern und als Hoffnung auf neuen Wirtschaftsraum in Afrika.

Das ebenfalls äußerst umstrittene Denkmal ist nur deshalb nicht breiter bekannt, weil es sich bisher auf dem Gelände der inzwischen aufgelösten Lettow-Vorbeck-Kaserne befand. Das soll sich jetzt ändern: Nach der Renovierung wird es auf der Terrasse des Schifffahrtsmuseums von Peter Tamm an der Elbchaussee aufgestellt. Herr Tamm ist nicht nur langjähriger Vorstandsvorsitzender des Axel-Springer-Verlages, sondern Mitglied im Bund für Denkmal-Erhaltung.

Auch sonst unterhält der Bund gute Verbindungen. Der erste Vorsitzende Hansjoachim Prahl war Soldat bei der Kampfgruppe Wolz des Afrika-Korps im II. Weltkrieg und wurde nach dem II. Weltkrieg Fregattenkapitän bei der Bundesmarine und CDU-Abgeordneter. Außer als Denkmalsbeschützer engagiert Herr Prahl sich im Veteranen Verein des Afrika-Korps und schreibt in der geschichtsrevisionistischen »Deutschen Militärzeitschrift«, in der auch Neofaschisten publizieren. Schriftführer Christian Brandes ist Offizier, Abgeordneter der Schill-Partei und Korporierter der extrem rechten Burschenschaft Germania Hamburg. Für Schill in Eimsbüttel sitzt Denkmals-Erhalterin Birgit Kraft, ein weiteres Bund-Mitglied ist ebenfalls Burschenschafter.

Wer die Web-Seite der noch vor wenigen Jahren vom Verfassungsschutz beobachteten Burschenschaft Germania besucht, wird sogleich in einem langen Artikel auf die Denkmals-Erhalter hingewiesen. Die mit der Sicherheit der Denkmals-Illumination betrauten Germanen lernten ihr Handwerk Anfang der 90er Jahre noch bei Wehrsportübungen. Das sich zumindest ideologisch seitdem nichts geändert hat, das bezeugt am 20.06.2003 Prof. Franz W. Seidler. im Germanenhaus mit seinem Referat: »Die Vergewaltigung des Völkerrechts im 20. Jahrhundert«. Der äußerst rechte Militärhistoriker publizierte im neofaschistischen Grabert-Verlag die geschichtsrevisionistischen Werke »Verbrechen an der Wehrmacht« und »Kriegsgräuel der Roten Armee.«

Ursprünglich hatte der Bund schon dem rot-grünen Senat seine Hilfe bezüglich der Illumination des Bismarck-Denkmals angetragen, dieser lehnte jedoch ab. So konnten die Verehrer des Eisernen Kanzlers erst unter dem CDU/FDP/Schill-Senat mit einer lobhudelnden Einladung zum Festakt laden. Als wahrer Europa- und Friedensfreund wird dort der Politiker vorgestellt, der 3 Kriege gegen seine Nachbarn führte. »Wohl dem Volke, das in bitterster Notzeit einen solchen Mann an seiner Spitze weiß«, wünscht sich der Bund einen neuen Diktator in der Einladung und fordert weiter ein starkes Deutschland, als Herz im »Europa der Vaterländer.«

Da war Fürst Ferdinand von Bismarck in doppelter Hinsicht die richtige Person, um bei der Festlichkeit seinen Urgroßvater Otto ins rechte Licht zu setzen. Er ist nämlich auch politisch gesehen direkter Nachkomme des »Deutschesten aller Deutschen.« Multimillionär Ferdinand lässt sich nicht nur in der »Jungen Freiheit« interviewen und unterzeichnete den von diesem Spektrum initiierten »Berliner Appell«, sondern pflegt auch sonst gute Kontakte ins schwarz-braune Lager. Als Schirmherr eines »Bismarckbundes e. V.« lädt der Fürst alljährlich zu nationalistischen Feierlichkeiten an den Ort, wo Familie Bismarck schon mit Hitler ihrem Urahn gedachte. »Ihre Durchlaucht«, wie die Kameraden Ferdinand untertänigst anreden, zeichnet bei diesen Gelegenheiten auch gerne Personen »als Anerkennung für die bewiesene vaterländische Gesinnung« mit dem Bismarckorden, wahlweise dem Ritterkreuz 1. Klasse des »Ordo Militaris Teutonicus« aus.

Unter den Ausgezeichneten befanden sich in der Vergangenheit ehemalige NS-Funktionäre, Revanchisten, Autoren neofaschistischer Blätter, Neonazis aus inzwischen verbotenen Organisationen, aber auch Politiker aus CDU und CSU.

Bismarck - wieder Vorbild für die Zukunft ?

Es wundert nicht, dass Hamburgs oberster Polizist einem Mann huldigt, der das Deutsche Reich in einen Polizeistaat verwandelte. Und Richter Gnadenlos Schill sähe sich wohl am liebsten als politischer Nachfahre des Eisernen Kanzlers, um in ganz Deutschland wieder nach preußischem Vorbild »mit Blut und Eisen« für Zucht und Ordnung zu sorgen. Bezirksamtsleiter Schreiber (SPD) bewies jedoch ein hohes Maß an Geschichtslosigkeit mit seiner Ehrung des Erzfeindes der Sozialdemokratie. Als eine Bundesstiftung zu Ehren Otto von Bismarcks in den 90ern unter der Kohl-Regierung eingeführt wurde, protestierte die Bundes-SPD immerhin noch »hinsichtlich des demokratischen Vorbildcharakters« des preußischen Junkers.

Der Hamburger Senat sollte jedoch konsequent sein und den neuen Bismarck-Mythos mit der geplanten Rekruten-Vereidigung im Alten Elbpark fortsetzen. Verkörpert der Antidemokrat und Parlamentarismus-Verächter doch viel besser militärische Ideale als das Hamburger Rathaus. Preußischen Drill und undemokratische Hierarchie, Männlichkeitswahn und Nationalismus, Bekämpfung der Inneren Feinde und imperialistische Eroberung nach Außen kennzeichnen sowohl die Politik Bismarcks, wie auch die Politik der Bundeswehr.

(erk)

aus: Hamburger Lokalberichte 12/2003

Nachrichten aus der Region

Schon gehört

Obwohl der Bundesverband der ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen (HIAG) vor einiger Zeit aufgelöst wurde, existieren in vielen Städten und Regionen weiterhin aktive HIAG-Gruppen. Diese führen jährliche Treffen durch und organisieren gelegentlich Reisen an die Orte von SS-Verbrechen in den von den Nazis besetzten Gebieten. In der Monatszeitschrift ‚Der Freiwillige' gedenken sie zudem unter der Parole ‚Ihre Ehre hieß Treue' ihrer verstorbenen Mitglieder. So teilte die HIAG Flensburg im Frühjahr den Tod des früheren SS-Unterscharführers Hans Waldemar Hansen mit, die HIAG Neumünster den des SS-Panzergrenadiers a.D. Franz Adamiak.

Einen Neustart wagte im Frühjahr Tim Schatowitz mit seinem Buchversand. In einer ersten Aussendung seines HGI-Pressedienstes (HGI=Hintergrundinformation) bietet er das vierseitige Info-Blatt zu einem jährlichen Bezugspreis von 15,00 Euro an. Förderer mögen doch bitte den Betrag, der an ein Konto bei der Sparkasse Elmshorn gezahlt werden soll, aufrunden. Nüchtern betrachtet besteht die Hälfte des HGI-Pressedienstes aus Werbung für das von Schatowitz bereitgehaltene Buchangebot. Mit seiner Bitte macht er also den Versuch, dass Interessierte für die Zusendung der Werbung auch noch selbst bezahlen sollen.

Mit Ferdinand Neitzert (Heidgraben) verstarb am 3. Mai 2003 der wichtigste Aktivist des ‚Arbeitskreises Demokratiereform', der zugleich die Herausgabe des offiziellen Mitteilungsblattes ‚Funk' betreute und für die Pressemitteilungen verantwortlich zeichnete. Die am 15. September 1996 gegründete Gruppe betrieb vor allem Parteienkritik, da diese die Demokratie missbraucht und geschädigt hätten. Neitzert referierte bei der extrem rechten Hamburger Gruppe ‚Aufbruch 99' und wurde 1998 zum Koordinator der ‚Deutschland-Bewegung' Mechtersheimers in Norddeutschland. Auch weitere Mitglieder publizierten in Zeitschriften der extremen Rechten, so z.B. Hans-Werner Bracht, Erich Dauenhauer, Jutta Wendland oder Reinhard Uhle-Wettler.

Die bekennende Nationalsozialistin Thekla Maria Kosche betreibt nach ihrem Anti-Antifa-Projekt REDAXNORD nun einen Bücherversand namens SPIRITWAKE im Internet. Von der Wohnung ihres Vaters in Bad Segeberg aus verschickt sie neben „Zauberbüchern" und Okkultem auch pseudowissenschaftliche Lektüren über das „Dritte Reich" und „die Antifa". Neuerdings zeigt sie sich öfter mit dem ehemaligen ANS-Mitglied Detlef Brüel in der Öffentlichkeit, wie z.B. beim NPD-Aufmarsch in Hamburg zum sogenannten „Gedenken an den alliierten Bombenterror" Ende Juli. Brüel ist aktuell Ansprechpartner für das BÜNDNIS RECHTS in Hamburg.

Der in Wentorf im Osten Hamburgs wohnende Dieter Albrecht Weber fiel in letzter Zeit bei verschiedenen Veranstaltungen durch das gezielte Filmen von AntifaschistInnen auf. So war er unter anderem bei einem NPD-Infostand 2002 in Bad Oldesloe gemeinsam mit Peter Borchert (NMS) und Heino Förster aus Ratzeburg, bei einer Nazidemonstration in Hamburg-Wandsbek (Frühjahr 2003), beim öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr in der Hamburger Innenstadt (Juni 2003) sowie bei der NPD-Demonstration gegen „alliierten Bombenterror" (Juli 2003) stets mit Kamera dabei. Für die NPD produzierte seine Firma DAW-Video-Film auch Videokassetten wie z.B. über die „Großdemonstration in der Reichshauptstadt" in Berlin am 1. Mai, die über den NPD-Verlag Deutsche Stimme vertrieben werden.

Wegen Beleidigung hatte die Staatsanwaltschaft Schwerin vor dem Ludwigsluster Amtsgericht den 65-jährigen Neonazi Klaus Bärthel aus Ludwigslust angeklagt. Dieser hatte in einem von ihm verfassten Flugblatt eine von der VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten) erarbeitete Ausstellung über Neofaschismus in der Bundesrepublik als „Hetzausstellung" bezeichnet und den Verein ‚Zentrum für Bildung, Erholung und Freizeit (ZEBEF)' mit kriminellen Aktivitäten in Verbindung gebracht. Weil die Unterstützung der Stadt für den Verein als zweckentfremdete Verwendung von Steuergeldern („die Förderung linksextremistischer und illegaler Aktivitäten mit Steuergeldern")

bezeichnet wurde, hatte auch die Stadt Anzeige gegen den Autor des Flugblattes gestellt. Bereits nach der Verbreitung des Flugblattes hatten die darin Angegriffenen per einstweiliger Verfügungen deren weitere Verteilung untersagen lassen; Bärthels Versuche, diese Entscheidungen anzufechten, waren bereits zweimal vom Landgericht zurückgewiesen worden. Bärthel, der in der Region auch durch die Organisation von Neonazi-Aufmärschen bekannt geworden ist und von Rechtsanwalt Ralph Schürmann verteidigt wurde, erhielt wegen übler Nachrede eine Geldstrafe von 25 Tagessätzen à 24 Euro. Das Gericht sah den Tatbestand der üblen Nachrede durch „zahlreiche unwahre oder nicht beweisbare Tatsachen" erfüllt. Als besonders verwerflich wertete es die Unterstellung krimineller Handlungen durch die Gruppierung „Schüler gegen Rechts".

Mit Preisrabatten bis zu 80 % wurden im Frühsommer Bücher und Broschüren aus dem antisemitischen Sortiment von Roland Bohlinger aus Viöl angeboten. Neben einer Vielzahl von ihm selbst verfasster Broschüren vertreibt Bohlinger insbesondere Nachdrucke antisemitischer und rassistischer Bücher aus den ersten vier Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, darunter Henry Fords Buch ‚Der internationale Jude' bzw. ‚Rassenkunde des deutschen Volkes' von Hans F.K. Günther, einem der bekanntesten ‚Rasseforscher' der Nazis. Schnell wurde angesichts des Krieges der USA und Großbritanniens gegen den Irak auch das Buch ‚Wüstensturm' des ehemaligen US-Justizministers Ramsey Clark nachgedruckt, das dieser als Reaktion auf den Golfkrieg von George Bush sen. verfasste. Ein Vorwort von Alfred Mechtersheimer, Vorsitzender der extrem rechten Deutschland-Bewegung, ist dem Text Clarks vorangestellt. Das Begleitschreiben Bohlingers enthält die Unterstellung, Israel wolle den Krieg gegen den Irak ausnutzen, um sich bis zum Euphrat auszudehnen.
Inzwischen ist auch Bohlingers Sohn Dietrich stark in die verlegerische Tätigkeit eingestiegen: im Verlag Dreisam mit Sitz in Süderbrarup, wo in der Druckerei am Thorsberg auch die Bücher Bohlingers gedruckt werden. Die Auslieferung der Hetzschriften erfolgt hingegen über die Theodor-Storm-Versandbuchhandlung in Viöl. Nun meldete sich im ersten Halbjahr der ‚Freundeskreis Roland Bohlinger' mehrfach in Rundschreiben zu Wort und bat um Spenden für den Antisemiten Bohlinger, dessen Verlag „sich immer mehr zu einem Zentrum der völkischen Freiheits-, Kultur- und Rechtsbewegung" (Rundschreiben vom 15. Mai) entwickelt habe. Zu den Gründungsmitgliedern des ‚Freundeskreises Roland Bohlinger' gehören u.a. Ulrich Franz (Autor im Blatt der ehemaligen Waffen-SS' ler), E.G. Kögel (Mitarbeiter des Nazi-Blattes ‚Deutschland – Schrift für neue Ordnung') und Reinhard Weller, der Bohlinger seit langem verbunden ist. Mit dem gesammelten Geld wird nicht nur in den Erhalt der Gebäude investiert, sondern auch in ein Projekt, mit dem Bohlinger den ‚Beweis' führen will, dass das Judentum rechtsextrem, rassistisch und imperialistisch sei und daher verboten werden müsste. Bohlinger zieht dabei Parallelen zum Verbot der SRP und der KPD, die – so Bohlinger, in Unkenntnis der Tatsachen – auch nach Art 9 Abs. 2 des Grundgesetzes verboten worden seien. Zudem soll in den „Aufbau einer Rednerorganisation" und die „Entwicklung von Aktionszellen" investiert werden – eine Ankündigung, die vermutlich weitgehend folgenlos bleiben wird.

Fcsburg: Antifschismus kann erfolgreich sein – Freitag, der 30. Mai: Strahlende Sonne noch in den frühen Abendstunden, viele Menschen genießen den lauen Frühsommerabend, das bevorstehende Wochenende im Freien. In geselliger Runde am Hafen, in Hausgärten, in Straßencafés und an anderen schönen Plätzen Flensburgs. Die Handys klingeln, und vorbei ist´s mit der relaxten Stimmung: Am Strand von Solitüde haben ca. zehn Neonazis und Sympathisanten ein Grillfest angegriffen, an dem sich u.a. dunkelhäutige Jugendliche beteiligt hatten. Der Grill wird zertreten, das Fleisch geklaut. Die Angreifer schwingen die Fäuste, faseln von Rassenschande und beenden das Fest gewaltsam. Engagement tut Not! Wer kommt mit? Wer hilft mit? Wer hält uns unsere Gläser, bis wir wieder zurück sind? Viele sind dem Hilferuf gefolgt. Spontan folgen mindestens 30 Menschen dem Hilferuf. Die Neonazis versuchen, erst Sieg Heil grölend, dann verängstigt, sich davonzustehlen, was ihnen misslingt. Die Überzahl der AntifaschistInnen und weiterer Jugendlicher, die ZeugInnen des Angriffs waren, ist zu groß. Die aggressiven und identifizierten Angreifer, die wir als Randfiguren der Neonazi-Szene ansehen, werden angesprochen und verwarnt, und der eine oder andere bekommt noch eine kleine Abreibung. Die Polizei braucht lange, bis sie in dem am Stadtrand gelegenen Strandbad eintrifft. Wir sind dort nicht mehr anzutreffen, lediglich ein paar leicht verletzte Neonazis erhalten noch ihre verdiente Anzeige. Nach diesem kleinen, aber angespannten Ausflug, können wir nun den sommermilden Abend ohne Aufregung weiterführen; und die Menschen, die von dem Ausflug hören, äußern sich zufrieden darüber, dass Neonazis in Flensburg nicht so zum Zug kommen. Vielleicht kommen sie ja nächstes Mal auch mit, wenn es wieder heißt: Antifaschistische Aktion! anna & arthur

KZ-Gedenkstätte Wittmoor von Neonazis angegriffen Wie die "Norderstedter Zeitung" berichtet, entfernten die Täter die Zahl "6" von "6 Millionen Juden" mit Schlagwerkzeugen und beschädigten das Wort "Wir" von "Wir gedenken ...". Zum wiederholten Male wurde die Erinnerungstafel an der KZ-Gedenkstätte Wittmoor am Fuchsmoorweg in Glashütte mutwillig beschädigt. 05. Juli 2003: Die Täter gingen offenbar mit Hammer und Meißel zu Werke, ein Indiz für eine geplante Tat. Auch das Wegschlagen der Zahl im Satz "Wir gedenken der 6 Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden" weist auf Täter aus der rechtsradikalen Szene hin, wo der Holocaust durchweg geleugnet wird. In einer ersten Reaktion empörte sich auch Stadtrat Harald Freter über den Anschlag: "Nun erst Recht ! Wir werden den Tätern keine Chance geben, uns am Gedenken an die Opfer zu hindern". Außerdem veranlasste der Sozialdemokrat die sofortige Reparatur der Gedenktafel. Regelmäßig rufen die Norderstedter Ortsgruppe der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA) und der Verein "Chaverim -Freundschaft mit Israel" zu Gedenkveranstaltungen an eben jenem Ort auf, in dessen unmittelbarer Nähe 1933 über mehrere Monate hinweg überwiegend politische Gefangene der Nazis zu Zwangsarbeit angehalten wurden. Die Gefangenen wurden im September 1933 schließlich ins berüchtigte KZ Fuhlsbüttel verlegt, das Lager Wittmoor aufgelöst. Ein Bekennerschreiben hinterließen die Täter offenbar nicht. Während zwar bekannt ist, dass mehrere auch bundesweit agierende Neonazis ihren Wohnsitz in Norderstedt haben, sind neonazistische Aktivitäten zuletzt nicht verzeichnet worden. (aus: Norderstedter Nadelstiche)

FDP-Vorsitzender als Brandstifter verdächtigt Gegen den Göttinger FDP-Kreisvorsitzenden Nicolo Martin (27) und seinen Parteifreund Moritz Strate (23) ermittelt derzeit die Polizei wegen Brandstiftung. Sie stehen unter dringendem Tatverdacht, eine Ausstellung über die Besetzung des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) der Uni Göttingen in Brand gesetzt zu haben. In Göttingen hatten am Samstag, dem 19. Juli, die BewohnerInnen mehrerer Häuser in der Straße Kreuzbergring sowie politische Initiativen ein Straßen- und Kulturfest gefeiert. Dabei wurde in einem Keller auch eine Ausstellung über die mehrere Monate dauernde Besetzung des AStA-Gebäudes durch linke AktivistInnen gezeigt. Der Göttinger AStA wird derzeit von konservativen Gruppen gestellt. Die Polizei hatte die Besetzung im April beendet. Der FDP-Kreisvorsitzende bestätigte gegenüber der Presse, mit Parteifreund und Arbeitskreisleiter Strate am Sonntag gegen 6.40 Uhr in den Kellerräumen gewesen zu sein, nachdem er am Abend beim Fest nicht eingelassen worden war. Nach einem Discobesuch sei er am Morgen in die Räume gegangen, um sich anzusehen, was ausgestellt wurde. Schließlich sei sein Bild in ‚hässlicher Verfratzung' auf Plakaten dargestellt gewesen. Die Türen hätten offen gestanden. Martin Melchert, einer der Besucher des Festes, hatte im Kellerraum übernachtet und war von Geräuschen wach geworden. Beim Nachsehen stand plötzlich Martin vor ihm, aus dem Nachbarraum bemerkte er Brandgeruch. Martin und Strate flüchteten; alarmierte Hausbewohner verfolgten beide, die daraufhin in das Haus zurückweichen mußten. Nicolo Martin ist seit 2001 FDP-Kreisvorsitzender, studiert Wirtschaftspädagogik und Germanistik und ist nach eigenen Angaben Unteroffizier der Reserve und Mitglied der studentischen Verbindung ‚Lunaburgia'. Bei den vergangenen Bundestagswahlen bewarb sich der 27jährige um ein Direktmandat.

Zu den letzten Wahlen zum Studierendenparlament trat er als Spitzenkandidat der stramm rechten ‚Freiheitlich Demokratischen Liste' (FDL) an, einer rechtsgerichteten Abspaltung der FDP-nahen ‚Liberalen Hochschulgruppe' (LHG). In ihrem Programm betonte die FDL ihren „Glauben an Werte und Traditionen, die eine starke Gemeinschaft begründen". Ein Hauptproblem an der Hochschule sah die Liste in „alkoholisierten Herumtreibern und Bettlern". Die FDL forderte auch „Keine AStA-Deutschkurse für ausländische Nicht-Studenten". Jurastudent Strate war bei den letzten Wahlen zum Studierendenparlament Spitzenkandidat der FDL, die – wie der faschistische Front National in Frankreich – eine lodernde Flamme als grafisches Symbol führt. Während die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Martin und Strate wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch bestätigt, hat der Rechtsanwalt der BewohnerInnen des betroffenen Hauses Anzeige auch wegen versuchter schwerer Brandstiftung gestellt.

K.L.

Ostholsteiner Nachrichten

…städter Tageblatt · Oldenburger Nachrichten · Ostholsteinische Kreis-Rundschau 13

Unbekannte verübten antisemitischen Anschlag auf Gedenkstein am Grasweg

Jüdischer Friedhof geschändet

Anschlag und Morddrohungen in Ostholstein Mit einem ‚Aktionsreport 05/03: Jüdischer Friedhof in Neustadt' prahlt eine Neonazi-Gruppe seit einigen Wochen im Internet mit ihrem Anschlag auf den jüdischen Friedhof in Neustadt/Ostholstein. Neben Fotos und Hasstiraden gegen Juden findet sich das Bekenntnis: „Combat 18 übernimmt für diese Tat die volle Verantwortung." Am 4. Mai war entdeckt worden, dass Unbekannte ein aufgeschlitztes Ferkel vor den Gedenkstein gelegt und mit roter Farbe untereinander zwei Mal ‚C 18' auf den Stein geschmiert hatten. Der Stein erinnert an die 7.000 KZ-Häftlinge, die in den ersten Maitagen des Jahres 1945 in der Neustädter Bucht starben. Die Tat geschah in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang zu der jährlich stattfindenden Gedenkveranstaltung. Im Internet finden sich zudem Abbildungen des Neustädter Bürgermeisters Henning Reimann, des Landrats von Ostholstein Reinhard Sager und von Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Schultz. Über dieser Fotoleiste steht die Drohung: „Wer dem Juden dient, ist Feind. Ihr seid die Nächsten." Eine ‚heiße Spur' zu den nazistischen Friedhofsschändern hat sich auch durch Hausdurchsuchungen bei drei örtlichen Faschisten bisher nicht ergeben. Dem Ferkel war das Ohr mit den Identifikationsmerkmalen abgeschnitten worden, um die Herkunft des Tieres zu verschleiern. Hinter dem Kürzel ‚C 18' verbirgt sich die militante Nazi-Gruppe ‚Combat 18' (= Kampf Adolf Hitler), die in England für eine Vielzahl schwerster Verbrechen verantwortlich ist; dort sitzen mehrere ihrer Mitglieder langjährige Haftstrafen ab. In Norddeutschland (v.a. im Raum Pinneberg) und in Halle/Saale wurde die Bezeichnung ‚Combat 18' wiederholt im Zusammenhang mit Aktionen gegen AntifaschistInnen aus dem Gewerkschaftsspektrum und der Linken verwandt. Derzeit kursiert in Deutschland ein neonazistisches Heft, in dem unter dem Titel ‚Combat 18 / Blood&Honour' zu Aktionen gegen jüdische Einrichtungen und Linke aufgerufen wird. Die ‚Kameraden' werden zudem aufgefordert, Fotos ihrer Aktionen an das ‚konspirative Redaktionskollektiv' zu senden, damit diese – wie im Falle Neustadts – veröffentlicht werden können. Auch gegen die Hersteller und Verbreiter dieses Heftes wird bisher ohne Ergebnis ermittelt.

Antifa-Konferenz, durchgeführt von Enough is enough
und Avanti, Projekt undogmatische Linke
31.5. – 1.6. 2003 in Kiel

Nachbetrachtungen

Viel hat sich nicht geändert durch den »Aufstand der Anständigen«, der im Herbst 2000 nach einem Anschlag in Düsseldorf auf jüdische EinwanderInnen ausgerufen worden war: Einige sinnvolle Projekte mögen vorübergehend mit Staatsknete finanziert worden sein; das NPD-Verbotsverfahren wurde angeschoben, droht aber aufgrund der dilettantischen Durchführung zu einem Triumph für die Faschisten zu werden, ...

Schwer wiegt zugleich, dass mit dem vielfach beklatschten Ruf Martin Walsers, unter die NS-Verbrechen einen Schlussstrich zu ziehen, und mit den Aktivitäten von Möllemann & Co. die Antisemiten in diesem Land immer selbstbewusster auftreten. Auch der staatliche Rassismus wirkt unverändert fort, ersinnt immer neue Verfeinerungen des „Grenzregimes" und der Abschiebemaschinerie. Schließlich hat auch in der Bundesrepublik, wenn auch in Hamburg zunächst auf Länderebene, eine Partei rechts von der CDU Regierungsverantwortung übernommen. Der Rechts-Rechts-Senat praktiziert einen scharfen Kurs des autoritären Neoliberalismus, an dem sich immer wieder öffentliche Proteste entzünden. Themen genug also, mit der sich AntifaschistInnen beschäftigen können – fünfeinhalb Jahre nach der letzten antifaschistischen Konferenz in Schleswig-Holstein. Ziel der Veranstaltung war es, einige aktuelle politische Fragestellungen aufzugreifen und Aufgaben konkreter Praxis zu diskutieren.

Im folgenden werden erste Nachbetrachtungen und Auswertungen sowohl von den einladenden Gruppen als auch von TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppen und Plenadiskussionen dargestellt.

Eine ausführliche Dokumentation und Auswertung wird als eigenständige Broschüre im Herbst erscheinen.

Die Antifa-Konferenz wurde unterstützt von:

agimos Verlag, DIDF, DKP Schleswig-Holstein, Druckpunkt Eckernförde, rat - reihe antifaschistische texte, Runder Tisch gegen Rassismus und Faschismus Kiel, St. Pauli Fanladen Hamburg, Treibsand – Live Club Lübeck, VEB Lübeck, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten-Schleswig-Holstein e.V., Zapata Buchladen Kiel.

Die Antifa-Konferenz wurde organisiert und durchgeführt in Kooperation mit »Anderes Lernen« und der Hans Böckler Stiftung

Enough is enough & Avanti – Projekt undogmatische Linke

Kritik und Perspektive

Zum zweitenmal nach 1998 fand Anfang Juni in der Kieler „Pumpe" eine antifaschistische Konferenz statt. Diese hatte zwei inhaltliche Schwerpunkte:

Der erste Tag stand unter dem Stichwort „Autoritärer Neoliberalismus". Mit diesem Arbeitsbegriff haben wir die programmatisch-ideologische Grundlage jener Parteien wie z.B. die FPÖ (Österreich), Dansk Folkeparti (Dänemark), Liste Pim Fortuyn (Niederlande), PRO (Hamburg) charakterisiert, die in den letzten Jahren in verschiedenen europäischen Ländern Wahlerfolge erzielt haben und zum Teil an der Regierung beteiligt sind. In den bürgerlichen Medien werden diese Parteien in der Regel als „rechtspopulistisch" bezeichnet. Untersucht werden sollte, wie diese Parteien gesellschaftlich einzuordnen sind, wie sie zu charakterisieren sind (extrem rechts, autoritär neoliberal, rechtspopulistisch) und welche Gründe es für die Wahlerfolge derartiger Parteien gibt. Zudem sollten die Auswirkung durch das Erstarken bzw. die Regierungsbeteiligung dieser politischen Kräfte auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche herausgearbeitet werden. Hierzu konnten wir u.a. Antifaschisten aus Dänemark und Österreich als Referenten gewinnen.

Schwerpunkt des zweiten Tages war die Entwicklung der extremen Rechten in Deutschland und im norddeutschen Raum. In Arbeitsgruppen wurden anschließend aktuelle Themen mit regionalem Bezug diskutiert: Am Beispiel der Abschiebehaftanstalt Rendsburg sollten die regionalen Möglichkeiten antirassistischer Arbeit behandelt werden; Ziel einer Arbeitsgruppe zu Neumünster war es, nach den Erfahrungen der im letzten Jahr durchgeführten Kampagne gegen den Nazi-Treff Club 88 Aktionsformen, Bündnisarbeit und zeitgemäße Konzeptionen antifaschistischer Aktivitäten zu hinterfragen. Die Bedeutung der NS-Zeit für die heutige Gesellschaft war Thema der AG „Geschichts- und Gedenkarbeit"; in einer viertenArbeitsgruppe sollte der Umgang mit Nazi— Aufmärschen im Mittelpunkt stehen.

Als veranstaltende Gruppen ziehen wir ein grundsätzlich positives Fazit der Konferenz: Trotz langem Wochenende und Strandwetter wurde die Konferenz an beiden Tagen von etwa hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht. Die Möglichkeiten, neue Kontakte zu knüpfen und die Vernetzung antifaschistischer Kräfte aus verschiedenen Orten und Regionen voranzutreiben und zu intensivieren, wurde ausgiebig genutzt. Gemeinsam, in Arbeitsgruppen, in vielen Nebengesprächen und am Kneipentisch wurden aktuelle Fragen und Themen der antifaschistischen Bewegung offen diskutiert. Aus unserer Sicht hat die Konferenz ansatzweise / in Ansätzen zur Stärkung antifaschistischer Aktivitäten und Netzwerke in Schleswig-Holstein und Hamburg beigetragen und Grundlagen für weitere notwendige Diskussionen bereitgestellt. Dies gilt auch für die veranstaltenden Gruppen, die in der langen Vorbereitungsphase einen kontroversen, aber auch konstruktiven Diskussionsprozess geführt haben. Die Ergebnisse der Konferenz, im Besonderen die des ersten Konferenztages, werden in einer gesonderten Broschüre veröffentlicht, die im Herbst diese Jahres erscheinen wird.

Antifa-Konferenz

Neben vielem Positiven hat die Konferenz aber auch die Schwächen der antifaschistischen Bewegung offengelegt.

Im Vorfeld wurde die Einladungspraxis zur Konferenz mehrfach als nicht öffentlich genug kritisiert: In der Tat hatten wir uns gegen eine öffentliche Ankündigung (Medien) ausgesprochen. Unsere Zielgruppe waren Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen, die bereits antifaschistische Arbeit leisten, also eine „Aktivenkonferenz". Eine Beschränkung auf ein bestimmtes Spektrum war dabei weder beabsichtigt noch politisch gewollt. Insofern haben wir uns mit den Einladungen bewusst an die verschiedenen Teile der antifaschistischen Bewegung gewandt – von gewerkschaftlich organisierten AntifaschistInnen über die Runden Tische, der VVN / BdA bis hin zu unabhängigen antifaschistischen Gruppen. Dieses Zusammenführen der verschiedenen Spektren ist uns nur zum Teil gelungen. Hauptsächlich vertreten waren Personen aus den unabhängigen und autonomen antifaschistischen Gruppen. Nicht erreicht oder zumindest nicht intensiv genug im Teilnahme geworben haben wir im Spektrum der Gewerkschaften, der VVN/BdA und der Runden Tische. Dies ist umso bedauerlicher, da eine breitere Zusammensetzung bei der Konferenz im Jahr 1998, aber auch bei „kleineren" Regionalkonferenzen wie z.B. in Elmshorn, durchaus zu fruchtbaren Diskussionen und Annäherungen geführt hat. Nach unserer Einschätzung gibt es verschiedene Gründe dafür, dass dies diesmal nicht der Fall war:

Zum einen nehmen wir zur Kenntnis, dass sich einzelne Organisationen übergangen gefühlt haben, da wir die Konzeption und Planung der Konferenz nicht für weitere Gruppen geöffnet haben. Zum anderen aber spiegelt sich wieder, dass in den letzten beiden Jahren die zeitweise vorhandenen

Ansätze einer breiten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Spektren deutlich zurückgegangen sind. Es ist kein Zufall, daß gerade Neumünster, Lübeck und Elmshorn, also Brennpunkte von Naziaktivitäten und in der Folge davon auch von antifaschistischer Gegenwehr, auf der Konferenz kaum – die Bündnisse vor Ort überhaupt nicht - vertreten waren. Im Rahmen der breiteren Bündnisse in den Jahren 2000 und 2001 ist es nicht gelungen, eine dauerhaft tragfähige gemeinsame inhaltliche und gleichzeitig praktische Ebene zu schaffen. Die Beharrlichkeit der Naziaktivitäten einerseits, sowie die Kriminalisierung und das feindschaftliche Auftreten der Behörden und Polizei haben erneut Spaltungen Vorschub geleistet. Da man keine tatsächlich effektiven neuen Wege gemeinsamen Handelns gefunden hat, fand jeweils eine Rückbesinnung auf die jeweiligen traditionellen Handlungsweisen statt. Dies hat die verschiedenen Spektren erneut auseinandergetrieben. Im Ergebnis besteht spürbar weniger Interesse an gemeinsamen Aktionen und Diskussionen. Dies hat sich sowohl an der mangelnden Teilnahme an der Konferenz als auch teilweise in der Art des Umgangs miteinander während der Konferenz gezeigt.

Wir bedauern diese Entwicklung und finden sie gleichzeitig auch ein Stück unverständlich. In der Vorbereitung hatten wir uns mit der Schwerpunktsetzung „Autoritärer Neoliberalismus" für ein Thema entschieden, dass alle AntifaschistInnen - egal welcher coleur - beschäftigt und bei dem für alle gleichermaßen Diskussionsbedarf besteht. Dies gilt sowohl für die Frage der politischen Bewertung als auch die von möglichen Gegenstrategien und Gegenaktivitäten. Auch für den zweiten Tag hatten wir gerade die Themen ausgewählt, an denen in den letzten

Jahren die meisten Diskussionen und auch Trennungslinien entstanden sind – so eine Einschätzung der Situation in Neumünster oder die Frage des Umgangs mit Naziaufmärschen. Insofern sind wir davon ausgegangen, mit den ausgewählten Themen bei den unterschiedlichen antifaschistischen Strömungen auf Interesse zu stossen.

Vielleicht haben wir an dieser Stelle auch unsere Außenwirkung falsch eingeschätzt. Sowohl die Enough is Eenough enough als auch Avanti haben sich seit ihrem Bestehen darumbemüht, bei aller Unterschiedlichkeit der verschiedenen antifaschistischen Spektren in Theorie und Praxis den Nutzen von Aktionseinheiten und gemeinsamer Debatte zu betonen. Dieses Anliegen haben wir im Zusammenhang mit der Konferenz vielleicht nicht deutlich genug herausgestellt.

Antifa-Konferenz

Die Vertreter von Runden Tische, die auf der Konferenz vertreten waren, haben dazu auf jeden Fall dazu beigetragen, dass die Diskussionen über die Möglichkeiten einer gemeinsamen antifaschistischen Praxis an den unserer Meinung nach entscheidenden Punkten entstanden sind.

Beim Schwerpunkt des ersten Tages, „Autoritärer Neoliberalismus", stand die Wissensvermittlung im Vordergrund. In seinem Einleitungsreferat konzentrierte sich Ralf Ptak auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die die aktuelle Situation der extremen Rechten bestimmen. Er benannte vor allem die neoliberale Modernisierung und die so genannte Globalisierung als entscheidende Triebkräfte, die einen autoritären Trend in den westlichen Industrienationen beschleunigen.

Beide Aspekte haben eine Ausdifferenzierung der extrem Rechten vorangetrieben, deren zwei ‚Lager' er als ‚Modernisierer' bzw. ‚Traditionalisten' bezeichnete. Kennzeichen für die „Modernisierer" (z.B. REP, Bund Freier Bürger, PRO, weite Teile der sog. „Neuen Rechten") sind eine radikale Interpretation einer neoliberalen Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik, während die „Traditionalisten" (z.B. NPD, DVU, Freie Kameradschaften) weiterhin an der Orientierung am Nationalsozialismus und einer völkisch begründeten Propaganda festhalten. In seinen Abschlussthesen prognostizierte Ptak die dauerhafte Herausbildung einer einflussreichen rechtspopulistisch-neoliberalen Partei auch in Deutschland, gleichzeitig aber auch den Bedeutungsverlust von Parteien mit einer geschlossenen faschistischen Ideologie. Zu – nur angedeuteten – Konsequenzen für die Linke formulierte er, dass kurzfristig nur der offensive Abwehrkampf gegen den gesellschaftlichen Umbau wie z.B. die Demontage des Sozialstaates bleibe, langfristig aber die Notwendigkeit einer neuen theoretischen Orientierung auf Grundlage einer politisch-ökonomischen Analyse nötig sei.

Dass es im europäischen Vergleich einen einheitlichen Trend auf der Basis einer gemeinsamen ideologischen Grundlage gibt, hat sich in den Länderberichten nur teilweise bestätigt. Christian Christen betonte für Italien, dass die hauptsächlichen Gemeinsamkeiten der Koalitionsregierung unter Berlusconi in gemeinsamen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen liegen, die alle politischen und ideologischen Differenzen der drei Hauptparteien Forza Italia, Lega Nord und der Alleanza Nazionale überdecken. Für die dänische Dansk Folkepartie, die zwar nicht direkt an der Regierung beteiligt ist, aber den politischen Diskurs in Dänemark mitgestaltet, trifft dies nur bedingt zu. Sie toleriert zwar die neoliberale Politik der liberal-konservativen Minderheitenregierung und forciert die autoritäre Ausgestaltung der Gesellschaft, profiliert sich jedoch (wirtschafts)politisch mit einem ausformulierten Sozialstaatsmodell sozialdemokratischer Prägung, das allerdings um eine extrem rassistische Komponente erweitert wird. Für die österreichische FPÖ hat Karl Pfeiffer darauf hingewiesen, dass das Ende der Koalition mit der ÖVP die Differenzen zwischen dem pragmatischen, neoliberalen Flügel der Partei und dem Flügel um Haider, der offen extrem Rechte und rassistische Positionen vertritt, deutlich gemacht habe. In der Ablehnung der Kürzungen von Sozialleistungen und insbesondere bei den Renten gibt es aber durchaus ein Potential, das Teile der FPÖ für die österreichische Sozialdemokratie attraktiv macht, was erstmals zu Gesprächen über eine Zusammenarbeit geführt hat. Pfeiffer wies zudem darauf hin, dass die hohe Akzeptanz in der Bevölkerung auch über das hohe Maß an antisemitischen Einstellungen in Österreich erreicht wird.

Was leider neben den umfangreichen Referaten und der immensen Wissensvermittlung untergegangen ist, war eine tiefergehende Debatte bezüglich der Tauglichkeit des Begriffs autoritärer Neoliberalismus. Auch fehlte der Raum zu diskutieren, inwieweit die Analyse zu stark auf wirtschafts- und sozialpolitische Sichtweisen beschränkt blieb. Differenzen gab es auch bei der Frage, inwieweit autoritär neoliberale Parteien auf Dauer Parteien und Organisationen mit einer traditionell faschistischen bzw. am Nationalsozialismus orientierten Ideologie als aussichtsreichste Spielart der extremen Rechten ablösen werden. Diese Prognose wurde insbesondere für Deutschland in Frage gestellt.Insgesamt bleibt aber festzuhalten, dass mit den Referaten für die meisten erstmals eine Grundlage für weitergehende Diskussionen gelegt wurde.

Nachmittags wurden die gewonnenen Ergebnisse auf drei gesellschaftlich relevante Politikfelder heruntergebrochen, nämlich auf die Bereiche Sozialpolitik, Sicherheitspolitik und Migration. Kontrovers wurde dabei vor allem am Beispiel Hamburg diskutiert,

inwieweit sich die konkrete Ausgestaltung der Politik in den genannten Bereichen zwischen einem rot-grünen und einem Rechts-Rechts-Senat unterscheidet bzw. was den qualitativen Unterschied ausmacht. Zu Recht wurde vertreten, dass in der praktisch vollzogenen Politik nur geringfügige Unterschiede vorhanden sind. Als Beispiele wurden die Kürzungen im Sozialbereich, die Vertreibungspolitik gegenüber sog. Randgruppen, die rassistische Hetze gegenüber Flüchtlingen, Brechmittelseinsätze usw. angeführt. Dem gegenüber wurde geltend gemacht, dass die eigentliche Differenz darin besteht, dass unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung jedoch immer noch ein Legitimationsdruck und damit ein politischer Spielraum vorhanden ist. Dagegen steht der Bürgerblock-Senat unter Beteiligung der PRO (Schill) für einen vollständigen politischen Paradigmenwechsel: Hier werden Eingriffe in die bisher gesellschaftlich anerkannten Grund- und Menschenrechte bzw. in die sozialer Sicherungssysteme, die diese faktisch in ihrer Substanz aushöhlen, werden ideologisch begründet. Dass heißt, dass diese Eingriffe in der Lesart des aktuellen Senates nicht nur notwendig sind, sondern auch wünschenswert.

Am zweiten Tag standen die Entwicklung der Situation extremer rechter Gruppierungen und Organisationen sowie die Möglichkeiten und Perspektiven antifaschistischen Widerstandes im Mittelpunkt. In Referaten zur Entwicklung der extremen Rechten bundesweit und in Schleswig-Holstein wurden folgende Hauptthesen formuliert:

Kennzeichen eines Teils der extremen Rechten ist die Entwicklung von einer kleinen, festgefügten Szene zu einer Bewegung mit allen bewegungstypischen Eigendynamiken und Ausdifferenzierungen.

Insbesondere die neofaschistische Szene scheint in den letzten Jahren insgesamt stärker verbunden, tritt dabei aber deutlich weniger uniformiert und einheitlich auf. Einer der Schwerpunkte ist immer noch die Musikszene, durch die auf Jugendliche massiv und – leider erfolgreich - eingewirkt wird. Hierbei kommt es zu teils massiven Überschneidungen zwischen eindeutig neonazistisch ausgerichteten Gruppen (Kadern) und wenig politischen, aber rassistischen und zum Teil gewaltbereiten Jugendlichen.

In der Öffentlichkeit hat ein Gewöhnungseffekt eingesetzt. Dies wird vor allem an der immensen Zunahme von Aufmärschen und Konzerten (verglichen mit dem Zeitpunkt der letzten Konferenz 1998) deutlich. Zugleich ist eine Radikalisierung und eine zunehmend offene Bezugnahme auf den Nationalsozialismus einer deutlich angewachsenen Anzahl von Menschen festzustellen.

Diese Entwicklungen werden von einer deutliche Abnahme antifaschistischer und demokratischer Gegenwehr zu begleitet.

Heftig diskutiert wurdedie Einschätzung der Teilnahme des offen neonationalsozialistisch auftretenden *Bündnis Nationaler Sozialisten* bei den Kommunalwahlen in Lübeck. Kritisiert wurden sowohl die Duldung durch die Landesregierung - das Verbot erfolgte quasi zeitgleich mit der Selbstauflösung der Gruppe nach der Wahl - und die politisch Verantwortlichen in Lübeck, aber auch die Unfähigkeit der antifaschistischen Bewegung, der Wahlteilnahme adäquat zu begegnen.

Auf die einzelnen Arbeitsgruppen des zweiten Tages, die allesamt unter Zeitmangel litten, so dass sie keine praktischen Ergebnisse nach sich ziehen konnten, wird in den Kurzberichten auf den nächsten Seiten eingegangen. In den meisten Arbeitsgruppen wurden Folgetreffen vereinbart.

Bedanken möchten wir uns bei all denen, die uns bei der Durchführung der Konferenz unterstützt haben. Das Konferenzcafé hätte ohne die vielen „helping hands", die zum Teil kurzfristig eingesprungen sind, nicht in dieser Form stattfinden können. Bedanken möchten wir uns auch bei den Köchen und denen, die beim Kochen geholfen haben, den Eingang betreut haben, usw. Die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der „Pumpe" war stets problemlos. Nicht zuletzt möchten wir uns bei den bedanken, ohne deren finanzielle Unterstützung diese Konferenz nicht hätte durchgeführt werden können sowie bei den ReferentInnen und ModeratorInnen.

Die Themen hätten, sollte man meinen, für Menschen aus den unterschiedlichsten Spektren der antifaschistischen Bewegung von Interesse sein können

sollte man meinen ...

Am 31. Mai und am 1. Juni fand in der Kieler „Pumpe" eine antifaschistische Regionalkonferenz zum Thema „Autoritärer Neoliberalismus in Europa / Die extreme Rechte in Norddeutschland" statt. Eingeladen hatten die Redaktion der „enough is enough" – Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg – und die Gruppe Avanti – Projekt undogmatische Linke.

Eine offizielle Bewertung der Konferenz durch die VeranstalterInnen liegt bisher leider nicht vor. Die folgenden Ausführungen beruhen auf meinen Eindrücken als Konferenzteilnehmer und Referent in der Arbeitsgruppe „Soziales".

Am ersten Tag gab es ein Einführungsreferat zum Thema „Autoritärer Neoliberalismus in Europa", gefolgt von Berichten aus bzw. über Dänemark, Österreich und Italien, sowie Arbeitsgruppen zu den Themen Soziales, Migration und Sicherheitspolitik. Abends fand eine öffentliche Veranstaltung unter dem Titel „Antisemitismus – das alte Gesicht des neuen Deutschlands" statt. Die einleitenden Referate des zweiten Tages behandelten den aktuellen Stand der Organisierung der extremen Rechten in der BRD sowie das Auftreten der extremen Rechten in Schleswig-Holstein und Hamburg. Danach tagten Arbeitsgruppen zu den Themen Abschiebeknast Rendsburg, Nazi-Aufmärsche, Situation in Neumünster sowie Gedenken und Geschichtsarbeit.

Die Themen hätten, sollte man meinen, für Menschen aus den unterschiedlichsten Spektren der antifaschistischen Bewegung von Interesse sein können. Tatsächlich kamen die meisten der immerhin etwa 100 Menschen, die an der Konferenz teilnahmen, aber aus einem begrenzten Bereich der sich wohl selbst immer noch als „autonom" bezeichnenden Szene. Ein Zusammengehen, ein Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Bereichen unserer Bewegung konnte nicht stattfinden (als Gewerkschafter und einer der SprecherInnen des Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus in Kiel war ich auf dieser Veranstaltung geradezu ein Exot). Diese Beschränkung lag nicht im Interesse und nicht in der Absicht der VeranstalterInnen, und alle, die von der Konferenz wussten, aber nicht teilnehmen mochten, sollten sich schon fragen, ob das eine richtige Entscheidung war – solche Gelegenheiten werden nicht alle Tage organisiert. Die OrganisatorInnen sollten allerdings auch die von einigen geäußerte Anregung überdenken, schon bei der Vorbereitung eines solchen Ereignisses andere Organisationen, von deren Mitgliedern eine Teilnahme eigentlich erwartet wird (und eine finanzielle Unterstützung erbeten wurde), auch in die inhaltliche Gestaltung einzubinden. Wirklich bedenklich und bedauerlich ist, dass nicht wenige der KonferenzteilnehmerInnen den Eindruck vermittelten, dass sie den geschilderten Zustand gar nicht als Mangel der Veranstaltung begriffen, sondern ganz zufrieden damit waren „unter sich" zu sein, und wenig Interesse an der Vorstellung anderer Zugänge zu antifaschistischer Arbeit, anderer Organisations- und Aktionsformen usw. zeigten. Dass solche Ignoranz in den jeweils anderen Spektren – etwa in Gewerkschaftskreisen – ebenfalls immer wieder feststellbar ist, macht die Sache nicht besser.

Viele der in Referaten und Arbeitsgruppen aufgeworfenen Fragen blieben offen, Probleme wurden nur andiskutiert – nicht zuletzt, weil für die Gruppen zum Arbeiten viel zu wenig Zeit zur Verfügung stand. Keine der Arbeitsgruppen des 2. Tages kam zu irgendeinem Ergebnis. Nicht zuletzt die Frage, wie auf Nazi-Aufmärsche zu reagieren ist in einer Zeit, in der die Landesregierung es sich angelegen sein lässt, jeden dieser Aufmärsche mit großem Polizeiaufgebot durchzusetzen, bedarf dringend der weiteren Erörterung, und zwar in Bündnissen. Kleingruppen-Aktionismus ist hier sicher nicht auf Dauer erfolgversprechend; wesentlich erscheint mir der in der Diskussion ergangene Hinweis, die wichtigste Arbeit sei in der Zeit zwischen den Aufmärschen zu leisten – hier geht es nämlich darum, ein Klima zu schaffen, in dem weder die Nazi-Auftritte akzeptiert noch der gewaltige Polizeieinsatz zu ihrem Schutz einfach hingenommen werden.

Die erwähnten Referate – die ich hier nur ausschnittsweise darstellen werde – gaben interessante Einblicke in die Entwicklung der faschistischen Szene. Bei NPD und freien Kameradschaften wurde eine „inhaltliche Modernisierung" festgestellt. Eine wichtige Funktion in der Szene übernehme das „Konzept des RechtsRock", dem Ian Stewart von Blood & Honour bescheinigte: „Musik ist ideales Transportmittel für nationalsozialistische Ideologie". Heute werde diese Musik in einer Breite vertrieben, die sich überhaupt nicht mehr deckt mit der Mitgliedschaft in Nazi-Organisationen. Hier habe sich

Antifa-Konferenz

eine Eigendynamik entwickelt, die das Auftreten der Szene insgesamt beeinflusst: „Die Mehrheit der TeilnehmerInnen an Nazi-Demos sind nicht mehr Glatzen und Stiefelnazis". Eine kulturelle Öffnung habe stattgefunden; auf „dress codes" werde nicht mehr viel Wert gelegt, wichtig seien Inhalte, „die inhaltliche Bezugnahme aufeinander". Dies sichere eine größere Lebensfähigkeit der Bewegung – die feststellbare „Zersplitterung" sei nicht Zeichen der Schwäche, sondern der gewonnenen Breite, und die Organisationslandschaft sei heute stärker verbunden als irgendwann in den letzten 20 Jahren.

Ein Antifaschist aus Lübeck befasste sich mit der rechtsextremen Szene in Schleswig-Holstein, wo die freien Kameradschaften tonangebend sind. „Borchert und Co. lassen die NPD brachliegen, sorgen aber auch dafür, dass der `moderate´ Flügel die Partei nicht wieder übernimmt." Unter anderem warnte er davor, dass „die Anti-Antifa wieder stark im Kommen" sei – „hier wird viel gearbeitet und fast nichts veröffentlicht".

Meiner Ansicht nach wurde dem Auftreten der Nazis zur Kommunalwahl in Lübeck erheblich zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dort kandidierten bekanntlich neben dem *Bündnis rechts* auch die *Nationalen Sozialisten für Lübeck*, eine Liste, die im Namen und in ihrer Werbung offen in die Tradition des Hitlerfaschismus trat und dennoch zur Wahl zugelassen wurde. Dass diese Liste nach der Wahl – so lange hatten die politischen VerantwortungsträgerInnen skandalöser Weise zugesehen - verboten wurde, war den Organisatoren herzlich egal – sie sollte sowieso nicht von Dauer sein. Sie sollte genau das ermöglichen, was mit ihr auch gelungen ist: Man konnte in Lübeck *Nationalsozialisten* wählen.

Dass es von vielen nicht für nötig erachtet wurde und die anderen es nicht geschafft haben, dagegen einen breiten öffentlichen Protest zu organisieren, offenbart eine eklatante Schwäche der antifaschistischen Bewegung. Ich habe nicht den Eindruck, dass dies hinreichend selbstkritisch gesehen wird, und dieser Vorwurf trifft keineswegs nur an der Kieler Konferenz beteiligte Menschen, sondern zum Beispiel die Gewerkschaftsorganisationen in Lübeck, die ihr Engagement in Sachen Antifaschismus überhaupt unzulässig zurückgefahren haben.

Die am ersten Tag behandelten Themen sind für das Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung, in deren Rahmen sich die Nazi-Umtriebe entfalten, von besonderer Bedeutung.

In seinem Einleitungsreferat stellte der Kollege Ralf Ptak einen „weltweiten Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vom Wohlfahrtsstaat zum neoliberalen Wettbewerbsstaat und zur entfesselten Globalisierung" fest. Damit einher gehe eine „Krise der parlamentarischen Demokratie" mit einer „Programmatischen Entleerung der Parteien" (Habermas).

In der Programmatik der extremen Rechten in Europa ließen sich als Hauptlinien die „Modernisierer" auf der einen und die „Traditionalisten" auf der anderen Seite feststellen, wobei die „Modernisierer" die Haupttendenz markierten. Insgesamt vollziehe sich in den Gesellschaften nach dem „Scheitern des neoliberalen Marktmodells" eine „Wende zum autoritären Neoliberalismus", und hier sei die Perspektive der modernisierten extremen Rechten zu sehen.

Vor dem Hintergrund der „Verstetigung von wirtschaftlicher Stagnation und Krise" entwickle sich als „Mega-Trend" eine autoritäre Formierung nach innen bei gleichzeitigem Drang zu militärischer Expansion nach außen. In diesem Rahmen prognostizierte Ralf eine Massenmobilisierung durch rechtspopulistisch-neoliberale Strömungen, die eine Funktionalisierung von Elementen plebiszitärer Demokratie einschließe. Die „Tendenz zu einem `neuen Typus´ von Organisationen der extremen Rechten" werde sich fortsetzen; mittelfristig sei die Bildung einer „einflussreichen politischen Kraft von rechts außen" zu erwarten, dabei werde der „klassische Faschismus als geschlossene Ideologie an Bedeutung verlieren".

Konsequenzen für AntifaschistInnen und Linke wurden leider eher vage angedeutet.

Zwei Kernthesen des Referats seien noch angesprochen.

- „Der autoritäre Neoliberalismus im 21. Jahrhundert ersetzt die Option des Faschismus" – das halte ich für eine voreilige und völlig überflüssige Festlegung, besonders in Deutschland.

- „Die soziale Frage ist der zentrale Andockpunkt der extremen Rechten insgesamt". Wer die Publikationen dieser Leute verfolgt, kann dem nur zustimmen. Leider wurde diese Feststellung nicht mit Beispielen konkret fassbar gemacht, und es war offensichtlich nicht vorauszusetzen, dass die KonferenzteilnehmerInnen schon wüssten, wie sich die soziale Demagogie der „Rechtspopulisten" und der Härte-Nazis entfaltet. Und dass diese These für das Handeln der AntifaschistInnen Folgen haben muss, das liegt offenbar keineswegs auf der Hand ...

Antifa-Konferenz

Zu diesem Thema nun die abschließenden Bemerkungen.

In der AG Soziales stellte zunächst Cornelia Kerth von der VVN/BdA Hamburg Auswirkungen der Beteiligung der Schill-Partei auf die Politik des Hamburger Senats dar. Es ist nicht einfach, die besondere Bedeutung einer Regierungsbeteiligung von „Rechtspopulisten" herauszuarbeiten in einer Zeit, in der der Abbau der Sozialsysteme und die Angriffe auf die Organisationen der Arbeiterschaft unter Federführung einer SPD-Grünen-Bundesregierung vollzogen werden. Dies wiederum stand im Mittelpunkt meines AG-Referates: Deutlich zu machen, was sich auf diesem Gebiet zur Zeit konkret vollzieht, und die politischen Konsequenzen des sozialen Kahlschlags darzustellen. Einige Gesichtspunkte dabei sind:

- Die antifaschistische und antirassistische Bewegung arbeitet unter den Bedingungen einer ernsten Krise der kapitalistischen Wirtschaft. Die Kapitalisten ersuchen, die Lasten dieser Krise allein den arbeitenden, erwerbslosen und alten Menschen aufzubürden.

- Die „Unternehmer" bedienen sich weitgehend erfolgreich der Regierungen in Bund und Ländern, diesen Raubzug zu organisieren und gesetzlich abzusichern. Das Modell der „Sozialpartnerschaft" ist für viele Unternehmer ein Auslaufmodell. Mit wirtschaftlichem und politischem Druck sollen die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung entscheidend geschwächt – die „Entmachtung" der Gewerkschaften wird offen gefordert – und Widerstand kriminalisiert werden- Der Kampf gegen die Agenda 2010, für den Erhalt und Ausbau sozialer Sicherungssysteme, für Arbeitszeitverkürzung und Flächentarif ist heute unmittelbar ein Kampf für die Erhaltung und Grundlage für den Ausbau eines demokratischen Staatswesens. Eine Niederlage der organisierten Arbeiterschaft in diesen Fragen ebnet den Weg in einen autoritären Staat.

- Trotz „leerer Kassen" wird mit Milliardenaufwand die Schaffung einer Armee betrieben, die im Interesse der vom deutschen Staat vertretenen Konzerne weltweit zur Sicherung von Energiereserven und Besetzung strategisch wichtiger Positionen für künftige militärische Auseinandersetzungen in der Lage sein soll. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus gedeihen gut vor diesem Hintergrund. Grundgesetz und Völkerrecht werden nach Bedarf ignoriert.

- Die Regierungspolitik hat unter anderem dazu geführt, dass viele Menschen das Vertrauen in „die Politik" und speziell in Wahlen verloren haben. Die Kommunalwahl in Kiel (mit weniger als 20 Prozent Beteiligung in einigen Wahlkreisen) hat diesen Umstand besonders deutlich gemacht. Die Konsequenzen sind noch nicht ausgemacht, können aber bitter sein.

- So, wie die Organisationen der Arbeiterschaft sich (weiterhin) einbringen müssen in den Kampf gegen Naziumtriebe, gegen rassistische Politik, gegen Kriegstreiberei, so ist der Teil der antifaschistischen Bewegung, der anderen gesellschaftlichen Gruppen angehört, zur Solidarität mit den Abwehrkämpfen der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen aufgerufen. Vieles fehlt, nicht zuletzt das Thema „Migration", das sich für die meisten KonferenzteilnehmerInnen in der Asyl-Thematik erschöpfte – was von den anwesenden Menschen „mit Migrationshintergrund" zu Recht als unzureichend kritisiert wurde. Der Artikel ist so schon reichlich lang. Aber nur zu schreiben, „da war `ne Konferenz, und die war ganz interessant", hätte es auch nicht gebracht. Ich hoffe, es sind einige Anregungen für unsere weitere Arbeit enthalten.

Dietrich Lohse

Arbeitsgruppenergebnisse

AG Neumünster

Antifa-Konferenz

Anhand des Beispieles Neumünsters sollten Aktionsformen, Bündnisarbeit und eine zeitgemäße Konzeption antifaschistischer Gegenaktivitäten gemeinsam hinterfragt werden.

Hintergrund war die im letzten Jahr durchgeführte Kampagne gegen den Club 88, die von den beteiligten politischen Gruppen im Nachhinein als eine politische Niederlage bewertet wurde. Während des Aktionssommers war es mit Ausnahme eines Konzertes in unmittelbarer Nähe zum Club 88 nicht gelungen, genügend Menschen zu mobilisieren und die Nazis direkt zu konfrontieren. Auch konnte in der Stadt keine Stimmung gegen den Club 88 erzeugt werden. Vielmehr gelang es den Nazis bundesweit zum erstenmal, ihren Treffpunkt politisch zu verteidigen. U.a. führten sie zwei Demonstrationen mit jeweils ca. 400 TeilnehmerInnen durch.

Es wurde ausgeführt, dass der Club 88 in Neumünster nicht das Hauptproblem in Neumünster ist – in der Tat hat die Bedeutung des Clubs im letzten Jahr und nach dem Abbruch antifaschistischer Gegenaktivitäten abgenommen. Vielmehr lässt sich der Übergang von einer kleinen, festen Szene zur breiteren Bewegung beobachten, die auch rechte, rassistische, aber nicht notwendigerweise neonazistische) Jugendliche anspricht. Diese Entwicklung wird von organisierten Neonazis bewusst gefördert, beispielsweise durch das Angebot von Freizeitaktivitäten (Fußballturniere). Zum Teil kann dabei an ein politisches Grundklima in Neumünster bzw. einzelnen Stadtteilen anknüpft werden, dass von autoritären und rassistischen Einstellungsmuster und dem Ruf nach Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit bestimmt ist. Kritisch wurde angemerkt, dass die Fokussierung auf den Club 88 und die Neonazi-Szene in Neumünster sich politisch nicht begründen lässt und – da auch innerhalb der antifaschistischen Szene ein Gewöhnungseffekt eingesetzt hat – auch nicht (mehr) zu einer Mobilisierung taugt. Bezüglich der Konzerte in Neumünster mit teilweise mehreren Hundert TeilnehmerInnen gibt es zudem keine praktischen Ansätze der antifaschistischen Gegenwehr.

Über die Erfahrungen der Anti-Club-Aktivitäten berichtet ein Vertreter des Bündnis gegen rechts Neumünster. Er unterteilte diese in 3 Phasen: In der ersten gelang es, den Aktivitäten des Club 88 in Neumünster bekannt zumachen und auf die politische Tagesordnung zu setzen. Diese Phase wurde mit einer Demonstration mit 800 TeilnerhmerInnen abgeschlossen und wurde als Erfolg bewertet. Die zweite Phase entwickelte sich im Zusammenhang mit dem gescheiterten „Aufstand der Anständigen" im Sommer 2000: Der Club 88 war bundesweites Thema in den Medien. Einher ging eine scharfe Kritik an der Politik der Stadt, die diese dazu drängte mit dem völlig untauglichen Mittel des Gaststättenrechtes gegen den Club 88 vorzugehen. Eine Politisierung durch antifaschistische Kräfte konnte nicht erreicht werden, vielmehr wurde das Problem als Imageschaden für die Stadt verbucht und unter rein ordnungsrechtlichen Gesichtspunkten behandelt. Die dritte Phase war der bereits erwähnte „Aktionssommer".

Viele Punkte in der Diskussion konnten aufgrund des Zeitmangels nur angerissen werden. Folgende Punkte wurden andiskutiert:

Der Club 88 ist in Neumünster verankert und wird toleriert. Solange es keine (sichtbaren) Konflikte mit der Polizei, Justiz usw. gibt, wird sich daran vorerst auch nichts ändern. Solange wird in Neumünster weiter der Ausbau einer eigenen neonazistischen Infrastruktur vorangetrieben.

In Neumünster selbst sind Neonazis in den letzten Jahren auf wenig antifaschistische Gegenwehr gestoßen. Im Stadtteil Einsfeld, wo sich einen Kameradschaft „Nordmänner" gebildet hat, ist aktuell genau dies der Fall und diese Erfahrung ist „Kameraden" neu.

In der Stadt Neumünster gibt es immer noch die Tendenz, den Club 88 und die dazugehörige Szene nicht als politisches Problem zu begreifen. Dies betrifft auch die politischen Parteien, Gewerkschaften: die „Zivilgesellschaft". Zweckbündnisse sind gescheitert, anlässlich des Nazi-Aufmarsches gegen die Wehrmachtsausstellung konnten sich die verschiedenen Spektren nicht einmal auf ein breites Bündnis einigen.

Die im weitesten Sinne linke, alternative Szene bietet in Neumünster kaum Alternativen an: die Neonazi-Szene und der Club 88 sind auch deswegen attraktiv, weil sie „subkulturelle" Angebote machen können.

Die organisierte Linke in Neumünster ist eben nicht organisiert: Für Außenstehende gibt es z.B. keine AnsprechpartnerInnen (z.B. an Schulen).

Den in und zu Neumünster arbeitenden politischen Gruppen ist es bisher nicht gelungen, eine mittelfristige Strategie zu entwickeln. Das Konzept eines „Importantifaschismus" ist kein dauerhafter Ersatz für eine fehlende Politik vor Ort.

Erfahrungen aus anderen Städten wie z.B. Rostock konnten leider nur ansatzweise diskutiert werden. Es wurde vereinbart, die Diskussionen fortzuführen. Es ist zu befürchten, dass es genug Anlässe dazu geben wird.

Arbeitsgruppenergebnisse

AG Gedenken und Geschichtsarbeit

Moderation von Eckard Colmorgen, AKENS

Die beiden Impulsreferate wurden gehalten von einem Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und einem Mitglied der „Arbeitgemeinschaft Neuengamme". (Die Autorin war hierbei leider noch nicht anwesend)Ausschnitt aus der Diskussion:

Es wurde viel anhand des Beispiels Neuengamme diskutiert.

Die wichtigsten Diskussionspunkte waren u.a.:

- die Verknüpfung von Antifa- Arbeit und Geschichtsarbeit
- Antifa und Bezugspunkte zu geschichtlichen Ereignissen
- Instrumentalisierung von Gedenktagen, z.B. der Holocaust- Gedenktag

Als problematisch wurde erachtet, dass mensch in Deutschland bei Gedenkarbeit dazu neigt, die Geschichte anhand Bestimmter (geschichtsträchtiger) Dinge „abzuarbeiten", d.h. dass Gedenkorte etc. (siehe Berlin) fertiggestellt werden und dass damit die Sache auch als „erledigt" bzw. „fertig" gesehen wird.

Erschreckend war in diesem Zusammenhang auch die Erfahrung der Gedenkstättenmitarbeiter, die davon berichteten, dass viel der jungen Menschen gar nicht mehr wüssten, was „Auschwitz" bedeutet.

Hinzu komme, dass die meisten der Überlebenden, der KZ- Opfer, etc. aufgrund ihres inzwischen hohen Alters nun schon gestorben sind. Es gibt kaum noch „Augenzeugenberichte". Durch das „Aussterben" der Täter wiederum, so eine Person aus dem Publikum, sei eine Kontinuität von aktueller Politik (heutige Kriege..) und Geschichtsarbeit auch nicht möglich.

Von einem der Neuengamme-Mitarbeiter wurde die Notwendigkeit geäußert, dass mensch weg vom „Gedenkort" und hin zum „Erinnerungsort" müsse. Das Problem sei aber die Vermittlung. E. C. meinte, dass „Zeitzeugen" für die Vermittlung gar nicht nötig seinen (Siehe Rundfahrten Kiel / HH). Das bestätigte auch einer der Neuengamme- Mitarbeiter. Es müssten keine alten Menschen vor Ort sein, die Erwartungen seinen immer die „Betroffenheitsschiene", indem mensch Veranstaltungen mit Überlebenden mache. Dies sei kein direkter Weg zur Antifa.. Weiterhin wurde angemerkt, dass sinnvolle geschichtspolitische Auseinandersetzung gute Materialien (Literatur, Videobänder mit Aufnahmen und Stellungnahmen der Überlebenden,..) erfordere. Somit seien die Überlebenden sehr wichtig, gerade auch aufgrund der subjektiv, erlebten Schilderungen, diese seien einmalig und wertvoll.

Die Geschichtsvermittlung (wie bekommt mensch die Jugend dazu, sich damit wieder zu befassen) sei somit eines der größten Probleme, es sei eine Frage der Methodik, gerade im Hinblick darauf, dass sich die Jugend doch sehr „verändere". Später wurden auch die (nicht vorhandenen) pädagogischen Konzepte der Gedenkstätten-Gruppen abgesprochen und ihre (positiven) Erfahrungen damit.

Geäußert wurde aber auch , dass Gedenkstätten auch Gedenkstätten blieben. Mensch solle nicht weg vom Erinnern, Gedenken, gerade wenn die Opfer verstorben seien. Es solle nicht museal sein, denn es sind die Orte, an denen Verbrechen geschehen sind. Der Mitarbeiter der Neuengamme-Gedenkstätte schlussfolgerte, dass diese Orte Dokumentationsorte, möglicherweise auch museale Orte, Apellorte, Gedenkorte (Mahnmäler), aber auch Friedhöfe seien. Wichtig sei auch ,dass es eine „2. Welle des Gedenkens" gebe, die Nachkriegszeit werde hierbei wichtig. Weiterhin wurde aus dem Publikum geäußert, dass Gedenkorte subjektive Orte seien, (die sinnliche Erfahrungen mit sich brächten, die also auch eine bestimmte Wirkung haben), dass sie Respekt schaffen, Respekt, den mensch vor anderen Orten (z.B. einem bloßen Museum) nie haben würde. Es wurde auch das „ Zerren nach Orten" abgesprochen. Diese Orte seien auch keine „linken Orte", jeder müsse seinen eigenen Weg dorthin finden. Die Antifa habe nie ein Eigeninteresse an diesen Orten gehabt.

Weiter andiskutierte Fragen waren:

- Wie lange erinnert mensch sich?
- An was erinnert mensch sich dann?
- Kann mensch sagen:„Aus dieser Gedenkstätte folgert mensch genau, dass..."? Wohl nicht!
- Welche Wirkung hat solch ein Ort?
- Welche Wichtigkeit hat diese Arbeit für die Linke? (nur noch im Hinterkopf?)

Haiders antisemitische Flutwelle

Interview mit Karl Pfeifer am 1. Juni 2003 in Kiel

Als Redner auf der Konferenz konnten die Veranstalter auch den Journalisten Karl Pfeifer aus Österreich begrüßen. Er war bis zu seiner Pensionierung 1995 dreizehn Jahre lang Redakteur des offiziellen Organs der jüdischen Gemeinde in Wien, arbeitet seit Anfang der 1990er als Korrespondent für das israelischeRadio und schreibt seit einigen Jahren regelmäßig für die internationale antifaschistische Zeitschrift Searchlight.

Nach dem die FPÖ bei den letzten Wahlen so stark verloren hat, haben viele dieThese vertreten, dass die Einbindung durch die ÖVP eine geeignete Taktik ist, um die sogenannten Rechtspopulisten zu entmystifizieren. Ist das eine zu optimistische Sichtweise?

KP: Das ist schon zum Teil so, dass eine rechtsextreme Partei, die eingebunden wird, ein Problem hat, zur gleichen Zeit Regierungs- und Oppositionspartei zu sein. Der Versuch alle zu bedienen konnte nicht gutgehen. Aber andererseits hat die ÖVP, die ideologisch gar nicht so weit entfernt ist von der FPÖ, die FPÖ legitimiert. Das Problem war ja, dass sich eine derartig offen rechtsextreme Partei nie zuvor in Europa seit 1945 an einer Regierung beteiligt hat. Zwar haben die europäischen Staaten reagiert aber auf das wesentliche Problem wurde nicht eingegangen - und das ist der Charakter der FPÖ. Es hätte in Österreich klar sein müssen, dass ein Demokrat mit dieser Partei keine politischen Geschäfte abschließt. Um ein Beispiel zu geben. Kurz nach der Regierungsbildung habe ich im Radio Pacifica (USA) an einer Diskussion mit dem österreichischen Botschafter in Washington, Peter Moser, teilgenommen. Und am Ende habe ich eine alte jüdische Anekdote erzählt: Treffen sich zwei Männer. Der eine hat Dreck an den Händen, der andere hat Handschuhe an. Wenn beide sich die Hände geben, wird man sagen, dass der Dreckige handschuhig geworden ist oder dass der Handschuhige dreckig geworden ist?

Innerhalb der FPÖ hat die Regierungsbeteiligung, glaubt man den Pressestimmen in Deutschland, zu einer Schwächung Haiders geführt. Wie stark ist diese Interpretation?

Nein, keineswegs. Das scheint nur so. Er ist nominell nicht mehr Vorsitzender der Partei, aber der jetzige Vorsitzende, Vizekanzler Haupt, ist sein Strohmann. Der versucht zwar eine eigene Politik zu machen, schwankt aber zwischen Haider und denjenigen, die sich eine FPÖ unabhängig von Haider wünschen. Haider hat im Fall Susanne Riess-Passer gezeigt, dass er keine Selbstständigkeit duldet. Er hat diese Partei aufgebaut und es ist ihm lieber, sie geht insgesamt zugrunde.

Antifa-Konferenz

Die zehn Prozent, bei denen die FPÖ jetzt steht, sind das, was die Partei und ihre Vorgängerorganisation, die VdU, fast immer bekommen hat.

Nun ist für übermorgen (3.6.) ein Generalstreik angekündigt in Österreich. Welche Rolle spielt die FPÖ in dieser Auseinandersetzung, wo es um die sogenannten 'Sozialreformen' geht?

Sozialdemagogie charakterisiert ihre Politik. Haider sagt, er will den 'kleinen Mann' schützen. Aber in Wirklichkeit sind sie für die Zerschlagung der "Sozialpartnerschaft" und der Gewerkschaften. Vor ein paar Jahren hat Haider Kurse an der Universität von Harvard (USA) absolviert und er wurde zum Anhänger der Theorien von Milton Friedman, d.h. ein klarer Neoliberaler, zum Beispiel trat er für die flat tax ein. Da darf man sich keine Illusionen machen. Die FPÖ versucht jetzt durch vermeintlichen Widerstand gegen die Regierungspolitik, die sie ja mitgestaltet, den Eindruck zu erwecken, sie würde die radikale Verschlechterung der Sozialpolitik verhindern. Das Ansehen Haiders in der Bevölkerung ist geschwächt. Da war dieses Knittelfeld, wo er die innerparteiliche Rebellion angestachelt hat - und wenn der Geist aus der Flasche ist, ist er schwer wieder dorthin zurückzudrängen. Dann waren seine Reisen in den Irak und seine Begeisterung für Saddam Hussein - das kam auch nicht gut an. Und schließlich hat die österreichische Bevölkerung auch gesehen, dass das Gerede davon, dass die FPÖ eine neue Partei sei und anders als die 'Systemparteien', auch nicht stimmt. Der Unterschied war nur, dass die "Altparteien" schon lange an den Fleischtöpfen waren, während die FPÖ sich jetzt randrängt. Und kaum waren sie dort, haben sie mit einer Unverschämtheit zugegriffen, die alles übertroffen hat, was früher SPÖ und ÖVP gemacht haben.

Ein Beispiel...?

Nehmen wir Reinhad Gaugg. Der kommt aus Klagenfurt und hat seine politische Karriere gemacht, weil er beim "Putsch" in der FPÖ 1986 den Haider auf die Schulter gehoben hat. Ansonsten ist er ein wenig beschränkt und war Monate lang eine beliebte Zielscheibe der Kabaretts. Dieser Mann war Abgeordneter zum Nationalrat, hat sich aber gleichzeitig um den Posten eines Direktors bei der PVA (Pensionsversicherungsanstalt) beworben. Für die Besetzung des Postens gibt es Kriterien, die er aber nicht erfüllen wollte. So hat er alle anderen gegen sich aufgebracht, zumal er auch auf einer Sonderregelung zu seinem Gehalt bestand. Monatelang ging sein Streit durch die Medien in Österreich. Dann war er bei einem Umtrunk in Kärnten und ist betrunken Auto gefahren und ganz zufällig ist er kontrolliert worden, was dann Anlaß zum Rücktritt war.... Im Filz steht die FPÖ den "Altparteien" um nichts nach.

Wie stabil wird denn jetzt diese neue/alte Regierungskoalition sein? Haider hat ja bereits mit der Drohung von Neuwahlen gespielt... Oder ist das nur Drohgebärde?

Ich vermute, dass weder ÖVP noch FPÖ derzeit Interesse an Neuwahlen haben, weil dann die Chance bestünde, dass SPÖ und Grüne eine Mehrheit bekommen. Die rechte Mehrheit ist bei den letzten Wahlen kleiner geworden. Insofern werden sich wohl Kompromisse und Ausgleiche finden lassen. Nicht zufällig hat ja auch der frühere Innenminister der SPÖ gesagt, er sei gegen die Ausgrenzung der FPÖ - gerade so als könnte man eine im Parlament vertretene Partei ausgrenzen aus dem politischen Diskurs.

Ich würde mir wünschen, dass diese Regierung zurücktritt, nicht nur wegen der politischen Richtung, sondern auch wegen der handwerklich schlechten Arbeit, die abgeliefert wird. Sie haben z.B. eine Ambulanzverordnung gemacht, die dann zurückgenommen werden mußte, weil das nicht vernünftig vorbereitet wurde. Daher wird die Regierung auch wegen ihrer Unfähigkeit von der liberalen Presse und den Unternehmern kritisiert.

Nun ist Haider in Kärnten lange Landeshauptmann. Die Regierung zu stellen bedeutet ja auch die Regierungsapparate zu beeinflussen und mit eigenem Personal zu besetzen...

Da hat die FPÖ im Vergleich zur ÖVP weniger Erfahrung. Denn die ÖVP war ja von 1945 bis 1970 führend in der Regierung und ab 1986 erneut. Insofern haben die viel Erfahrung und 'rote' Ministerien 'schwarz' gefärbt. Bei der Polizei und im Innenministerium ist das ganz offensichtlich. Demgegenüber ist die FPÖ noch Lehrling. Da wurden hohe Posten besetzt mit sogenanntem FPÖ-Urgestein, die aber fachlich einfach schlecht waren. Zum Beispiel die Sozialministerin Sickl, die rasch abdanken mußte.

Antifa-Konferenz

Oder Frau Forstinger als Infrastrukturministerin. Und der erste Justizminister ging nach einer Woche. Der jetzige Justizminister Böhmdörfer war der Rechtsanwalt von Haider und ist sein Freund. Die FPÖ hatte ja keine richtigen Reserve-Kader, denn die geeigneten deutsch-nationalen und völkischen Burschenschafter waren schon von den Sozialdemokraten in den Apparat geholt worden.

Trotz dieses Auftretens hat nun auch die SPÖ Kooperations- bzw. Koalitionsbereitschaft mit der FPÖ signalisiert...

Ja, es gab ein gemeinsames Spargelessen zwischen Haider und dem sozialdemokratischen Vorsitzenden Alfred Gusenbauer. Haider sagt ganz deutlich: die SPÖ hatte früher nur die Grünen als Koalitionspartner, nun käme aber auch die FPÖ in Frage.

Gestern hattest Du gesagt, dass die Wochenzeitung "Zur Zeit", das Gegenstück zur "Jungen Freiheit" in Deutschland, von der Regierung finanziell unterstützt wird ...

... mit jährlich 75.500 Euro und 20 Cent

.. gibt es weitere Beispiele dieser Art?

Ja, zum Beispiel wurde das "Haus der Heimat", in dem sich Revanchisten treffen, mit 100 Mio. Schilling gefördert. Da werden revisionistische Projekte unterstützt. Und sie haben ja die Entschädigung für die Opfer des Nationalsozialismus gekoppelt mit der Erhöhung der Pension für diejenigen, die als Wehrmachtssoldaten und als SS' ler in der Sowjetunion oder im Westen in Gefangenschaft waren. Letzteres auf Grund eines Vorschlages der SPÖ.

Auch hier hieß es in der Berichterstattung vor allem, dass die Opfer des Nationalsozialismus entschädigt werden. Der andere Aspekt fiel eher hinten runter.

Eine der wenigen löblichen Ausnahmen der bürgerlichen Presse ist Michael Frank in der Süddeutschen Zeitung. Er begreift Österreich, weil er aus einer Grenzregion zu Österreich kommt, aus katholischem Milieu und als 68er den kritischen Blick bewahrt hat, auch die anderen Korrespondenten der SZ berichten durchaus kritisch über Österreich. Zu erwähnen ist auch Charles Ritterband von der "Neuen Zürcher Zeitung", der von "Zur Zeit" auch wegen seines "welschen" Vornamens angegriffen wurde. Es gibt auch in der Jungle World ganz gute Berichte.

Neben der "Zur Zeit" gibt es noch die "Aula" als wichtiges Blatt der extremenRechten.

Die Aula hat ja als Schriftleiter - das Wort Chefredakteur wird bei den ‚teutschen Teutschen' nicht verwendet - Otto Scrinzi, einen Psychiater, der Mitglied der NSDAP war. Nach dem Krieg sagte er, dass er auch als Nationalsozialist immer ein Rechter gewesen war. Rechts von ihm ist die Wand. Der vorherige Schriftleiter dieses Blattes, Herwig Nachtmann, wurde wegen Holocaust-Leugnung verurteilt. Das ist das Organ des "Freiheitlichen Akademikerbundes".

Ist das mehr ein Strategieorgan...?

Die "Aula" kommt monatlich heraus und ist super-rechtsextrem, in der Ideologie des Nationalsozialismus verhaftet und nur in wenigen Geschäften erhältlich. "Zur Zeit" ist ein sich einerseits patriotisch österreichisch gebendes andererseits aber oft rassistische und antisemitische Artikel veröffentlichendes Wochenblatt. Unter ihren drei Herausgebern ist einer Mitglied der ÖVP - und wird in vielen Trafiken (Straßenbahnen) angeboten. Ein "Zur Zeit" - Autor wurde wegen eines holocaustleugnenden Artikels verurteilt. Allerdings geschah da ein wahres Wunder, der Artikel dieses freischaffenden Autors gelangte in das Sudelblatt, so die österreichische Justiz, ohne Kenntnis der Redaktion.

Die erste ÖVP/FPÖ-Koalition führte zu internationalen Protesten und auch in Österreich gab es große Demonstrationen. Das hat dann aber aufgehört. Ist denn trotzdem was übrig geblieben an Strukturen, die dagegen auftreten?

Es gab keine festgefügten Strukturen, lediglich lockere Bündnisse, wie zum Beispiel die Donnerstagsdemonstranten. Jetzt soll diese Tradition jeweils am Freitag wiederbelebt werden. Die SPÖ hat ihre ablehnende Haltung zur FPÖ aufgegeben. Nehmen wir das Treffen von Haider mit Gusenbauer: Da sagt ein Mann wie Josef Broukal, ein TV-Kommentator, der in der SPÖ ist, von der FPÖ und den Rechten immer scharf bekämpft und von der Israelitischen Kultusgemeinde Wien für seine Courage mit einem Orden ausgezeichnet wurde, man müsse für dieses Gespräch Verständnis haben. Auch André Heller, der früher solche Demonstrationen mit organisiert hat, zeigt Verständnis.

Antifa-Konferenz

Ich bin da der Ansicht, dass an den Händen einiger führender FPÖ 'ler - Bildlich gesprochen - brauner Dreck klebt und da soll man sich nicht schmutzig machen. Es kommt hinzu, dass die SPÖ glaubt, da einen klugen Schachzug zu machen und es werden die alten dumpfen "Austronazis" ihnen zujubeln, aber langfristig wird das schaden. Denn eine stabile Hegemonie kann es nur geben, wenn die Ideologie der Volksgemeinschaft zurückgedrängt wird, nicht durch kleine taktische Winkelzüge. Schon Kreisky hat erklärt eine rechte Politik zu machen und ist der extremen Rechten entgegengekommen.

Nun ist die SPÖ ja eine etablierte Kraft und geht mit ihren Koalitionsangeboten offenbar taktisch um; zur Opposition gegen die FPÖ, gegen Haider und deren Regierungsbeteiligung gehör(t)en ja auch linke Gruppen.

In Deutschland und Österreich sollte die Bevölkerung in die Lage versetzt werden, dass sie mit der extremen Rechten nichts mehr zu tun haben will, damit diese randständige Kräfte werden. Aber solange in Deutschland die Nazis marschieren und Pogrome veranstalten können und solange in Österreich eine rechtsextreme Partei an der Regierung ist, solange lebt die Geschichte. Und mit der muss man sich dann auch auseinandersetzen. Wenn aber Linke sich von ihrem eigenen Land abwenden und sagen "Was geht mich mein eigener Dreck an", ich bin nur interessiert an Palästina, Irak, Kongo oder was auch immer und deswegen dann auch bereit sind mit Rechtsextremisten zusammenzugehen, dann tun sie ihrer eigenen Bevölkerung und ihrer eigenen politischen Zukunft nichts Gutes. Denn mit Querfronten hilft man nur den Rechten. Die sind daran interessiert. Das hat schon von Oven, der Mann aus dem Goebbels-Ministerium gesagt, wie man die Ausländerfeindlichkeit einkleiden muss, damit Linke zustimmen können.

Für mich geht es nicht um die Semantik, sondern man muss radikal an die Wurzel der Sache gehen. Man muss die Ausländerfeindlichkeit, den Volksgemeinschaftsgedanken und den Antisemitismus an der Wurzel bekämpfen - und das könnte nur eine Linke, die fähig ist, sich zu regenerieren und einen radikalen kritischen Blick auf die eigene Vergangenheit zu werfen, auf die eigene Geschichte wie auf die Gegenwart. Und das sehe ich bei den meisten noch nicht. Es gibt einen kleinen Teil der Linken, der undogmatisch ist, der diesen Diskurs begonnen hat, der keineswegs beendet ist. Wenn mir Leute etwas über den Nahen Osten einreden wollen, den sie nicht kennen, dessen Sprachen sie nicht sprechen, dessen Presse sie nicht lesen und dessen Geschichte sie nicht kennen, dann werde ich emotional. Sie haben ein paar Broschüren gelesen und sagen dann "Man wird doch noch Israel kritisieren dürfen." Und da sag` ich dann immer: "Natürlich könnt ihr Israel kritisieren, aber warum schießt Ihr Euch ausgerechnet auf dieses einzige Land in der Region ein und weshalb seid Ihr nicht halb so kritisch mit Eurem eigenen Land. Ist da alles in Ordnung?"

Wenn man sich die Aufgabe stellt, Antisemitismus, Volksgemeinschaftsdenken und Rassismus zurückzudrängen, dann muss man für Österreich ja auch sagen, da gibt es mit der "Neuen Kronen-Zeitung" ein viel gelesenes Blatt, was genau solche Einstellungen häufig transportiert.

Ja, aber diese Zeitung ist jetzt zahmer geworden. Dazu eine Geschichte: Die Stadt Wien hatte ein Shoa-Denkmal in Auftrag gegeben, das am Tag vor dem Nationalfeiertag, am 25. Oktober 2000 am Judenplatz eingeweiht wurde. Und der Bürgermeister der Stadt Wien veranstaltete aus diesem Anlass eine internationale Pressekonferenz. Ich fragte Bürgermeister Michel Häupl, nachdem dieser gesagt hatte, dass 600 Jahre Antisemitismus in Wien genug seien, was für Konsequenzen das denn hat, wenn die SPÖ in der "Neuen Kronen-Zeitung" (NKZ) ganzseitige Anzeigen schaltet, in der Tageszeitung, die sich über Moscovici (war französischer Europaminister) und Doron Rabinovici (Wiener Historiker und Schriftsteller) lustig macht, und wenn dort fast jeden Tag rassistische Texte über Schwarze erscheinen, legitimieren Sie das nicht damit? Der Bürgermeister antwortete im Alten Wiener Rathaus , er wolle a) an so einem schönen Tag keine Innenpolitik machen und b) keine Medienschelte betreiben. Bevor Haiders antisemitische Flutwelle kam, hat der Bürgermeister hinter den Kulissen Druck ausgeübt auf

Antifa-Konferenz

Dichand, den 50 prozentigen Eigentümer der NKZ, den Antisemitismus einzuschränken. Entsprechend des österreichischen Harmoniebedürfnisses gab es dann ein gentlemen agreement mit Dr. Muzicant, dem Präsidenten der Kultusgemeinde. Mit anderen Worten: der explizite und die meisten impliziten Antisemitismen sind nicht mehr zu finden. Als Haider im Frühjahr 2001 seinen antisemitischen Wahlkampf in Wien führte, hat der Chefkommentator der Kronen-Zeitung , Richard Nimmerrichter alias "Staberl", einen antisemitischen Kommentar geschrieben und der Chefredakteur Hans Dichand hat die Publikation verhindert. "Staberl" ist deswegen mit 80 Jahren in den Ruhestand gegangen.

Zurecht kann man sagen, dass die Linke sich zunächst um die Gesellschaft kümmert, in der sie lebt. Zugleich gibt es aber auch den guten Grundsatz der internationalen Solidarität. Nun ist an der Kronen-Zeitung mit 50% der Verlag der WAZ, der " Westdeutschen Allgemeinen Zeitung", beteiligt....

Die WAZ streitet jetzt mit Dichand wegen verschiedener Fragen, die noch nicht geklärt sind. Ein Aspekt war wohl auch der Antisemitismus, was immer mal wieder an die WAZ herangetragen worden ist ...

... darauf wollte ich hinaus...

... das war ihnen schon immer irgendwie unangenehm, aber solange die Kasse stimmte, wollten sie nichts unternehmen. Aber nun stimmt auch die Kasse nicht und dann geht es um mehr. Außerdem hat Dichand versucht, ohne Konsultation mit seinen Partnern, seinen Sohn als Nachfolger einzusetzen. Da hat die WAZ auf einen anderen bestanden, der auch Chefredakteur werden sollte. Die Lage ist unübersichtlich, jetzt hat die NKZ zwei Chefredakteure!

Wäre es denn sinnvoll - quasi als Unterstützung für österreichische AntifaschistInnen - auch in Deutschland die Beteiligung der WAZ an diesem Blatt und dem Antisemitismus zu skandalisieren?

Das wäre damals sehr gut gewesen und einige wenige Beiträge in linken Zeitungen hat es dazu gegeben. Wichtig insgesamt ist die rechtzeitige Information über solche Entwicklungen und Aktivitäten.

Herzlichen Dank und alles Gute!

Neuengamme

Gefängnisgelände wird KZ-Gedenkstätte

Nach der Übergabe des Geländes der Justizvollzugsanstalt XII Neuengamme beginnt nun die letzte Phase der Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Nach 55 Jahren der Nutzung als Hamburger Gefängnis ist am 30. Juni 2003 die Justizvollzugsanstalt XII an die KZ-Gedenkstätte Neuengamme übergeben worden.

70 Gäste, unter ihnen Vertreter der internationalen Häftlingsorganisation Amicale Internationale KZ Neuengamme (AIN), der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme (AGN) und VertreterInnen der Kultur- und Justizbehörde, nahmen an der vom Hamburger Senat auf dem ehemaligen Appellplatz ausgerichteten Veranstaltung teil. Stark religiös geprägt, gleichsam verklärt, sprachen zu Beginn der Feierlichkeit Geistliche beider Konfessionen und ein Rabbiner Geleitworte.

Der Hamburger Justizsenator Roger Kusch (CDU) resümierte in seiner Rede, dass in »all den Jahrzehnten seit Kriegsende bis in die jüngste Zeit [...] die politischen Verantwortlichen in Hamburg eigene Vorstellungen des Gedenkens entwickelt [haben], statt einfach zuzuhören, was die Opfer [...] zu sagen hätten«. Im Namen des Hamburger Senats entschuldigte er sich für die jahrzehntelange Verzögerung bei der Realisierung einer würdigen KZ-Gedenkstätte.

Kusch sprach zwar richtige Worte, die auch auf Zustimmung bei den Überlebenden traf, vom Duktus her vermittelte er jedoch das Bild, dass erst auf Initiative des neuen Senats die Gedenkstätte erweitert werde. Es mutet seltsam an, wenn Kusch, in Verdrehung der Tatsachen, nun dem Senat die Niederlage vom Dezember 2001 als Erfolg anhaftet.[1]

Wohlweislich verschwieg Kusch, dass es dieser Senat war, der die unlängst einstimmig beschlossene Verlagerung zu Beginn seiner Legislaturperiode kippen wollte. Erst nach starken nationalen und internationalen Protesten knickte der Senat ein und beschloss generös, dass nun die Umgestaltung zügiger bis zum 4. Mai 2005 erfolgen wird – zufälligerweise kurz vor der nächsten Bürgerschaftswahl im September 2005.

Zudem verschwieg Kusch, dass bereits seit den siebziger Jahren antifaschistische Initiativen und Geschichtswerkstätten[2] permanent auf die Verdrängung der Hamburger Politik hinwiesen und die Geschichte des Konzentrationslagers vor den Toren Hamburgs an das Licht der Öffentlichkeit zerrten.

Der Vorsitzende der AIN, Robert Pinçon, erinnerte in seiner Rede daran, dass die AIN »seit ihrer Gründung [...] nicht aufgehört [habe], für das Ende dieser Schändung und die Befreiung des Geländes, das einem Friedhof gleicht, zu kämpfen«. Zudem betonte er die Bedeutung der Übergabe des Gefängnisgeländes für die Überlebenden, denn im Moment der Übergabe des Geländes verbänden sich nun endlich die Erinnerung und die Geschichte.

Mit dem formalen Akt der Übergabe beginnt die letzte Phase der Transformation des Gefängnisses im ehemaligen Schutzhaftlager des KZ Neuengamme in eine Gedenkstätte. Unbeeinflusst von dem reglementierenden Rahmen des Gefängnisses kann nun die vorhandene Substanz untersucht werden. Archäologische Grabungen sollen Aufschluss über eventuell noch vorhandene Fundamente und Überreste geben. Parallel dazu werden die Gebäude, die nach 1945 errichtet wurden, abgerissen. Die Baracken und Gebäude die nicht mehr vorhanden sind werden als »Bodenrelief« dargestellt. Die erhaltenen KZ-Gebäude werden in Teilen restauriert bzw. den neuen Nutzungen entsprechend umgebaut, der teilweise bereits rekonstruierte Appellplatz wird in seinen historischen Ausmaßen fertiggestellt und die Zaunverläufe stilisiert dargestellt.

Unten: historisches Luftphoto von 1948. Im Vordergrund das SS-Lager, im Hintergrund das Schutzhaftlager mit den Steingebäuden (rechts und link) und in der Mitte den Häftlingsunterkunftsbaracken.

Links oben: Übergabe der JVA an die KZ-Gedenkstätte am 30. Juli 2003. Am Rednerpult spricht der 1. Vorsitzende der Amicale Internationale KZ Neuengamme, Robert Pinçon.
Links unten: 25. August. Beginn des Abbruchs des Haftgebäudes von 1950. Rechts ist ein Teil des teilweise rekonstruierten Appellplatzes zu sehen, im Hintergrund links das Steinhaus II, welches ab Mai 2005 die neue Hauptausstellung zum KZ Neuengamme aufnehmen wird.

Bereits seit 2002 werden von einem WissenschaftlerInnenteam drei neue Ausstellungen erarbeitet (Hauptausstellung zum KZ Neuengamme, Ausstellung zur KZ-SS und eine Ausstellung zur Geschichte des Geländes nach 1945), die u.a. in einem der erhaltenen KZ-Häftlingsgebäuden und in den ehemaligen SS-Garagen gezeigt werden. In einem weiteren Häftlingsgebäude wird bis zum Mai 2005 ein Studien- und Begegnungszentrum eingerichtet.

Nach der jüngst erfolgten behördeninternen Übergabe wird am 6. September 2003 die offizielle Übergabe des Geländes unter dem Titel »Neuengamme – enfin libéré« an die internationale Häftlingsorganisation erfolgen. Diese von der AIN ausgerichteten Zeremonie unter der Schirmherrschaft des 1. Bürgermeisters Ole von Beust symbolisiert nach 55 Jahren die zweite Befreiung des Geländes. Es werden mehrere hundert Überlebende aus der ganzen Welt erwartet. Eingeleitet wird die Feierlichkeit mit der Übergabe eines jüngst in Frankreich wieder gefundenen Originaltorflügels des KZ-Eingangs.

»Neuengamme enfin libéré«
Gedenkveranstaltung der Amicale Internationale KZ Neuengamme zur Rückgabe des historischen Lagergeländes – 55 Jahre nach Eröffnung der Justizvollzugsanstalt XII.
Samstag, 6. September 2003
11.00 Uhr
Jean-Dolidier-Weg (rekonstruierter Appellplatz des ehemaligen KZ Neuengamme)
Übergabe des ehemaligen Lagertors um 10.00 Uhr im Steinhaus II (ehem. Häftlingsblocks 21–24)

2 Diesen Geschichtswerkstätten will die Kultursenatorin – und jetzige Hausherrin der KZ-Gedenkstätte Neuengamme – Dana Horakova (parteilos) alle Gelder zum Jahresende ersatzlos streichen. Nach Protesten sagte Horakova mittlerweile zumindest die Übernahme der Mieten zu.

Stephan Lindke

Das »Männergefängnis Hamburg-Neuengamme« war am 6. September 1948 auf Betreiben der damaligen SPD-Regierung in den Gebäuden des ehemaligen Schutzhaftlagers des KZ Neuengamme eingerichtet worden, um so das »Schandmal der Vergangenheit« auszulöschen und »um aus dieser Anstalt nunmehr eine vorbildliche Anstalt der Menschlichkeit und des modernen Strafvollzuges von Weltruf zu schaffen«. In einer bemerkenswerten Vergangenheitsverdrängung wurde die Verantwortung für diesen historischen Ort negiert und ein »Reform-Strafvollzug« als die Lehre aus der Vergangenheit angesehen. In den ersten Jahren wurden gar alle Gebäude, bis auf das Krematorium und den Arrestbunker mit einer gleichen Funktionsbelegung weiter genutzt.

Seit 1948 forderten demgegenüber die Überlebenden des KZ und seit den 70er Jahren zunehmend auch örtliche Gedenkinitiativen die würdige Nutzung des Geländes.

Anfang der 90er Jahre begann, maßgeblich initiiert durch den damaligen 1. Bürgermeister Henning Voscherau, in den politischen Kreisen der Hansestadt ein langsamer Prozess des Umdenkens. Eine Senatskommission aus Politik, Wissenschaft und Überlebendenverbänden erarbeitete Empfehlungen für die Umstrukturierung des Geländes. 2001 erfolgte der einstimmige Beschluss für die Verlegung des Gefängnisses und somit Erweiterung der Gedenkstätte.

Der neugewählte rechts-konservative Senat aus CDU/Schill-Partei und FDP sorgte unmittelbar nach der Bürgerschaftswahl im September 2001 für kurzzeitige Irritation mit seiner Forderung, die Justizvollzugsanstalt XII doch nicht zu verlagern, sondern zusätzlich zu dem bereits im Bau befindlichen Ausweichgefängnis in Hamburg-Billwerder zu erhalten.

Nach nationalen und internationalen Protesten musste der Senat diese jedoch zurück nehmen. Der 1. Bürgermeister Ole von Beust (CDU) sagte in der Folge gar eine schnellere Fertigstellung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme bis zum 60. Jahrestag der Befreiung im Mai 2005 zu und sagte Geldmittel für die bisher nicht vorgesehene Rekonstruktion des Appellplatzes zu.

1 Siehe Enough is enough Nr. 17, Stephan Lindke: »KZ-Gedenkstätte Neuengamme: Gedächtnis im Wandel«, S. 42–44.

Ausstellung:

Kieler Historiker im »Dritten Reich«

Fast 70 Jahre nach der Kriegsniederlage Deutschlands und dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft beschäftigt sich das Historische Seminar der Christian-Albrechts-Universität erstmals mit seiner eigenen Geschichte. Eine kritische Auseinandersetzung mit Lehre, Forschung und dem Verhalten von Professoren und Studierenden in der NS-Zeit hatte bisher nicht stattgefunden. Deutlicher Ausdruck dieser Haltung ist die „Ahnengalerie" des Seminars, in der sämtliche verstorbenen Professoren des Seminars unkritisch gewürdigt werden.

Mit dem Projekt *Kieler Historiker im Dritten Reich*, wurde diese Nicht-Thematisierung ansatzweise aufgehoben. Dieses entstand im Rahmen von HIP (Historiker in der Praxis), so dass Studierende an der Realisierung aktiv beteiligt waren. Um eine „breite" Öffentlichkeit zu erreichen, wurde zur Präsentation der Ergebnisse die Form einer Ausstellung gewählt. Diese wurde am 5. Juni – in den Räumlichkeiten des Seminars für Osteuropäische Geschichte (!) – eröffnet.

Bewusst haben die Ausstellungsmacher einen biographischen Ansatz gewählt. Anhand der Kurzbiographien von fünf Kieler Professoren werden unterschiedliche Handlungs- und Verhaltensmuster von Wissenschaftlern in der NS-Zeit dargestellt, die *„von offener Verweigerung über unterschiedliche Grade, sich mit dem Nationalsozialismus zu arrangieren, bis zu bewusster Förderung nationalsozialistischer Ziele"* reichen.

So widersprach der Mediavist Martin Lintzel den ideologisch motivierten Umdeutungsversuchen des „Beauftragten des Führers für die weltanschauliche Schulung und Erziehung der NSDAP", Alfred Rosenberg. Dieser sah in dem Sachsen (und Heiden) Widukind, den Repräsentanten des Germanischen, Nordischen und Völkischen, der zwar im 8. Jahrhundert gegen Karl, den Großen unterlegen war, aber im 20. Jahrhundert in Adolf Hitler für immer gesiegt habe. Die aus einer wissenschaftlichen Perspektive hervorgetragene Kritik Lintzels an der Geschichtsinterpretation Rosenbergs führte zu scharfen Angriffen in der NS-Presse und nach dem Ruf an die Kieler Universität auch zu Konflikten mit der Kieler NS-Studentenschaft. Nach nur zwei Semestern in Kiel wurde er – herabgestuft zum außerordentlichen Professor - 1936 nach Halle versetzt.

1941 wurde der Lehrstuhl Lintzels mit dem Nachwuchswissenschaftler Karl Jordan besetzt. Dieser hatte einen wissenschaftlichen Schwerpunkt auf Heinrich dem Löwen und den Anfängen der deutschen Ostsiedlung. Mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten trug er zur historischen Legitimierung deutscher Eroberungen im Osten und der Unterwerfung Europas bei, auch publizierte er in der Zeitschrift *Germanien* der „Wissenschafts"organisation „Ahnenerbe", der ab 1937 Heinrich Himmler vorstand. Zur Motivlage vermuten die Ausstellungsmacher, dass Jordan hauptsächlich seine wissenschaftliche Karriere vorantreiben wollte. Ab 1943 ordentlicher Lehrstuhlinhaber lehrte und forschte er an der Kieler Universität bis 1976.

Die Professur für Neuere Geschichte hatte seit 1931 Otto Becker inne. Seinen wissenschaftlichen Schwerpunkt legte er auf die deutschen Verfassungsgeschichte und Bismarck. Politisch engagierte er sich seit 1920 für die liberale *Deutsche Demokratische Partei*. Sein Verhältnis zum Nationalsozialismus bleibt undeutlich. Unmittelbar nach dem Krieg war er allerdings an einer Vorgängerpartei der CDU beteiligt, der er ein Jahr später beitrat. 1950 beteiligte er sich an der Gründung der Ranke-Gesellschaft, in der zahlreiche Historiker organisiert waren, die als Nationalsozialisten und aufgrund ihres Engagement für den Nationalsozialismus nicht mehr in Amt und Würden kamen.

Für Otto Scheel wurde bereits im Jahr 1924 ein Lehrstuhl für Landeskunde eingerichtet. Schon seit dem Ersten Weltkrieg operierte der gebürtige Nordschleswiger Scheel mit einem völkischen Staatsbegriff und beschäftigte sich wissenschaftlich und politisch – u.a. als Redner während des „Abstimmungskampfes" 1920 – mit der Frage der deutsch-dänischen Grenze. Den gemeinsamen Ursprung der nordeuropäischen Völker verknüpfte er mit dem Gedanken eines von Deutschland dominierten Europas. Aktiv und in führender Stellung beteiligte er sich an der „Volkstumsforschung", u.a. als Herausgeber des mehrbändigen *Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums"*. Unter seiner Leitung forschte das Instituts für Volks- und Landesforschung an der CAU u.a. zur „politischen Geschichte und Rassenkunde Schleswig-Holsteins" und führte jährliche „Grenzlandlager" durch. Mit diesen sollten z.B. Lehrer, Bauern,

Handwerker in die „Methode der wissenschaftlichen Heimatforschung" eingeführt werden. 1945 wurde er auf eigenen Wunsch hin emeritiert. Scheel trug mit seinen Reden und (wissenschaftlichen) Veröffentlichungen zur Legitimierung des NS-Staates aktiv bei.

Die Ausstellung schließt mit einer Tafel zur Kieler Universität und Nationalsozialismus nach 1945. Vorsichtig formuliert wird eingestanden, dass die personelle Kontinuität weitgehend bewahrt blieb und dass das Interesse an einer Aufarbeitung gering war. Dieses setzte erst Anfang der 80er Jahre ein und war von großem Widerstand begleitet: Noch 1982 wurde ein studentischer Antrag zur Errichtung eines Instituts zu Erforschung der Geschichte der Universität, das nach dem 1933 vertrieben Staatsrechtler Walter Schücking benannt werden sollte, abgelehnt. Erst ab Beginn der 90er Jahre setzte an der Universität die Erforschung der eigenen Geschichte ein. Das Historische Seminar wartete damit bis zu dieser Ausstellung.

Bezüglich der Aufarbeitung der Universitätsgeschichte in der NS-Zeit bleibt die Ausstellung aber zu vage und unkritisch: ob hier universitätsinterne Gründe eine Rolle spielen mag dahingestellt sein. Bis heute hat die Universität die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte nicht nur nicht vorangetrieben, sondern teilweise sogar behindert.

Keine Erwähnung findet in der Ausstellung, dass die Gründung des Flensburger Instituts für Regional- und Zeitgeschichte in Flensburg eine unmittelbare Reaktion auf die Verweigerung des Historischen Seminars war, zur NS-Zeit in Schleswig-Holstein zu forschen oder sich damit auseinander zu setzen; ebenso fehlt der Hinweis, dass die Lehre diesbezüglich immer noch schwach ausgeprägt ist. Eine wirkliche Debatte zur Geschichte und zur Bedeutung der bereits erwähnten Ranke-Gesellschaft, die in Kiel stark verwurzelt ist, fehlt ebenfalls. Letzteres war auch nicht zu erwarten, wurde als „Festredner" zur Ausstellungseröffnung doch der aktuelle Vorsitzende der Ranke-Gesellschaft Prof. Jürgen Elvert eingeladen. Warum die Wahl auf den früheren Kieler Dozenten fiel, blieb übrigens unklar, hat dieser mit seinen relativierenden Äußerungen und einem 45minütigen, schwer zu folgenden Beitrag der Intention der Ausstellung eher widersprochen.

Ausdrücklich versteht sich die Ausstellung als Anstoß zur weiteren Aufarbeitung der Geschichte der Kieler Universität und des Historischen Seminars in der Zeit des Nationalsozialismus. Es ist zu wünschen, dass diese Anregung aufgenommen wird.

Weiterführende Literatur:

Manfred Asendorf: Was weiter wirkt. Die „Ranke-Gesellschaft – Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben, in: 1999, Heft 4 (1989), S. 29-61.
Hans-Werner Prahl (Hg.): Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus, Band 1, Kiel 1995.
Peter Schöttler (Hg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945, Frankfurt 1997.
Winfried Schulze / Otto Gerhard Oexle (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt (M) 1999.
Michael Salewski: Die Ranke-Gesellschaft und ein halbes Jahrhundert, in: Jürgen Elvert / Susanne Krauß (Hg.): Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden-Stuttgart 2003 (Historische Mitteilungen im Auftrage der Ranke-Gesellschaft), S. 124-142.
HIP (Hg.): Das Historische Seminar im „Dritten Reich". Das Begleitheft zur Ausstellung im Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Kiel 2003.
www.uni-kiel.de/hip

Neonazi-Tauschbörse im Internet

Nazi-per-to-per

Sie nennen sich ,SS Scharfschütze18', ,Negerschreck', ,Brauner Terrorist', ,Skalle-Per', ,Darksoldat', ,NordicFire', ,Wormser1488' oder ,Judentöter88' und sind Mitglieder des neonazistischen Peer-to-Peer-Netzwerks ,Volkermord', in dem eine dreistellige Zahl von Neonazis rechtsextreme und rassistische Dateien jeglicher Art tauscht. Über die im Netz abrufbare Internetseite ,Volkermord - for a dying race' wird die braune Tauschbörse beworben und Webspace, Bannertausch und Topliste für Neonazis angeboten.

Das Ziel der aus Deutschland und Schweden stammenden Betreiber ist eine Vereinigung ,arischer Menschen mit wahrem nationalsozialistischem Glauben zu einer internationalen Freundschaft' und der Kampf ,gegen die weltweite Zerstörung der arischen Rasse und Kultur, unseres Lebensstils, unserer Geschichte und unserem Geburtsrecht durch die jüdische Seuche'. Gestaltet wurde der Internetauftritt vom schwedischen Neonazi Eddie Pafvelsson alias ,IOR'. Pafvelsson, einer der Betreiber der Tauschbörse, leistet derzeit seinen Wehrdienst bei der schwedischen Armee und präsentiert sich im Web in Uniform vor einer Hakenkreuzfahne. Martialischer scheint nur ,Darksoldat', ein deutscher Skinhead, der sich mit einem Schnellfeuergewehr und Sätzen wie ,Wir müssen gegen unsere jüdische Regierung kämpfen' präsentiert. Neben umfangreicher NS-Symbolik bietet die Website zur ,Anregung' für das P2P-Netz auch neonazistische Videos und Musikdateien zum Download. Doch das ist nur eine Andeutung dessen, was zum Tauschen über das P2P-Netz zugänglich gemacht wird: Hier hat sich abseits der bekannten Tausch-Programme eine rechtsextreme Community gebildet, die Neonazi-Materialien im Terabyte-Bereich (1 TB=1000 Gigabyte) tauscht.

Technische Grundlage der Tauschbörse ist das Filesharing-System ,Direct Connect', das von der Herstellerfirma als ,community-orientiertes, offenes und von den Usern zu kontrollierendes Netzwerk' beworben wird, das es ihnen ermöglicht, eigene Server (Hubs) zu betreiben und Zugriffsregeln festzulegen. Oft werden solche Server als ,stand-alone'-Lösungen betrieben, eine Integration in ein umfassendes Netz ist nicht vorgesehen.

Damit ist eine simple und internetweite Suche nicht möglich und macht das Programm für das so verbreitete Tauschen von Dateien und Programmen unattraktiv. Für eine Neonazi-Tauschbörse im Internet ist es dagegen geradezu ideal. Während die allgemeine Diskussion um P2P- Netzwerke von der Musikindustrie und von kritische Stimmen über die einfache Verbreitung jugendgefährdender Inhalte über die bekannten Peer-to-Peer-Netze dominiert wird, haben sich Neonazis mit dem ,Volkermord'-Netzwerk unbeobachtet eine Tauschbörse für ausschließlich neonazistische Inhalte geschaffen. Diese Inhalte sind nach dem Willen der Betreiber „WP Musik/Metal" (WP=White Power), „keine Nigger Musik (Eminem)" und „keine Pornos/Kinderpornos". Einzelne Nutzer geben hier bis zu 400 GB an Daten frei, der Triumph des Willens der Betreiber scheitert jedoch angesichts von Nutzern wie ,Ruhrpottkrieger'. Der stellt zwischen seinen über 6000 zum Tausch freigegebenen Dateien Verzeichnisse wie ,Facial Movies', ,fantastic fuck and facial' oder ,extreme torture SM' mit den entsprechenden pornographischen Inhalten zur Verfügung. Die meisten Nutzer ermöglichen aber den Zugriff auf das gesamte Spektrum rechtsextremer Musik samt allen denkbaren musikalisch-subkulturellen Grauzonen. Bis zu 500 und mehr Alben verschiedenster Szenebands im MP3-Format samt zugehörigen Coverbildern sind ebenso wenig eine Seltenheit wie Nazi-Propagandafilme und Musikvideos - vom NS-Hetzfilm ,Der ewige Jude' über Konzertmitschnitte einschlägiger Bands wie ,Skrewdriver' und ,Landser' bis zu rassistischen ,Kriegsberichter-Videos'. Weitere Tauschobjekte sind einschlägig bekannte neonazistische Spiele, wie zum Beispiel ,KZ-Manager Millenium' oder ,KZ-Rattenjagd' sowie der auf aktueller Technologie basierende neonazistische Ego-Shooter ,Ethnic Cleansing'. In dem von der amerikanischen Neonazi-Gruppe ,National Alliance' produzierten Nazi-Computerspiel müssen ,räuberische Untermenschen und ihre jüdischen 'Herren' getötet werden, um ,die weiße Welt zu retten'.

Auch Nazi- und Neonazi-Literatur ist zu finden, von ,Mein Kampf' und anderen NS-Schriften über revisionistische Bücher wie Wilhelm Stäglichs ,Auschwitz-Mythos', über Jan van Helsings antisemitische ,Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert' bis zu den rassistischen Turner- Diaries, die als Anleitung für das Bombenattentat in Oklahoma gelten.

D.S.

```
DC++ 0.251 - [1.volkermord.com:410 (2.volkermord.com)]
Datei  Ansicht  Fenster  Hilfe
[12:39] *** Eintritt: Night_Rider(USA)
[12:39] *** Austritt: Kaese
[12:40] <Negerschreck(Germany)> 88!
[12:40] *** Eintritt: Sturmwehr(Germany)
[12:41] *** Austritt: Sturmwehr(Germany)
[12:41] *** Eintritt: PitBull[Germany]
[12:41] *** Eintritt: DST
[12:41] *** Austritt: DST
[12:42] *** Austritt: PitBull[Germany]
[12:44] *** Eintritt: sauerrrkrrraut(ger)
[12:44] *** Eintritt: WhitePower(Germany)
[12:44] *** Austritt: WhitePower(Germany)
[12:44] *** Eintritt: WhitePower(Germany)
[12:44] *** Austritt: WhitePower(Germany)
[12:45] *** Eintritt: Paul1488(GER)
[12:45] *** Eintritt: zNickSearch[moglo]
[12:45] *** Austritt: zNickSearch[moglo]
[12:45] *** Eintritt: WhitePower(Germany)
[12:45] <Paul1488(GER)> hi. was bedeuted "bad file" , wenn der Bot da sagt?
[12:46] *** Eintritt: [BBB]User1931294104Count901418591
[12:46] *** Austritt: [BBB]User1931294104Count901418591
[12:46] *** Austritt: Paul1488(GER)
[12:46] *** Eintritt: Paul1488(GER)
[12:46] *** Austritt: Rippchen(deutschland-MD)
[12:48] *** Austritt: sauerrrkrrraut(ger)
[12:49] *** Eintritt: Rippchen(deutschland-MD)
[12:51] *** Eintritt: [cable]test4324
[12:51] *** Austritt: [cable]test4324
[12:52] <Patriot88[Germany]> keine ahnung, frag ihn doch
[12:52] *** Eintritt: [Telenor]Julenissen88
[12:52] *** Austritt: [Telenor]Julenissen88
```

»Lad dir dein Lied von volkermord.com«: im Nazi-Napster ist alles zu haben

v-punk rockt für den Club 88

v-punk: »support your local Nazi-Club«

Bei dem in Dänemark ansässigen Vertrieb "Celtic Moon", der wohl aus strafrechtlichen Gründen (nach dem formalen Ende des Blood & Honour angehörigen Versandes NS 88) dessen komplettes Programm übernahm, ist in diesem Frühjahr ein Solidaritäts-Sampler für den Club 88 in Neumünster erschienen. Im Celtic Moon Katalog Nr. 28 März 2003 wird der Sampler mit den Worten "Gelungene Lieder für die National befreite Zone. Kaufen und damit unterstützen" beworben. Neben bekannteren Bands wie Oidoxie, Legion of Thor und dem Liedermacher Daniel Eggers findet man Songs von White Storm Nordmark, Propaganda, German-Swedish Friendship, C.O.R. featuring Swan, Göttersturm sowie der Kieler Puff-Punk-Band V-punk. Über V-punk wurde an dieser Stelle schon häufiger berichtet (siehe enough is enough Nr. 14 und 15). Ursprünglich aus dem Umfeld der Kieler Punk-Szene kommend hatte die Band in den letzten Jahren auch unter Einsatz von sehr viel Geld versucht, sich einen Namen in der deutschen Punk-Szene zu verschaffen. Der Bandleader Zeljko Topic, der sich seit einiger Zeit in U-Haft befindet, ist in den Betrieb mindestens eines Kieler Bordells verwickelt. Daher verfügte er über erhebliche Geldmittel, aus denen der erhoffte Erfolg der Band offensichtlich gefördert wurde. Mit ganzseitigen Anzeigen in Fanzines wie Plastic Bomb, Trust, etc. hatten sie ihre Platten und Konzerte beworben. Immer wieder war es zu Protesten gegen V-Punk-Konzerte gekommen. Der Grund: nicht zuletzt aufgrund eines versuchten Konzertes der Blood & Honour-Band Kraftschlag in Kiel im April und der zeitweiligen Betätigung eines ehemaligen Kraftschlag Band-Mitgliedes bei V-punk (siehe Enough is Enough Nr. 15), wurde die Band mit Neonazis in Verbindung gebracht. Verbindungen zur Neonazi Szene hatte Topic bis zuletzt vehement bestritten.

Dieses dürfte sich mit der aktuellen Veröffentlichung wohl endgültig als Luftblase erwiesen haben. Die Veröffentlichung stellt nicht nur eine direkte Solidaritätserklärung mit dem Club 88 dar. Die Zusammenstellung der beteiligten Bands gibt auch Aufschluss über die diversen Kontakte von V-punk in die Naziszene. Zur berüchtigten Nazi-Band Kraftschlag bestehen ohnehin beste Verbindungen. Auf ihrer 10-Jahres-Jubiläums-CD grüßt die Band "Zjelko und V-punk" sowie den "Puff Kiel" und die "Fischerklause". Die "Fischerklause" ist ein Kieler Nazi-Treffpunkt im Stadtteil Ellerbek, dessen zeitweiliger Inhaber aus dem Rotlichtumfeld Topics stammte, der ebenfalls namentlich von Kraftschlag gegrüßt wird. Die Veröffentlichung des Samplers in dem unter dänischer Adresse agierenden "Celtic Moon" Labels dürfte ebenfalls mit den Verbindungen der Band Kraftschlag zu tun haben. Der Kraftschlag-Sänger Jens Uwe Arpe setzte sich Ende der 90er Jahre zeitweilig nach Schweden ab. Dort spielte Kraftschlag verschiedene Veröffentlichungen gemeinsam mit Mitgliedern schwedischer Bands ein. Arpe trat als Teil von NS 88 und Blood & Honour Scandinavia in Erscheinung. Für deren Video-Veröffentlichungen "Kriegsberichter fungierte er als eine Art Moderator und führte z.B. Interviews durch. Arpe kam1998 nach Deutschland zurück und verbüßte zunächst eine Haftstrafe wegen Volksverhetzung. Danach ließ er sich in Schleswig-Holstein nieder. Von Elmshorn aus betreibt er augenblicklich den "KS-Service", der als Bestelladresse auf der aktuellen CD des Bandprojekts Northman genannt wird und unter der auch die Kraftschlag CD "Kraftschlag ... nach 10 Jahren" bestellt werden kann. Northman ist ein Projekt, welches Kraftschlag gemeinsam mit der schwedischen Band Storm betreibt.

Über den Blood & Honour-Scandinavia-Musikvertrieb »Celtic Moon« erhältlich: V-Punk Songs auf dem Club 88-Soli-Sampler.

Die aktuelle Kraftschlag CD "Musik Attacke" ist eine Gemeinschaftsproduktion von KS-Service und V7-Records. Auch dieses Label aus dem Hamburger Vorort Halstenbek gehörte in der Vergangenheit zur deutschen Blood & Honour-Struktur.

(Es bleibt abzuwarten, ob Arpe seine Aktivitäten im ertragreichen Rechtsrockgeschäft in Zukunft weiter verstärkt. Im Jahr 2002 hatte er einen Rechtsstreit gegen die ehemaligen Kraftschlag-Produzenten Torsten Lemmer und A. Zehnsdorf um die illegale Veröffentlichung zweier Kraftschlag-CDs.)

hans & frans

Beiträge und Thesen zur Geschichtspolitik

Erinnern, Verdrängen, Vergessen

Der Nationalsozialismus und seine „Aufarbeitung" nach 1945 kann, so Thomas Herz, als eine „Basiserzählung" der Bundesrepublik gelten; sie ist eine Erzählung darüber, wie die Deutschen an die Nazis gerieten, was sie während des Krieges taten, was nach dem Ende des Krieges geschah und welche Konsequenzen sie daraus zogen.

In dem vor wenigen Monaten erschienenen Band *Erinnern, Verdrängen, Vergessen* von *Michael Klundt, Samuel Salzborn, Marc Schwiering* und *Gerd Wiegel* zeigen die Autoren „geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert" (so der Untertitel). Es ist das Verdienst dieses Bändchens, in anschaulicher Weise zu verdeutlichen, wie der „Blick zurück" auf den Nationalsozialismus immer schon unauflösbar die Gegenwart mit der Vergangenheit, Fakten und Interessen, Erkenntnis mit Macht verstrickt. Die Autoren zeigen, wie Geschichtsbilder und -mythen gebraucht werden und beleuchten deren Instrumentalisierungspotenzial, ihre legitimatorischen Funktionen und politischen Implikationen.

Samuel Salzborn illustriert in seinem Beitrag *Opfer, Tabu, Kollektivschuld. Über Motive deutscher Obsession* die Entkonkretisierung und Entkontextualisierung von Geschichte u.a. anhand der Fernsehserien über deutsche Flüchtlinge („Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer" (ARD); „Die große Flucht", ZDF): Individuelles Leid deutscher Opfer steht im Mittelpunkt dieser Sendungen. Salzborn zeigt detailliert auf, wie die (völkerrechtlich abgesicherte) Umsiedlung der Deutschen, die ohne den Nationalsozialismus bzw. die deutsche Volkstumspolitik in den 20er und 30er Jahren gar nicht stattgefunden hätte, umgedeutet wird zu einem Symbol deutscher Unschuld.

Gemeinsam mit *Marc Schwietring* wendet sich *Samuel Salzborn* in einem zweiten Beitrag *Antizivilisatorische Affektmobilisierung. Zur Normalisierung des sekundären Antisemitismus* einem Phänomen zu, das derzeit wohl von den meisten LeserInnen mit den Namen Martin Walser und Jürgen W. Möllemann in Verbindung gebracht wird. Lesenswert ist der Beitrag insbesondere durch die Darstellung der Kontinuitäten des sekundären Antisemitismus anhand von Bevölkerungsbefragungen in Deutschland von 1946 bis ins Jahr 2000 (deren Vergleichbarkeit aber sicherlich zu diskutieren wäre). Vor diesem Hintergrund rekonstruieren die Autoren die Auseinandersetzung um Walsers Roman „Tod eines Kritikers" und Möllemanns Wahlkampf-Flyer, um zu zeigen, dass (politische wie literarische) Äußerungen von „Autoritäten wie Walser und Möllemann" als Katalysatoren des sekundären Antisemitismus in Deutschland gelten können und ihm zu einer erweiterten Wirkungsmächtigkeit verholfen haben.

Michael Klundt übt in seinem Beitrag *„Normalisierung" und „historische Anthropologie". Geschichtspolitische Kontroversen um die alte und neue Wehrmachtsausstellung* scharfe Kritik an den MacherInnen und ihrer Konzeption der ersten, insbesondere der zweiten Wehrmachtsausstellung; sie ermögliche eine „reibungsfreiere und standortgerechtere Instrumentalisierung der jüngeren Geschichte für die künftige Außenpolitik". Die Ursachen dafür sieht Klundt maßgeblich in der „totalitarismustheoretische Wendung" der AusstellungsmacherInnen. Er argumentiert unter Hinweis auf Darstellungen (und Auslassungen) der Ausstellung, dass die Wehrmachtsausstellung – konzeptuell angeführt zur Veranschaulichung der „Destruktivität der Moderne" – die Einzigartigkeit der deutschen Verbrechen mitsamt der zentralen Diskussion um ihre ökonomischen, sozialen, politischen, ideologischen und kulturellen Ursachen verschwinden. Gerade eine solche Abstraktion historischer Erfahrung jedoch ermöglicht geschichtspolitische Instrumentalisierung, wie sie zur Begründung des Bundeswehreinsatzes im Krieg gegen Jugoslawien zu beobachten war.

Eine Universalisierung des Holocaust realisiere sich, so Klundt, besonders anschaulich seit dem 11.09. in den Vergleichen Saddam Husseins oder Ossama Bin Ladens mit Adolf Hitler. Den Begriff greift auch *Gerd Wiegel* in seinem Text *Globalisierte Erinnerung? Die Universalisierung der NS-Erinnerung und ihre geschichtspolitische Funktion* auf; mit ihm könne ein „internationaler Trend" beschrieben werden, der die Erinnerung an den Nationalsozialismus aus seinem nationalen Rahmen befreit und zur allgemeinen moralischen Negativfolie werden lässt, vor der Politik und gesellschaftliche Verhältnisse weltweit beurteilt werden können. Zwar war, so Wiegel, die Parallelisierung des Geschehens im Kosovo mit dem Holocaust tatsächlich nicht auf Deutschland beschränkt, doch verhilft uns der Autor mit seiner Analyse zu einer differenzierteren Verwendung des Universalisierungsbegriffs: Exemplarisch zeigt er, dass das Schlagwort der Universalisierung erst dann gewinnbringendere Einsichten in gesellschaftliche Machtverhältnisse ermöglicht, wenn gefragt wird, wer wann in welchem

konkreten politischen Zusammenhang eine derart universalisierte Holocausterinnerung in den Diskurs einbringen und politisch (und zwar materiell und/oder ideologisch) nutzen kann. Neben interessanten Einsichten in die Diskussion um Konjunkturen im gegenwärtigen Opferdiskurs werden sicherlich Wiegels Thesen zur Opferidentifikation „auf der Linken" für Gesprächsstoff sorgen: Nach der Diskreditierung des Realsozialismus und dem Bewusstsein der Niederlage habe ein „größerer Teil der Linken" einen Wechsel im Objekt der Opferidentifikation vollzogen: Nicht mehr in erster Linie in den Kommunisten, sondern in den jüdischen Opfern erkenne man sich angesichts des eigenen Ohnmachtsgefühls wieder und nehme die Opferrolle für sich in Anspruch. Verfangen in einer moralischen Grenzziehung von „Gut" und „Böse" resultiere daraus die Entpolitisierung realer politischer Konflikte. Wiegel schließt damit seinen Beitrag hinsichtlich einer Einschätzung auf *der* „Linken" so provokativ wie fatalistisch.

Den Band beschließt der Beitrag von *Marc Schwietring* unter der Überschrift *Konkretionen des Erinnerns. Der Wandel des Gedenkens an historischen Stätten der NS-Erinnerung.* Schwietring weist auf die Bedeutung von Gedenkstätten als „Seismographen erinnerungskultureller Entwicklungen in Deutschland" hin und schildert kenntnisreich in einem historischen Rückblick den wechselhaften politischen und gesellschaftlichen Umgang mit den KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR: Er beschreibt Umwidmungen von Mahnmalen, Umgestaltungen der KZ-Anlagen in Parkanlagen, den unterschiedlichen Umgang mit den Opfergruppen, aber auch die Nationalisierung des Gedenkens und die Gleichsetzung der Toten, wie sie u.a. die bekannte Kollwitz-Pietá *Unter den Linden* repräsentiert. Nach 1989 treffen Erinnerungskulturen aufeinander; die Konfliktlinien sind noch heute präsent: Der Begriff der „zweifachen Diktaturvergangenheit" erschwert die Verständigung über Gedenkstättenarbeit in den alten und neuen Bundesländern. Aktuell, so zeigt Schwietring anhand einer Vielzahl von Zitaten, treten zu den Auseinandersetzungen um das Verhältnis von NS- und SBZ-/DDR-Gedenkstätten solche, die mit dem Versuch der Etablierung einer internationalen Gedenkstättenarbeit in Verbindung stehen. So werde etwa „Musealisierung" heftig kritisiert und dürfe nicht Ziel einer KZ-Gedenkstätte werden, die zugleich Tat-, Leidensort und Friedhof ist. Die Problematik der zunehmende Integration der KZ-Gedenkstätte in die Freizeitangebote der Tourismusbranche greift Schwietring ebenso auf wie die Vereinnahmung der Erinnerungsstätten zu politischen Zwecken – und verschenkt leider Raum zu einer eigenen Positionierung zugunsten der Aufzählung der Vielzahl an Zitaten und Aspekten.

Dennoch bietet der Text wie alle anderen Beiträge des Bandes anregend und anschaulich Einblick in gesellschaftlich relevante Diskurse im Umgang mit dem Nationalsozialismus. Die Beurteilung der in der Einleitung formulierten These, neu ergeben habe sich in Deutschland in jüngster Vergangenheit die Option, mit oder jenseits der nationalsozialistischen Vergangenheit Politik zu machen, sei den LeserInnen, Diskussionszusammenhängen oder dem zukünftigen Blick zurück überlassen. Der Blick derjenigen, die dieses Buch gelesen haben, wird dafür geschärft sein.

Michael Klundt, Samuel Salzborn, Marc Schwietring, Gerd Wiegel (Hrsg.) (2003): Erinnern – Verdrängen - Vergessen. Geschichtspolitische Wege im 21. Jahrhundert. Schriften zur politischen Bildung, Kultur und Kommunikation, Band 1, Giessen. ISBN: 3-00-010741-X, 10,- Euro.

gelesen von TT

Weit mehr als eine Regional-Recherche

Spezialitäten aus Mittelfranken

Unter diesem Titel liegt seit kurzem eine umfangreiche Ausarbeitung vor, die sich mit rechten und extrem rechten Aktivitäten und Strukturen, aber auch mit dem gesellschaftlich alltäglichen Rassismus und Antisemitismus im bayrischen Regierungsbezirk Mittelfranken befasst.

Die Broschüre stellt zunächst verschiedene Kreise und Städte dieser Region vor und beleuchtet dabei sowohl die dort auftretenden (extrem) rechten Gruppen wie auch die gesellschaftliche Situation, in der sie sich bewegen. Für den Landkreis Neustadt an der Aisch wird beispielsweise über die Aktivitäten der früheren Waffen-SS-Angehörigen, der CSU, von Skinheads und NPD berichtet; für eine Großstadt wie Nürnberg ist das ausgebreitete Material so zahlreich, dass gleich drei Beiträge entstanden sind: zur Geschichte des Fußballclubs 1. FC Nürnberg, zur Funktionalisierung der Geschichte am Beispiel des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände und zu den reaktionären und faschistischen Strukturen in der Stadt (z.B. Freiheitlicher Volksblock). Eingestreut finden sich zudem Interviews mit Jugendlichen, die von Neonazis bedroht werden und/oder sich ihnen entgegenstellen, sowie Beiträge, die sich mit rassistischem und antisemitischem Alltagshandeln befassen. Ein zweiter Teil der angenehm schlicht gestalteten Broschüre enthält einige Hintergrundberichte, zum Beispiel zur neonazistischen Musikszene, über die Anti-Antifa oder studentische Verbindungen, sowie ein umfangreiches Lexikon zu Organisationen, Klamottenmarken, Publikationen und Zeichen der extremen Rechten.

Die AutorInnen haben eine Vielzahl von wissenschaftlicher Literatur und Publikationen der (extremen) Rechten ausgewertet und systematisch aufbereitet. Nicht zuletzt das Register ist sehr hilfreich. Mit der Broschüre ‚Spezialitäten aus Mittelfranken' hat das antifaschistische dokumentations- und informationsprojekt eine aktuelle Bestandsaufnahme (extrem) rechter Aktivitäten und Strukturen in der bayrischen Region vorgelegt, die auch für AntifaschistInnen in anderen Regionen der Bundesrepublik viele interessante Informationen und Hinweise enthält und daher dringend zur Anschaffung empfohlen wird. Schade nur, dass in der Aufzählung antifaschistischer Zeitschriften die Enough nicht zu finden ist.

K.L.

Spezialitäten aus Mittelfranken. Ein Überblick über rechte und rechtsextreme Strukturen. Hrsg: argumente. netzwerk antirassistischer bildung e.V. (Berlin), Produktion & Vertrieb: antifaschistisches dokumentations- und informationsprojekt (adip), Königswarterstr. 16, 90762 Fürth; 98 Seiten, A 4-Format; pro Stück 3 g zzgl. 1 g Versandkosten

Hier gibt's die Enough:

Carl v. Ossietzky Buchhandlung: Heiligengeistweg 9, 24937 Flensburg
Schlachterei: Norderstr. 135, 24939 Flensburg

Infoladen Beau Rivage: Hansastraße 48, 24118 Kiel
Zapata Buchhandlung: Jungfernstieg 27 und Medusastraße 16, Kiel
Subrosa: Elisabethstraße, 24143 Kiel
Trau Dich Buchladen: Holtenauer Straße 92, 24105 Kiel

T-Stube, Rendsburg

Peter Panther Buchladen: Zingelstraße 12, 25704 Meldorf

Info Café: AJZ, Friedrichstr. 24, Neumünster

Café Brazil und VEB: alternative, Willy-Brandt-Allee, 23554 Lübeck

Bücher-Känguruh: Feldschmiede 74, 25524 Itzehoe

Inihaus: Turmstr. 14, 23843 Bad

Autonomer Infoladen: Soziales Zentrum, Ulzburger Straße 6a, 22850 Norderstedt

Schwarzmarkt: Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
VVN/BdA Hamburg: Hein Hoyer Str. 41, 20359 Hamburg
St. Pauli-Fanladen: Brigittenstr. 3, 20359 Hamburg
Buchladen Osterstraße: Osterstraße171, 20255 Hamburg
Buchhandlung im Schanzenviertel: Schulterblatt 55, 20357 HH
B5 (Info-)Café: Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg

Miteinanderleben e.V.:
Lohgerbergang, 23879 Mölln

Abobestelladresse:

Abobestellungen an:
rat – reihe antifaschistischer texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Ein Abo kostet 13,- € für 4 Ausgaben.
Lieferung nur gegen Vorkasse.

enough@nadir.org · www.enough.nadir.org